

18 Brandenburgische
Historische Hefte

Sven Olaf Oehlsen

**Vertriebenenlager
in Brandenburg
1945-1953**

Impressum

Copyright 2006
Brandenburgische Landeszentrale
für politische Bildung
im Ministerium für Bildung, Jugend
und Sport des Landes Brandenburg

Herausgeber:
Brandenburgische Landeszentrale
für politische Bildung
14460 Potsdam

ISBN 3-932502-49-3

Gestaltung und Realisierung:
Werbeagentur Bauersfeld

Druck: Druckerei Arnold, Großbeeren

Diese Veröffentlichung stellt keine
Meinungsäußerung der Brandenburgischen
Landeszentrale für politische Bildung dar.
Für inhaltliche Aussagen tragen die Autoren
die Verantwortung.

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	4
1. Flucht und Vertreibung	8
2. Verwaltung in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) 1945-1949	12
2.1. Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD)	12
2.2. Die Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler (ZVU)	18
3. Stunde Null in der Provinz Brandenburg	24
4. Lager in Brandenburg 1945-1948	27
5. Das Vertriebenenlager Fürstenwalde	36
5.1. Vorgeschichte	36
5.2. Aufbau des Vertriebenenlagers und Lagermitarbeiter	36
5.3. Ankunft, Aufnahme und Tagesablauf im Lager	43
5.4. Lagerleben und Betreuung im Lager	45
6. Fünftausend Kriegsgefangene für den Polizeidienst	56
7. Soziale Integration	67
8. Wirtschaftliche Eingliederung	81
9. Von Schmottseiffen/Schlesien nach Karweseesee/Brandenburg	95
10. Tabellen	101
11. Anmerkungen	123
12. Abkürzungsverzeichnis	132
13. Abbildungsnachweis	133
14. Quellen- und Literaturverzeichnis	134

Einleitung

Die Flucht und Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus Ost- und Südosteuropa gehört zu den größten Zwangsumsiedlungen im Europa des 20. Jahrhunderts. In der Literatur finden sich Zahlen von 10 bis 14 Millionen Menschen die aus ihrer Heimat flüchteten bzw. vertrieben wurden. Unter Zurücklassung von Hab und Gut kamen die Menschen über die neu geschaffene Oder-Neiße-Grenze in die Sowjetische Besatzungszone (SBZ) bzw. in die westlichen Besatzungszonen, um dort dauerhaft angesiedelt zu werden. So sollten in den Jahren nach 1945 mehrere Millionen Menschen in den vier Besatzungszonen sozial und wirtschaftlich eingegliedert werden. In der Sowjetischen Besatzungszone wurde den Vertriebenen, nachdem sie alles verloren hatten, auch noch ihre Identität genommen, denn „Flüchtlinge“, „Vertriebene“ und „Heimatlose“ waren Begriffe, die auf Anweisung der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) ab Oktober 1945 im offiziellen Sprachgebrauch verboten waren. Stattdessen wurde die Verwendung der Bezeichnung „Umsiedler“ oder „Neubürger“ für Vertriebene, und „Heimkehrer“ für ehemalige Kriegsgefangene angeordnet. In der vorliegenden Publikation wird in diesen Zusammenhang von Vertriebenen gesprochen, nur wenn es sich um die Wiedergabe der offiziellen Überlieferung handelt, werden die dort verwendeten verharmlosenden Begriffe beibehalten.

Grundlage für diese Arbeit sind die im Bundesarchiv (BArch) Außenstelle Lichterfelde und im Brandenburgischen Landeshauptarchiv (BLHA) überlieferten Quellen der Besatzungsorgane und der nachgeordneten Stellen. In diesem Zusammenhang muss darauf hingewiesen werden, dass die Quellenlage für die ersten Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg qualitativ mangelhaft und nicht sehr umfangreich ist, sodass in der Überlieferung immer wieder Lücken auftreten, beziehungsweise vieles vorsätzlich vernichtet wurde, wie im folgenden im Zusammenhang mit der Bodenreform erläutert wird. Weiterhin muss der Zusammenhang der Entstehung der Quellen kritisch betrachtet werden. Die Entstehung der Quellen war überwiegend mit bestimmten Absichten verbunden, sodass häufig ein geschöntes, von der Realität abweichendes Bild dargestellt wurde, wie im Folgenden aufgezeigt wird. Die Quellen in den genannten Archiven stellen also die im Auftrag der sowjetischen Besatzungsorgane und der ausführenden deutschen Behörden offizielle Darstellung ihrer Tätigkeit dar. Aufgrund der Forschungen in den Archiven Osteuropas, nach deren Öffnung im Zuge der gesellschaftlichen Umwälzungen im letzten Jahrzehnt des vergangenen Jahrhunderts, wird es möglich ein realistischeres Bild dieser Jahre aufzuzeigen, das sicher noch keinen endgültigen Abschluss gefunden hat.

In der vorliegenden Arbeit soll das System der Vertriebenenlager in der Provinz Mark Brandenburg (seit 1947 Land Brandenburg) von 1945 bis 1953 und dabei exemplarisch das Vertriebenenlager in Fürstenwalde betrachtet werden. Für dieses Buch soll die Problematik der Vertriebenenlager in der Sowjetischen Besatzungszone regional auf das Land Brandenburg eingegrenzt bleiben. Es erfolgt eine Darstellung der Aufnahme der Vertriebenen nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges in der Provinz Mark Brandenburg. Dabei liegt das Hauptaugenmerk auf den Vertriebenenlagern. Anschließend wird auf die soziale und wirtschaftliche Eingliederung der Vertriebenen in Brandenburg eingegangen.

Um die Problematik „Flüchtlinge und Vertriebene“ besser in den historischen Zusammenhang einordnen zu können, wird im ersten Kapitel ein Überblick über die Flucht und Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus Ost- und Südosteuropa gegeben. Abschließend wird eine klare Trennung zwischen den wilden und den vertraglich festgelegten Vertreibungen vorgenommen.

Im zweiten Kapitel erfolgt eine Darstellung der Verwaltung in der Sowjetischen Besatzungszone. Dabei wird zuerst ein Überblick über die Sowjetische Militäradministration in Deutschland als höchste Instanz gegeben und anschließend auf ihre Arbeit bezüglich der Flüchtlinge und Vertriebenen eingegangen. Anschließend erfolgt eine Beschreibung der Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler (ZVU). Im Mittelpunkt steht dabei ihr Aufbau und das dreijährige Wirken dieser Behörde. Es wird aufgezeigt, mit welchen Schwierigkeiten die Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler zu kämpfen hatte und welche Erfolge sie vorweisen konnte.

Im dritten Kapitel erfolgt eine Darstellung der allgemeinen Lage in der Provinz Mark Brandenburg nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Die Provinz Mark Brandenburg ging aufgrund der Beschlüsse der Potsdamer Konferenz¹ aus der ehemaligen preußischen Provinz Mark Brandenburg hervor. Durch die Festlegung der Oder-Neiße-Grenze verlor sie ein Drittel ihrer Fläche. Bis zur formellen Auflösung Preußens durch das Kontrollgesetz Nr. 46 vom 25.2.1947 wurde Brandenburg, neben Sachsen-Anhalt, als „Provinz“ bezeichnet. Sie war den übrigen Ländern der Sowjetischen Besatzungszone gleichgestellt und wurde wie diese als ein „föderales Land“ behandelt.² Verwaltungshauptstadt wurde Potsdam, wo auch die Sowjetische Militäradministration für Brandenburg ihren Sitz hatte. Durch das Gesetz Nr. 46 erfolgte die Umwandlung zu einem Land. 1952 folgte die Teilung des Landes Brandenburg in die drei Bezirke Potsdam, Frankfurt (Oder) und Cottbus. Aus diesen wiederum ging 1990 das Land Brandenburg hervor.

Im vierten Kapitel „Lager in Brandenburg“ werden Aussagen bezüglich der Anzahl der Vertriebenenlager, der Lagerkapazität, der Auslastung, der Lagermitarbeiter, des baulichen Zustandes, der Lagerverwaltung, der Kriminalität sowie der aufgetretenen Infektionskrankheiten und Todesfälle getroffen.

Im fünften Kapitel steht das Vertriebenenlager in Fürstenwalde im Mittelpunkt. Es steht exemplarisch für die Vertriebenenlager in der Provinz

Mark Brandenburg. Einleitend wird die Vorgeschichte des Lagers betrachtet. Beginnend mit der Verfügung der Provinzialverwaltung Brandenburg über die Einrichtung des Vertriebenenlagers Fürstenwalde wird eine detaillierte Übersicht über den Lageraufbau gegeben. Es werden die einzelnen Dienstposten vorgestellt und ihre Tätigkeiten erläutert. Weiterhin wird der Tagesablauf im Lager beschrieben, der durch einen festen Rhythmus bestimmt war. Nachfolgend wird auf die Betreuung der Vertriebenen im Lager eingegangen. Beginnend mit der Ankunft eines Vertriebenentransportes in Fürstenwalde werden die Aufnahme im Lager und die erste Desinfektion der Vertriebenen dargestellt. Anschließend wird auf das Leben im Lager und die Betreuung der Lagerinsassen eingegangen. Aufgrund der kontinuierlich durchgeführten Lagerkontrollen durch das Gesundheitsamt oder durch zuständige Stellen der Provinzialverwaltung und die darüber verfassten Berichte ergibt sich ein anschauliches Bild des Vertriebenenlagers. Der systematische Ausbau des Lagers und Beispiele zur Zusammensetzung von Vertriebenen- und Heimkehrertransporten stehen hierbei im Mittelpunkt. Es wird an einem Beispiel dokumentiert, dass sich die Zusammenarbeit mit der Besatzungsmacht konfliktreich gestaltete. Abschließend wird in einer Übersicht die Belegung des Vertriebenenlagers dargestellt.

Das sechste Kapitel setzt sich mit der Durchführung von speziellen Kriegsgefangenentransporten auseinander. 1948 wurden unter Federführung der Deutschen Verwaltung des Innern (DVdI) ehemalige Kriegsgefangene aus der UdSSR durch das Vertriebenenlager Fürstenwalde geschleust. Diese waren während ihrer Gefangenschaft für die Deutsche Volkspolizei verpflichtet worden. Der gesamte Vorgang lässt sich aufgrund der lückenhaften Überlieferung nicht vollständig rekonstruieren. Die Akten sind für den Zeitraum 10. September bis 6. Oktober 1948 überliefert. Bis zu diesem Zeitpunkt waren ca. 80% der ehemaligen Kriegsgefangenen in Deutschland angekommen. Es werden Aussagen zur sozialen Zusammensetzung der Transporte, zum Vorgang der Werbung in der UdSSR und zum Verhalten der ehemaligen Kriegsgefangenen, nachdem sie einige Jahre in Gefangenschaft verbringen mussten, gemacht. Dem gegenüber steht die Arbeit der Deutschen Verwaltung des Innern, die bemüht war, die politischen Vorgaben umzusetzen.

Das siebente Kapitel beschreibt die soziale Integration in die Gesellschaft. Im Mittelpunkt steht dabei die Wohnungssituation die ausführlich mit Beispielen dokumentiert wird.

Im achten Kapitel wird die wirtschaftliche Integration der Vertriebenen beschrieben. Die Bestrebungen liefen in zwei Richtungen. Zum Einen wurde durch die Bodenreform im Herbst 1945 die formale Voraussetzung für eine Integrationen der Vertriebenen in die Landwirtschaft geschaffen. Denn durch die entschädigungslose Enteignung der, wie es propagiert wurde, Großgrundbesitzer, Kriegsverbrecher und Landbesitzer von mehr als einhundert Hektar trafen diese Maßnahmen auch einfache Landwirte, die die bei-

den erstgenannten Kriterien in keiner Weise erfüllten. So zeigte sich der wahre Charakter der von der UdSSR diktierten Maßnahme, der die Auflösung der bisherigen Eigentumsverhältnisse in Deutschland beinhaltete und nur eine der vielen diktatorischen Vorstellungen einer sozialistischen Gesellschaft war. Durch die Umsetzung der Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone gelangte so umfangreicher Privatbesitz an Grund und Boden in die Hand der Verwaltung der Sowjetischen Besatzungszone. Derselbe gelangte anschließend zur Verteilung an die Bevölkerung, so auch zum Großteil an viele Vertriebene, die schon in ihrer Heimat in der Landwirtschaft tätig waren, aber auch an Personen die noch nie in der Landwirtschaft gearbeitet hatten. Dass sich dieser Umstand kontraproduktiv auswirkte, wird anhand von Tabellen ausführlich dargestellt. Der zweite Weg der in Brandenburg beschritten wurde, war die Entwicklung einer industriellen Infrastruktur. Brandenburg, seit jeher landwirtschaftlich geprägt, sollte umfangreich industrialisiert werden, wobei die Vertriebenen willkommene Arbeitskräfte waren. Aber auch die Kenntnisse, die die Vertriebenen aus der Heimat mitbrachten, stellten ein förderungswürdiges Potenzial dar. Dies führte in den ersten Jahren zu einem Aufschwung des Mittelstandes in der Sowjetischen Besatzungszone.

Im neunten Kapitel wird die Geschichte der Vertreibung und des Neuanfangs in Brandenburg anhand eines persönlichen Schicksals beschrieben. Ausgehend von einem Erfahrungsbericht, werden die Aussagen der vorhergegangenen Kapitel anhand der Lebensgeschichte von Maria U. nachvollzogen. Von der Vertreibung über das Vertriebenenlager bis zum Neuanfang im Ländchen Bellin wird das ganze Ausmaß der Vertreibung durch ein menschliches Schicksal lebendig.

Die Zitate wurden der heutigen Schreibweise angepasst.

Potsdam im Juni 2006
Sven Olaf Oehlsen

1. Flucht und Vertreibung

Mit Beginn der sowjetischen Sommeroffensive am 22.6.1944 rückte die Front, von Osten her, rasch an die Grenzen des Deutschen Reiches heran. Mehr als eine Millionen sowjetischer Soldaten durchbrachen die Front auf einer Länge von 400 km und rückten unter Zerschlagung der Heeresgruppe „Mitte“ unaufhaltsam Richtung Westen vor. Ende August konnte dieser Vormarsch kurzzeitig am Ostufer der Weichsel gestoppt werden. Die Angst vor dem „russischen Untermenschen“, die jahrelang durch das goebbelsche Propagandaministerium den Menschen indoktriniert wurde, versetzte die Bevölkerung in Aufruhr. Diese nicht unbegründete Furcht vor den sowjetischen Soldaten war mit dem Heranrücken der Kampfhandlungen die hauptsächlichliche Ursache der beginnenden Fluchtbewegung. Als erstes setzte eine Flucht der memelländischen Bevölkerung nach Ostpreußen ein.³

Am 19.10.1944 drangen sowjetische Truppen erstmals auf deutsches Reichsgebiet vor und besetzten unter anderem den Ort Nemmersdorf, wobei es seitens der Roten Armee zu Übergriffen auf die deutsche Bevölkerung kam. Nach wenigen Tagen wurde Nemmersdorf von deutschen Truppen zurückerobert. Die in- und ausländische Presse berichtete daraufhin von Gräueltaten der Roten Armee. Der Genfer „Courrier“ veröffentlichte dazu den Augenzeugenbericht seines Sonderkorrespondenten an der Ostfront: „Die Lage wird nicht nur durch die erbitterten Kämpfe der regulären Truppen gekennzeichnet, sondern leider auch durch Verstümmelung und Hinrichtung von Gefangenen und die fast vollständige Ausrottung der deutschen bäuerlichen Bevölkerung.“⁴ Die Geschehnisse wurden in der „Deutschen Wochenschau“ ausgiebig kommentiert, um den Durchhaltewillen der deutschen Bevölkerung zu steigern. Die Reaktionen auf die Propaganda bewirkten aber genau das Gegenteil, denn sie verstärkten die Angst vor der Roten Armee zusätzlich. Nachdem sich Ende Oktober die Lage stabilisiert hatte, verfügte die Gauleitung⁵ eine Evakuierung der Bevölkerung aus dem Gebiet bis zu 30 km hinter der Front. Obwohl Evakuierungspläne für das gesamte Territorium ausgearbeitet waren, zwang die harte Linie des ostpreußischen Gauleiters Erich Koch Hunderttausende zum Durchhalten. Die Evakuierung der frontnahen Räume war der Beginn einer stillen Abwanderung der Bevölkerung entgegen den Befehlen der Gauleitung. Zusammen mit einem großen Teil der Flüchtlinge aus den evakuierten Gebieten verließen Zehntausende Ostpreußen. Die Hinhaltetaktik der deutschen Führung verhinderte jedoch eine rechtzeitige Evakuierung der gesamten Bevölkerung, sodass mit Beginn der sowjetischen Großoffensive am 12. Januar 1945 die Menschen gezwungen waren, im tiefsten Winter vor der heranrückenden Front zu fliehen. Da Nebenstraßen aufgrund der widrigen Witterung unpassierbar waren, bewegten sich die Flüchtlingstrecks auf den Hauptstraßen. Diese waren jedoch von eigenem Militär verstopft und sowje-

tische Tiefflieger flogen unablässig Angriffe. Infolge des schnellen Vorrückens der sowjetischen Verbände wurden viele Flüchtlinge von den Kampfhandlungen überrollt bzw. gerieten zwischen die Fronten. Nur diejenigen, die über die Oder gelangten, waren vorerst in Sicherheit, denn bis zum Beginn der Offensive auf Berlin im April 1945, die das Ende der Nazidiktatur einläutete, blieb die Front an der mittleren Oder stehen. Nicht nur nach Westen flohen die Menschen. Ein großer Teil suchte sein Glück an der Ostsee, in der Hoffnung, ein Schiff in die Freiheit zu erreichen. Die Bevölkerung Schlesiens nutzte teilweise die Nähe der Gebirge, um in südlicher Richtung nach Böhmen und Mähren zu fliehen.⁶



Abb.1 hier abgebildet ein Treck schlesischer Flüchtlinge bei Potsdam, Frühjahr 1945

Diejenigen, die von der Front überrollt wurden, blieben in den erreichten Regionen oder kehrten an ihre Heimatorte zurück. Andere, denen die Flucht über die Oder gelungen war, versuchten im Frühjahr und Sommer heimzukehren. 300.000 bis 400.000 Flüchtlingen gelang die Rückkehr in ihre Heimatorte bevor die polnischen Behörden diese Möglichkeit abrupt beendeten.⁷

Mit dem Einverständnis der sowjetischen Führung schloss Polen nach Kriegsende seine Grenzen. Ohne rechtliche Grundlage begannen in Polen und der ČSR die „wildern Vertreibungen“. Der während des Krieges aufge-

staute Hass gegen die deutschen Besatzer entlud sich unmittelbar an der deutschen Bevölkerung. In Polen wurden aus den westlichen Grenzgebieten bis zu einer Tiefe von 200 km im Juni und Juli 1945 ca. 300.000 Menschen aus ihrer Heimat vertrieben. In der ČSR mussten während des Sommers ca. 800.000 Sudetendeutsche ihre Heimat verlassen. Dabei spielten sich immer wieder schreckliche Szenen ab.

Durch die fehlende Organisation verliefen die Transporte der zusammengetriebenen deutschen Bevölkerung unter teilweise unmenschlichen Bedingungen, ohne Wasser und Verpflegung in überfüllten Zügen zusammengedrängt und bei jedem Halt von Plünderungen bedroht, ging es in Richtung deutsche Grenze. Glücklicherweise konnten sich diejenigen schätzen, die zwar Hab und Gut verloren hatten, einerseits weil sie auf Grund der teilweise ohne Ankündigung durchgeführten Evakuierung kaum Zeit hatten, persönliche Sachen mitzunehmen, andererseits wenn sie ihr Hab und Gut bei sich hatten, durch die Plünderungen seitens der polnischen und tschechoslowakischen Bevölkerung aller ihrer Habe verlustig gingen. Verbale Angriffe während des Transportes zur Grenze waren an der Tagesordnung, so überschritten ein Großteil der Vertriebenen zwar ohne persönliche Sachen die Grenze, jedoch ohne körperliche Schäden. Übergriffe auf die Vertriebenen stellten allerdings auch keine Seltenheit dar. Es kam immer wieder zu Misshandlungen der Vertriebenen wobei keine Rücksicht auf das Geschlecht bzw. das Alter der Menschen genommen wurde. Laut Aussagen von Vertriebenen, um nur eines der vielen Beispiele zu nennen, wurden im polnischen Lager Potulice Frauen systematisch bis zur Bewusstlosigkeit zusammengeschlagen anschließend durch übergießen mit kaltem Wasser wiederbelebt um wieder zusammengeschlagen zu werden. Teilweise führten diese Misshandlungen unweigerlich zum Tode der Betroffenen.⁸ Neben der sofortigen Vertreibung aus ihrer Heimat wurden viele Menschen in Lagern zusammengetrieben, um ihre Arbeitskraft auszubeuten. Einerseits musste die Ernte eingebracht werden und andererseits waren die Deutschen gerade gut genug für gefährliche und schwere Aufgaben, wie die Beseitigung von Trümmern und Blindgängern sowie der Einsatz bei der Bekämpfung von Typhusepidemien. In den Lagern wurden sie unter unmenschlichen Bedingungen zusammengepfercht und teilweise mehrerer Jahre ausgebeutet. Festzustellen ist hierbei, dass es sich dabei in den Augen der Polen gewissermaßen um eine Wiedergutmachung handelte, denn nach dem Überfall auf Polen im Jahre 1939 und der sechsjährigen Unterdrückung der polnischen Bevölkerung im Zusammenhang mit der planmäßigen Ausbeutung des Landes sowie der abschließenden Zerstörung stellten die Zwangsmaßnahmen gegenüber der deutschen Bevölkerung in den Augen der polnischen Bevölkerung eine allgemeine Reparationsleistung dar.⁹ Auf Druck der sowjetischen Besatzungsmacht wurden die Vertreibungen im Vorfeld der Potsdamer Konferenz gestoppt.¹⁰

Auf Beschluss der Potsdamer Konferenz kam es zu einer vertraglich festgelegten Umsiedlung von Deutschen aus Polen, der ČSR und Ungarn. Im

November legte der Kontrollrat der Siegermächte einen Überführungsplan vor, nachdem man die deutsche Bevölkerung in den ehemaligen Ostgebieten auf 3,5 Millionen schätzte. Von denen sollten zwei Millionen in die Sowjetischen Besatzungszone und 1,5 Millionen in die Britische Besatzungszone deportiert werden. Die daraufhin organisierten Transporte erreichten 1946 ihren Höhepunkt. 1,2 Millionen Menschen wurden in diesem Jahr aus der ČSR und 170.000 aus Ungarn in die Amerikanische Besatzungszone ausgewiesen.¹¹ Aus anderen deutschen Siedlungsinseln in Südosteuropa wie Rumänien und Jugoslawien wurde die deutsche Bevölkerung ebenfalls weitgehend vertrieben. Bei den Transporten von Vertriebenen zur deutschen Grenze spielten sich ebenfalls immer wieder unmenschliche Szenen ab, denn diese zum Teil überfüllten Transporte bei denen die Menschen in geschlossenen bzw. offenen Güterzügen, auch im Winter, ohne Verpflegung und ohne jede Möglichkeit die Wagen zu beheizen auf eine mehrtägige Reise geschickt wurden, forderten auf Grund der Witterungsverhältnisse bzw. der fehlenden menschlichen Widerstandskraft eine Vielzahl von Opfern.¹²

2. Verwaltung in der Sowjetischen Besatzungszone 1945-1948

2.1. Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD)

Nach der bedingungslosen Kapitulation des Deutschen Reiches übernahmen die vier alliierten Siegermächte die Regierungsgewalt in Deutschland. Einen Monat später, am 6.6.1945, wurde auf Beschluss des Rates der Volkskommissare der UdSSR¹³ die Sowjetische Militäradministration in Deutschland gegründet. Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland hatte die Aufgabe, die Einhaltung der Festlegungen, die sich aus der bedingungslosen Kapitulation für Deutschland ergaben, zu kontrollieren, die Sowjetische Besatzungszone in Deutschland zu verwalten und die vereinbarten Beschlüsse des Kontrollrates¹⁴ zu grundsätzlichen militärischen, politischen, ökonomischen und anderen ganz Deutschland betreffenden Fragen, durchzusetzen. Sie war das höchste exekutive, legislative und judikative Organ der Sowjetischen Besatzungszone.¹⁵

An der Spitze stand der Oberste Befehlshaber der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland und sein Stab mit Sitz in Berlin-Karlshorst. Die fünf Länder und Provinzen der Sowjetischen Besatzungszone wurden jeweils von einer Landes- bzw. Provinzialverwaltung geleitet. Berlin nahm dabei eine Sonderstellung ein. Dort gab es eine gemeinsame alliierte Kommandantur und eine Kommandantur für den sowjetischen Sektor Berlins. Den Länder- und Provinzialverwaltungen nachgeordnet waren zwölf Bezirkskommandanturen, die 1948 aufgelöst wurden. Unterhalb der Bezirksverwaltungen befanden sich die Kreiskommandanturen, pro Bezirk gab es vier bis fünfzehn. Die unterste Stufe bildeten die Stadt- bzw. Ortskommandanturen, pro Kreis gab es fünf bis siebenundzwanzig.¹⁶ Insgesamt befanden sich 1946 zwölf Bezirks- und 644 Kreis-, Stadt-, bzw. Ortskommandanturen in der Sowjetischen Besatzungszone.¹⁷ Innerhalb dieser Verwaltungshierarchie entstanden zeitweise Doppel- oder sogar Dreifachstrukturen, deren Einfluss sich überlagerte oder mitunter auch kollidierte. Zu welchen Auswirkungen das führte, wird im Folgenden an einem Beispiel aufgezeigt.

Die Mitarbeiterzahl belief sich 1945/46 auf ca. 60.000, verringerte sich aufgrund von Planstellenkürzungen bis 1949 auf ca. 20.000. Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland gliederte sich in die vier Aufgabenbereiche, militärische Fragen, Besatzungs- und Zivilverwaltung, Wirtschaft und Politik (einschließlich Volksbildung und Recht).¹⁸Mit Gründung

der DDR 1949 wurde die Sowjetische Militäradministration in Deutschland aufgelöst.

Die ersten Aufgaben der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland galten der Linderung der Nachkriegsnot und der Neugestaltung des politischen, wirtschaftlichen und geistig-kulturellen Lebens. Die gewaltigen Menschenmassen, die aufgrund von Flucht und Vertreibung in der Sowjetischen Besatzungszone umhertirten, gehörten in den Augen der Siegermacht UdSSR zur Normalität. Die Landes- und Provinzialverwaltungen appellierten an ihre nachgeordneten Behörden und an die Zivilbevölkerung, den Vertriebenen zu helfen und ihnen ein menschenwürdiges Dasein zu verschaffen, jedoch das eigene Leid verschloss den meisten Menschen die Augen.

Die lokalen Behörden griffen zu Selbsthilfemaßnahmen, um sich der Hilfesuchenden zu erwehren. So stellten Bürgermeister an Ortseingängen Schilder mit der Aufschrift „Typhus“ auf, um die ankommenden Menschen abzuschrecken.¹⁹ Auch in größerem Maßstab versuchte man, sich der Vertriebenen zu entledigen. Sachsen setzte im Herbst 1945 mehrere tausend Vertriebene auf Flößen aus und ließ sie die Elbe hinabtreiben oder beförderte sie mit Lastwagen in benachbarte Länder wie Thüringen und Brandenburg.²⁰

Gezwungen durch die chaotischen Verhältnisse, aber auch auf Druck der deutschen Länder- und Provinzialverwaltungen begann sich die Sowjetische Militäradministration sich in Deutschland der Vertriebenen anzunehmen. Dies führte einerseits zur Gründung der Zentralverwaltung für Deutsche Umsiedler und der Umsiedler-Abteilungen bei den Länder- und Provinzialbehörden, zum anderen wurden von der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland Befehle erlassen, die sich direkt mit dem Vertriebenenproblem befassten. Angemerkt sei hier, dass Befehle, die auf allen hierarchischen Ebenen der Besatzungsmacht schriftlich oder mündlich erlassen werden konnten, „ohne Wenn und Aber“ ausgeführt werden mussten.²¹ Wie die Sowjetische Militäradministration sich in Deutschland die Aufnahme der Vertriebenen in der Provinz Mark Brandenburg vorstellte, zeigt die Anweisung des Präsidenten der Provinzialverwaltung Mark Brandenburg an die Landräte und Oberbürgermeister vom 30.7.1945, in der es heißt: Alle Deutschen aus den polnischen Gebieten seien folgendermaßen zu verteilen: Aus den Kreisen, die sich südlich des Flusses Warthe befinden, sind die Menschen zur Ansiedlung in die Landkreise Seelow, Cottbus, Lübben, Beeskow und Luckau weiterzuleiten. Aus Landkreisen, die sich nördlich der Warthe befinden, sind die Menschen in die nördlichen Landkreise der Provinz Mecklenburg zu leiten. Alle Deutschen aus der Tschechoslowakei und Jugoslawien sind zur Ansiedlung in die östlichen Kreise der Provinz Sachsen (Schwinitz, Herzberg, Torgau, Liebenwerda) weiterzuleiten.²² Eine Woche später wurde die Anweisung präzisiert. Laut Befehl der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland sollte die Provinz Mark Brandenburg im September 1945 aus Polen, Ungarn, der Tschechoslowakei und verschiedenen Balkanländern 700.000 ausgewiesene Deutsche aufnehmen.

Diese sollten wie folgt in den Kreisen aufgeteilt werden:

1. Angermünde	40.000
2. Beeskow-Storkow	20.000
3. Calau	32.000
4. Jüterbog-Luckenwalde	40.000
5. Lebus	20.000
6. Luckau	33.000
7. Lübben	30.000
8. Niederbarnim	35.000
9. Oberbarnim	45.000
10. Osthavelland	50.000
11. Ostprignitz	40.000
12. Prenzlau	50.000
13. Ruppin	30.000
14. Teltow	35.000
15. Templin	50.000
16. Westhavelland	50.000
17. Westprignitz	50.000
18. Zauch-Belzig	50.000 ²³

Am 18.9.1945 erging ein Befehl der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland an den Präsidenten der Provinz Mark Brandenburg, worin dieser angewiesen wurde, wie mit den „entwurzelten Menschen“ umzugehen sei. In dem Befehl hieß es, unorganisiertes Umherwandern von Vertriebenen sei zu verbieten. Zu diesem Zweck seien an den Grenzen der Provinz Kontrollstellen zu errichten. Von diesen Stellen aus sollten die Vertriebenen organisatorisch weitergeleitet werden. Das Weiterwandern wurde gruppenweise unter Leitung von Polizei gestattet. Kranke hingegen sollten in Lagern isoliert werden. Auf den Bahnhöfen und an wichtigen Punkten (z.B. Kreuzungen der großen Landstraßen) sollten Verpflegungs- und Sanitätsstationen errichtet werden und zwar mit Hilfe der lokalen Instanzen (Bürgermeister etc.). Die Angst vor Seuchen war einer der wesentlichen Gründe, warum die Sowjetische Militäradministration in Deutschland sich der Vertriebenenproblematik zuwandte. Dazu hieß es in dem Befehl: „Die Flüchtlinge sind wegen der Seuchengefahr unter Beobachtung zu halten. Die deutschen Ärzte seien gewohnt, dass die Kranken den Arzt aufsuchen. In diesem Falle sei es jedoch umgekehrt nötig, dass der Arzt die Kranken aufsuche... Alle Medizinalpersonen müssen mobilisiert werden im Kampf gegen die Infektionskrankheiten; es müsse eine Mobilisierung sein wie zu einem Kriege.“²⁴

Zu diesem Zweck wurde eine Ansiedlung von Vertriebenen in Orten von über 50.000 Einwohnern verboten. Es wurde gefordert, dass bis zum 1.10.1945 in der Provinz Mark Brandenburg acht medizinische Organisationszentralen eingerichtet werden. „Diesen Organisationszentralen wird zur Pflicht gemacht, den Kampf gegen die Infektionskrankheiten auf das Ener-

gischste zu betreiben.“²⁵ Dazu gehörte die Kontrolle des Wassers, Kontrolle der Lebensmittelbetriebe, Gaststätten usw. Das Wasser sollte, wenn es nicht einwandfrei war, gechlort werden. Unrat und Dreck an Bahnhöfen und anderen Stellen sollte schnellstens beseitigt werden. Hierzu wurde gefordert, Desinfektionsmittel, Medikamente und Impfstoffe bereitzustellen und wenn sie nicht in genügender Zahl vorhanden wären, auch aus anderen Ländern und Provinzen diese zu beschaffen. Weiterhin wurde gefordert, die Bevölkerung gegen Typhus und Paratyphus zu impfen und zwar zunächst und insbesondere in den gefährdeten Orten.²⁶ Dass dieser Befehl nur ungenügend umgesetzt wurde, zeigte sich in dem wiederholten Ausbrechen von Seuchen. Darauf reagierte die Sowjetische Militäradministration in Deutschland und erließ am 9.2.1946 den Befehl Nr. 46. In ihm hieß es: „In der letzten Zeit erhöht sich die Zahl an Erkrankung an Flecktyphus unter der deutschen Bevölkerung der Sowjetischen Besatzungszone insbesondere in den Provinzen Mecklenburg und Sachsen. In den meisten Fällen waren Umsiedler die Ursache der Verbreitung von Flecktyphus, da die Arbeit der deutschen Selbstverwaltung bei deren Aufnahme unbefriedigend organisiert ist.“²⁷

Als Grund dafür wurde angegeben, dass eine Vielzahl von Vertriebenen die Aufnahmelager umgangen und sich damit der Quarantäne entzogen hätten. Es wurde beanstandet, dass in den deutschen Krankenhäusern keine Maßnahmen zur Einführung einer strengen Sanitätsordnung getroffen worden seien; infolgedessen wurden einige Krankenhäuser zu Flecktyphuserden, was zur Ansteckung vieler Mitarbeiter der Krankenhäuser und der stationär versorgten Patienten sowie der Bevölkerung führte. Um der Seuchengefahr entgegenzuwirken, befahl die Sowjetische Militäradministration in Deutschland in dem bereits angeführten Befehl Nr. 46, dass sich alle Vertriebenen und Heimkehrer, die in der Sowjetischen Besatzungszone einträfen, einer zweiwöchigen Quarantäne in Lagern und einer sorgfältigen Entlausung zu unterziehen hätten. Die Polizei wurde verpflichtet, einzelne Vertriebene und Heimkehrer anzuhalten und sie ebenfalls in Lager zur Durchführung der Quarantäne zu bringen. Es wurde verboten, Wohnungen an Vertriebene und Heimkehrer zu vergeben, wenn sie keine Dokumente über die vorgeschriebene zweiwöchige Quarantäne besaßen. Die polizeiliche Anmeldung wurde ebenfalls von der Quarantäne abhängig gemacht.²⁸ Wie dies in der Provinz Mark Brandenburg umgesetzt wurde, veranschaulicht der Befehl des Stellvertretenden Chefs der Sowjetischen Militäradministration der Provinz Mark Brandenburg Nr. 26 vom 19.2.1946. In ihm heißt es: „Die Provinz Brandenburg befindet sich unter der unmittelbaren Bedrohung der Ausbreitung von Flecktyphus. Auf dem Territorium der Provinz zeigen sich seit Beginn des Jahres 1946 Fälle von Erkrankungen an Flecktyphus; eingeschleppt durch ehemalige Kriegsgefangene und Umsiedler und lodert in den Städten Wittenberg, Frankfurt (Oder) und Brandenburg auf.“²⁹ Um dem zu begegnen wurde angeordnet, die Durchführung des Befehles Nr. 46 ganztägig zu kontrollieren, den Zustand der Quarantänepunkte und -lager zu über-

prüfen und die dort vorhandenen Mängel zu beseitigen. Weiter wurde befohlen, den Vertriebenentransporten, welche die Quarantäne durchlaufen hatten, beim Verlassen der Lager durch den Lagerführer jeweils einen Sanitätspass auszuhändigen. Im Sanitätspass sollte vermerkt werden, die Aufenthaltszeit in der Quarantäne, das Vorhandensein oder Fehlen von Kranken im Lager und in den abgehenden Transporten und der Durchgang durch die sanitäre Untersuchung und Überprüfung auf Verlausung. Bei der Ankunft am Bestimmungsort sollte der Transportführer den Sanitätspass dem Verantwortlichen der Kreis- bzw. Stadtverwaltung, welcher den Transport der Vertriebenen in Empfang nahm, übergeben.³⁰

Um den Menschen, die alles verloren hatten, Unterstützung zukommen zu lassen, beschloss der oberste Chef der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland mit dem Befehl Nr. 304, vom 15.10.1946 den Vertriebenen, die ihren ständigen Wohnsitz in der Sowjetischen Besatzungszone eingenommen hatten, eine einmalige Unterstützung zu gewähren, das hieß im Einzelnen den Vertriebenen, welche arbeitsunfähig waren und keine Erwerbsquellen besaßen, aus Haushaltsmitteln eine einmalige Unterstützung in Höhe von 300 Mark pro Person zu zahlen und wenn sie Kinder bis zum 14. Lebensjahr hatten, zusätzlich eine Unterstützung in Höhe von 100 Mark für jedes Kind auszus zahlen (siehe auch Tabelle 8). Die Deutsche Finanzverwaltung wurde verpflichtet, im Einklang mit diesem Befehl eine Anweisung über das Verfahren der Auszahlung einer einmaligen Unterstützung an die Vertriebenen herauszugeben.³¹ Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland sah für die aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft heimkehrenden ehemaligen Soldaten ebenfalls eine einmalige Unterstützung in Höhe von 50 Mark vor (SMAD Befehl 178/47). Durch den SMAD Befehl 241/47 vom 17.10.1947 wurde die Auszahlung von 50 Mark auf ehemalige Kriegsgefangene aus Jugoslawien, Polen und der ČSR ausgedehnt.³² Am 19.11.1947 erließ die Sowjetische Militäradministration in Deutschland den Befehl Nr. 255³³ bezüglich „Erhöhung der Zahl der Quarantänelager“ und am 2.12.1948 den Befehl Nr. 189³⁴ „Über die Zahl der Quarantäne Lager für deutsche Umsiedler und ehemalige Kriegsgefangene“. Zu dem Inhalt der beiden Befehle können keine Angaben gemacht werden.³⁵ Die Umsetzung und Überwachung der Befehle wurde an die Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler delegiert, was wiederum durch die Sowjetische Militäradministration in Deutschland überwacht wurde. Im folgenden Kapitel wird ein Überblick über die Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler und deren Arbeit gegeben.

B e f e h l

des Obersten Chefs der Sowjetischen Militäradministration
- des Oberkommandierenden der Gruppe Sowjetischer
Okkupationstruppen in Deutschland

Nr. 304

15. Oktober 1946

Stadt Berlin

Inhalt: Unterstützung von Umsiedlern.

Um den Umsiedlern, die in der sowjetischen Besatzungszone
Deutschlands ihren ständigen Wohnsitz nehmen, eine einmalige
Hilfe zu gewähren,

b e f e h l e i ß t :

1. den Präsidenten der Provinzen und Länder :

a) Umsiedlern, die nicht arbeitsfähig sind und keine Existenz-
quellen haben, zu Lasten des Haushalts eine einmalige
Unterstützung in Höhe von 300 Mark je Person zu gewähren;

b) Umsiedlern, die unter Punkt a) dieses Befehls fallen
und Kinder unter 14 Jahren haben, eine ergänzende Unter-
stützung in Höhe von 100 Mark für jedes Kind auszusahlen;

2. die Deutsche Finanzverwaltung zu verpflichten, gemeinsam mit
der Deutschen Verwaltung für Umsiedler eine Verordnung her-
auszugeben, die die Auszahlungen der einmaligen Unterstützungen
an Umsiedler regelt.

Der Oberste Chef der Sowjetischen Mitglieder des militärischen
Militäradministration - der Ober- Rats der GSBH in Deutsch-
kommandierende der Gruppe Sowjeti- land der Sowjetischen Mi-
soher Besatzungsarmee in Deutsch- litäradministration
land

Marschall der Sowjet-Union

Generallieutenant

W. Sokolowski

P. Bokow

Leiter des Stabes der Sowjetischen
Militäradministration in Deutschland:

Generallieutenant M. Dratwin

für die Rechtshilfe.

Der Vertreter des Leiters der Allgemeinen Abteilung
des Stabes der SMAD
Major Pologorko

KOPIE AUS DEM BUNDESARCHIV

Abb.2 SMAD Befehl Nr. 178 betrifft die Gewährung einer einmaligen Unterstützung an ehemalige Kriegsgefangene aus der UdSSR

2.2. Die Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler (ZVU)

Ab August 1945 erließen die neu entstandenen Landes- und Provinzialverwaltungen eine Reihe von Anordnungen bezüglich erster Hilfe, Notaufnahme, Registrierung und Weiterleitung der Vertriebenen. Trotz dieser Anstrengungen gelang es in den ersten Nachkriegsmonaten aufgrund der zusammengebrochenen Infrastruktur kaum, die ankommenden Menschenmassen aufzunehmen. Pro Tag kamen bis zu 28.000 Menschen in der Sowjetischen Besatzungszone an. Um diese Menschenmassen zu koordinieren und zu betreuen, wurde mit dem SMAD Befehl Nr. 14 vom 14.9.1945 die Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler mit Dienstsitz in Berlin gegründet und mit dem gleichen Befehl die Einrichtung von Umsiedlerämtern bei den Landes- und Provinzialverwaltungen angeordnet.

Die Hauptaufgaben der Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler bestanden in der Koordination der Hilfsmaßnahmen der Länder, insbesondere bei der Bereitstellung von Unterkünften, Verpflegung und Bekleidung für die Vertriebenen und Heimkehrer. Sie war mitverantwortlich für die Errichtung und Betreuung von insgesamt 628 Durchschleusungs-, Aufnahme- und Quarantänelagern.³⁶ Im Mittelpunkt der Arbeit standen die Seuchenbekämpfung und Lagerhygiene. Dafür wurden im ersten Halbjahr ca. 15 t Entlausungspulver verbraucht.³⁷

Die Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler gliederte sich in fünf Hauptabteilungen: Organisation, Wirtschaft, Haushalt, Transport und Sanitätswesen. Alle Führungspositionen innerhalb der Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler waren mit Kommunisten besetzt. In den Abteilungen arbeiteten 31 Kommunisten, 11 Sozialdemokraten und 9 „Antifaschisten“.³⁸ Laut Stellenplan der Sowjets beschäftigte die Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler Ende 1945 62 Mitarbeiter. Bis 1947 erhöhte sich die Zahl der Mitarbeiter auf 79 und erreichte im Juli 1948 ihren Höchststand mit 113 Mitarbeitern. Danach wurde ein Stellenabbau auf 54 Mitarbeiter angeordnet. Mit dem Stellenabbau verlor die Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler den Status als selbständige Zentralverwaltung und wurde als Hauptabteilung in die Deutsche Verwaltung des Inneren (DVdI) integriert. Im Februar 1949 folgte die Degradierung zur schlichten Abteilung mit acht Mitarbeitern.³⁹

Am 23. September 1945 wurde die erste konstitutive Konferenz einberufen, zu der alle Länder und Provinzen der Sowjetischen Besatzungszone Vertreter entsandten. Die Anwesenden wurden über die Aufgaben der Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler und über die Vorstellungen der Besatzungsmacht informiert. Die Sowjetische Besatzungszone sollte demnach 4,5 Millionen Menschen aufnehmen, die auf fünf großen Trecklinien herangeführt werden würden. Alte, Kranke, Erwerbsunfähige sowie politisch Unzuverlässige sollten ausgesondert und als „Ballast“ in Dauerlagern untergebracht werden.⁴⁰

Der Präsident
der
Provincialverwaltung
Mark Brandenburg
-Sozialabteilung-

Potsdam, den 26. Juli 1945
Dr. R/Adt.

11
filing

Poststempel
- 9. AUG. 1945
Land: ...
Dist: ...

An die

Herren Landräte und Oberbürgermeister
der kreisfreien Städte in der Prov. Branden-
burg

An den

Herrn Landrat

in Beeskow/Mark.

Um den anhaltenden Flüchtlingsstrom in die richtige Bahn zu leiten und meistern und die Flüchtlinge anzusiedeln, finden s. Zt. weitgehende Verhandlungen statt, nach deren Abschluss und Billigung durch die russische Kommandantur genaue Anweisungen ergehen werden. Bis dahin werden folgende Weisungen gegeben:

- 1) Die in den Kreisen untergebrachten Flüchtlinge sind unbedingt dort zu belassen, bis weitere Anweisungen von hieraus ergehen. Unter allen Umständen ist ein Abschieben von Flüchtlingen nach Großstädten oder Berlin verboten.
- 2) In jedem Kreis sind zu der Friedenbevölkerung des Kreises mindestens 60% Zuzug an Flüchtlingen aufzunehmen. Sollten sich s. Zt. mehr Flüchtlinge aufhalten, so sind diese dort zu belassen bis weitere Weisungen ergehen.
- 3) Es sind sofort Kinderheime zur Verfügung zu stellen oder zu gründen unter Leitung von antifaschistischen Kindergärtnerinnen, die elternlose Flüchtlingskinder oder Kinder, derer sich die Eltern entledigen wollen, aufnehmen.
- 4) Es sind umgehend genaueste statistische Zahlen über die in den Kreisen untergebrachten Flüchtlinge hierher mitsuteilen.
- 5) Alle 5 Tage, erstmalig zum 1.8.1945, ist ein Bericht über den Stand des Flüchtlingswesens (Vergrößerung oder Verringerung des Zustroms) und etwa auftretende Seuchen sowie über die Einrichtung von Kinderheimen zu geben.

In Vertretung
gez. B e c h l e r .

Kopie
Brandenburgisches
Landesarchiv

Abb.3 vorläufige Anweisung der Provinzialverwaltung Mark Brandenburg zum Umgang mit Flüchtlingen vom 26.7.1945

Die Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler versuchte die getroffenen Festlegungen in Weisungen an die Landes- und Provinzialverwaltung umzusetzen. Im Oktober wurden die ersten drei Rundschreiben mit detaillierten Bestimmungen zur Einrichtung der Durchschleusungs-, Aufnahme- und Quarantänelager, zur medizinischen Betreuung und zur Registrierung der Vertriebenen und Heimkehrer sowie zum so genannten West-Ost-Austausch⁴¹ erlassen.⁴² Am 4.11.1945 legte die Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler einen ersten Arbeitsbericht vor. Demnach waren in der Sowjetischen Besatzungszone 568 Lager für die Aufnahme und Verteilung der Vertriebenen und Heimkehrer eingerichtet worden, davon in der Provinz Mark Brandenburg allein 63 Lager. Das Gesamtfassungsvermögen aller Lager betrug ca. 484.000 Personen.⁴³ Ende Dezember resümierte die Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler, dass im Gebiet der Sowjetischen Besatzungszone im Oktober zehn Transporte von Vertriebenen und Heimkehrern mit 9.934 Personen, im November 70 Transporte mit 109.266 Personen und bis zum 21. Dezember 32 Transporte mit 51.257 Personen durchgeführt worden seien.⁴⁴ Zu diesem Zeitpunkt lebten 668.153 Vertriebene in der Sowjetischen Besatzungszone, davon waren 568.691 Ostvertriebene, d.h. 414.228 Personen aus Polen, 8.731 Personen aus der ČSR und 145.722 Personen aus diversen anderen Ländern.⁴⁵ 131.349 Vertriebene konnten mit einem festen Wohnsitz versorgt werden dem standen 249.103 Vertriebene ohne Wohnsitz gegenüber.⁴⁶

Einer Einschätzung der Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler vom Jahresbeginn 1946 zufolge, wurden etwa 1,5 Millionen Deutsche aus den Gebieten östlich von Oder und Neiße über das Territorium der Sowjetischen Besatzungszone in die britisch besetzte Zone geschleust.⁴⁷ 1946 standen der weitere Ausbau von Aufnahmepunkten an den Grenzen Polens und der ČSR und deren Betreuung durch Sanitätspersonal an erster Stelle. An zweiter Stelle stand die Erarbeitung eines Planes zur Aufteilung der Vertriebenen und Heimkehrer auf die einzelnen Länder und Provinzen der Sowjetischen Besatzungszone. Da die Sowjetische Militäradministration in Deutschland ständig über alles informiert werden wollte, war die Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler bemüht, über alle relevanten Vorgänge Berichte zu verfassen und von untergeordneten Stellen auch unaufhörlich Berichte einzufordern.⁴⁸ Dementsprechend beklagten die unteren Verwaltungsstellen, die die eigentliche Arbeit vor Ort zu leisten hatten, dass sie durch die Erstellung vieler Statistiken für die Sowjetische Militäradministration in Deutschland und übergeordnete Behörden von der eigentlichen praktischen Arbeit und Hilfe für die Vertriebenen und Heimkehrer abgehalten würden.⁴⁹ Vor welchen Schwierigkeiten die Mitarbeiter standen, zeigt diese Meldung an die Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler vom 4. Mai 1946: „Das Umsiedleramt Brandenburg ist über den Umfang der bisher durchgeführten Umsiedlung nur schlecht informiert. Die Berichterstattung aus den einzelnen Kreisen ist mangelhaft. Namentlich über die Tätigkeit des südöstlichen

Gebietes herrscht völlige Unklarheit. Die Zahl der aufgenommenen Umsiedler wird per 1.4.1946 mit 613.000 niedriger angegeben als für den 1.10.1945 (640.000).⁵⁰

Ein weiteres Problem mit dem sich die Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler konfrontiert sah, war die Flucht auf dem Transport. Zahlreiche Vertriebene und Heimkehrer nutzten jede Möglichkeit, um sich von den Transporten abzusetzen. Um dem entgegenzuwirken, ordnete die Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler am 17.5.1946 an: dass neben der bisher angeordneten Transportbegleitung noch zusätzlich vier bis sechs Polizeikräfte jeden Transport begleiteten. Dadurch sollte verhindert werden, dass sich Vertriebene und ehemalige Kriegsgefangene auf den Bahnstationen oder beim Halt auf freier Strecke von den Transporten absetzen. Außerdem sollten zuverlässige Leute aus den Reihen der Vertriebenen und der Heimkehrer als Wagenälteste ausgewählt werden, die die Überwachung und die Betreuung ihres Waggons übernehmen sollten.⁵¹

Die desolaten Zustände und unzureichenden Ausstattungen in vielen Lagern zwangen die Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler im August 1946 eine Klassifizierung der Vertriebenenlager zu veranlassen. Sämtliche in den Ländern und Provinzen vorhandenen Lager sollten nach folgenden Gesichtspunkten eingestuft werden:

Gruppe A: besonders gute Lager, deren Ausbau und Förderung wünschenswert ist,

Gruppe B: Lager durchschnittlicher Qualität,

Gruppe C: Lager minderer Qualität, auf deren Benutzung zurzeit noch nicht verzichtet werden kann, die jedoch bei einem Abebben des Umsiedlerstromes liquidiert werden müssen.

Als Lager der Gruppe A galten insbesondere diejenigen Lager, die absolut „Winterfest“ waren, also möglichst aus massiven Gebäuden bestanden und über genügend Betten verfügten, besondere Aufenthaltsräume und Kindergärten besaßen und eine gut ausgerüstete Krankenabteilung hatten.⁵² Die Klassifizierung der Lager hatte zur Folge, dass viele Lager bis Ende 1946 aufgelöst wurden und deren Einrichtungen häufig für die Vervollständigung der Ausstattung der restlichen Lager verwendet wurde.⁵³

Die Aufnahme aller Lager zeigte, dass der Kampf gegen ansteckende Krankheiten noch erheblich konzentrierter durchgeführt werden musste, da sich erhebliche Mängel in der medizinischen Versorgung ergaben. Das lag einerseits an der zu geringen Zahl von ausgebildetem Personal, denn es waren für 2.000 Vertriebene und Heimkehrer nur ein Arzt und fünf Helfer vorgesehen.⁵⁴ Hinzu kam die ungenügende Ausstattung der Sanitätsbereiche in den Lagern. Aus diesem Grund ersuchte die Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler im Juli 1946 die Kreisgesundheitsämter die Vertriebenen- und Heimkehrerlager mindestens einmal im Monat durch die Kreisärzte überprüfen zu lassen.⁵⁵ Im Oktober ordnete die Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler eine Großaktion zur „Bekämpfung der Läuse“ in der ganzen

Sowjetischen Besatzungszone an. Ärzte, Pflege- und Transportpersonal sollten noch im Laufe des Monats gegen Fleckfieber geimpft werden. Da durch die Impfung eine Immunität von etwa einem Jahr erzielt werden konnte, sollten auch diejenigen in die Impfung einbezogen werden, die diese im vorigen Jahr erhalten hatten. Über die erfolgte Impfung wurde ein Impfschein ausgestellt, der dem Personal ausgehändigt wurde und auf Verlangen vorzuzeigen war. Als Neuerung auf dem Gebiet der Fleckfieberbekämpfung in den Vertriebenenlagern und -transporten hatte die Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler ab 1.10.1946 einen Motor-Zerstäuber für Duolit-Pulver⁵⁶ zur Verfügung, der einschließlich des Desinfektors und des Zubehörs auf einem kleinen LKW überall hin transportiert werden konnte. Der Motorzerstäuber wurde fernmündlich oder mittels Telegramm unter kurzer Angabe des Grundes bei der Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler für einen kurzfristigen Einsatz angefordert. Zum Einsatz kam er, wenn Verlausungen in den Lagern oder bei Transporten auftraten, die mit den örtlichen Entlausungsanlagen oder durch zeitliches Versagen derselben nicht sofort bekämpft werden konnten.⁵⁷

1947 wurde der Aufgabenbereich der Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler um einen wesentlichen Bereich erweitert. Laut der Sowjetischen



Abb.4 Grafik zur Vertriebenenaufteilung in die Kreise des Landes Brandenburg

Militäradministration in Deutschland sollte die Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler auch für die Eingliederung der Vertriebenen und Heimkehrer in den Arbeitsprozess und deren Versorgung mit Wohnraum zuständig sein.

Ende 1947 zeigte sich seitens der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland Unzufriedenheit über die Arbeit der Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler, da diese die Anforderungen der Besatzungsmacht nicht erfüllte. Aufgrund dessen kürzte die Sowjetische Militäradministration in Deutschland im Februar 1948 die Zahl der Stellen bei der Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler und veränderte die Zuständigkeiten einiger Abteilungen. Der Bedeutungsverlust beschleunigte sich nachdem das SED-Zentralsekretariat⁵⁸ beschloss, die Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler und die Umsiedlerabteilungen in den Landesregierungen aufzulösen.⁵⁹ Die SED sah in der Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler einen Konkurrenten im Bezug auf ihren Einfluss auf die Vertriebenen. Als Sprachrohr und zentrale Anlaufstelle bei Problemen war die Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler für die Vertriebenen in den Augen der SED zu stark geworden und ihre Aktivitäten im Herbst 1947 bei denen die Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler versuchte auf die Gesetze der Landesparlamente in Bezug auf Verträglichkeit mit der Vertriebenenproblematik Einfluss zu nehmen, war dann der Ausschlag gebende Grund die Behörde aufzulösen.⁶⁰ Im Frühjahr 1948, als die dringendsten organisatorischen Aufgaben des Flüchtlings- und Vertriebenenproblems gelöst erschienen, wurde die Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler als Behörde aufgelöst und die verbleibenden Aufgaben der Deutschen Verwaltung des Innern übertragen.⁶¹

3. Stunde Null in der Provinz Mark Brandenburg

Die Lage in der Provinz Mark Brandenburg im Jahre 1945 war gekennzeichnet von Chaos. Die östlichen und südöstlichen Kreise der Provinz waren erheblich durch die in den letzten Wochen des Zweiten Weltkrieges stattgefundenen Kampfhandlungen zerstört worden. Die Infrastruktur war überall im Sinne der Politik „der verbrannten Erde“ vernichtet worden.



Abb.5 Zerstörungen im Oderbruch 1950

Alle Brücken waren gesprengt, die Eisenbahnlinien unterbrochen, lebenswichtige Anlagen zerstört, Deiche durchstoßen, Ortschaften niedergebrannt und Proviantlager vernichtet.⁶² Überall verbreiteten sich Seuchen wie Ruhr, Typhus, Parathyphus, Fleckfieber und vor allem Tuberkulose. Geschlechtskrankheiten waren weit verbreitet, und mit 23% der Neun- bis Achtzehnjährigen infizierten Jugendlichen erschreckend hoch.⁶³ Die sowjetische Besatzungsmacht begann unmittelbar nach ihrem Einmarsch in der Provinz Mark Brandenburg mit umfangreichen Demontagen.⁶⁴ Eines der ersten Objekte war die Pintsch-AG in Fürstenwalde, auf die weiter unten eingegangen wird. Nach dem Einmarsch der Roten Armee wurden durch sowjetische Kommandanten Gemeinde-, Stadt- und Kreisverwaltungen eingesetzt bzw.

bestätigt. Sie hatten die Aufgabe das „normale Leben“ zu organisieren, d.h. die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und die Wasser- und Energieversorgung zu sichern, die Infrastruktur wiederaufzubauen, Ernte- und Feldbestellung sicherzustellen und das geistige und kulturelle Leben im Sinne der Besatzungsmacht aufzubauen. Die Arbeit der Verwaltungen wurde durch die örtlichen sowjetischen Organe streng überwacht.⁶⁶

Erschwert wurde die Situation durch die ungeheuren Menschenmassen, die aufgrund von Flucht und Vertreibung in Brandenburg Zuflucht suchten. Zur Veranschaulichung sei folgender Bericht der Reichsbahndirektion vom 8.7.1945 hier angeführt, der die Situation in den Gebieten südöstlich und südlich von Berlin beschreibt: „Die Tragödien hungernder und sterbender Menschen wickeln sich zu einem großen Teil auf den Bahnhöfen oder in deren Nähe ab. Es ist schwierig, sich ein genaues zusammenhängendes Gesamtbild über die Ausmaße und Auswirkungen der im Osten entstandenen Katastrophe zu verschaffen, da die Einzelschicksale, die man beobachtet, zu grausam sind und die gehetzten Menschen sehr unvollständige Angaben machen. Es sollen etwa 7 Millionen Deutsche, die östlich der Oder und der Lausitzer Neiße sowie in den tschechischen Gebieten wohnen, von den Polen oder Tschechen vertrieben werden.“⁶⁷

Nach den Erlebnisberichten von der Vertreibung wurden die Menschen von den polnischen- bzw. tschechischen Behörden aufgefordert, sich innerhalb kürzester Frist (es wurden Zeiten von 1/4 bis zu 3 Stunden genannt) in Marsch zu setzen. Es konnte nur das Notwendigste mitgenommen werden. Als zugelassene Traglasten wurden 12 bis 16 kg angegeben. Wem es gelang, mit Karren, Handwagen und Pferdefuhrwerken zu flüchten, dem wurden die Pferde und Wagen beim Überschreiten der Oder bzw. der Neiße abgenommen und die übrigen Sachen geplündert. Hungernd und mit abgerissenem Schuhwerk oder barfuß und häufig nur notdürftig bekleidet sammelten sich die Menschen auf den Bahnhöfen und versuchten, mit irgendeiner Möglichkeit weiterzukommen. Die sowjetischen Besatzungsorgane machten bei Mitfahrt in den so genannten „Russenzügen“ keine Schwierigkeiten, im Gegenteil wurde sogar beobachtet, dass sowjetische Soldaten Brot an Kinder verteilten. Weiter heißt es in dem Bericht: „Die Menschen umlagern jeden Zug, der zur Abfahrt nach Westen oder Süden bereitgestellt wird. Sie liegen auf den Wagendächern und den beladenen Kohlewagen und hängen sich an Trittbretter der Wagen und die hervorstehenden Teile der Lok an. Auf Sicherheit kann keine Rücksicht genommen werden.“⁶⁸ Auf diese Weise wurden durch den Bahnhof Cottbus etwa 6.000 Menschen täglich geschleust. Kranke und Sterbende lagen zum Teil tagelang auf den zerstörten Bahnsteigen oder in den Ruinen der Bahnhofsgebäude. Die Toten wurden ohne Sarg neben den Gleisen beerdigt. In dem angeführten Bericht wird von 42 solcher Gräber berichtet, die sich auf der Südseite des Bahnhofs befinden. Das Rote Kreuz hatte auf dem Bahnhof eine Notküche eingerichtet, aus der in der Mittagszeit eine dünne Kartoffelsuppe verteilt wurde. Diese Zuteilungen

reichten aber bei weitem nicht aus, sodass es an der Ausgabestelle zu Auseinandersetzungen zwischen den Flüchtlingen und Vertriebenen kam. Ähnliche Zustände wie in Cottbus wurden ebenfalls auf dem Bahnhof Lübben festgestellt. Der Bericht schließt mit Äußerungen zur Ernährungslage die infolge der genannten Zustände in dem gesamten Gebiet, besonders aber auf den Knotenbahnhöfen und in den Städten, äußerst kritisch war. „Die Lebensmittelzuteilungen sind äußerst gering und unregelmäßig.“⁶⁹

Anfang Juli 1945 wurde die Provinzialverwaltung Brandenburg durch die sowjetischen Besatzungsorgane eingesetzt. Die Provinzialverwaltung Brandenburg als Nachfolger der bisher in der Provinz tätigen Behörden hatte somit deren Weisungs- und Aufsichtsrechte übernommen. Ihr waren die Stadt- und Landkreise unterstellt. In den ersten Monaten ihrer Arbeit galt es, das Überleben der Bevölkerung zu sichern und die Grundlagen für den Neuanfang zu legen. Zur Bevölkerung gehörten auch die Vertriebenen, deren Aufnahme in der Provinz sicherzustellen war.



Abb.6 Ruine einer Kirche im Landkreis Lebus 1950

4. Lager in Brandenburg

Mit der beginnenden Vertreibung der Deutschen aus Polen und der ČSR ab Sommer 1945 nahm die Zahl der Hilfesuchenden rasant zu. Einer ersten Einschätzung vom 1.10.1945 zufolge hielten sich 637.904 Vertriebene und ca. 600.000 Personen, die aufgrund von Kriegshandlungen ihre Heimat verlassen hatten, in der Provinz Mark Brandenburg auf.⁷⁰ Diese Menschen irrten zum großen Teil planlos und Unterkunft suchend herum; zu einer Zeit, wo weitere Vertriebenenströme über die Oder und Neiße nach Brandenburg gelangten, in ein Gebiet, das durch die Kriegsereignisse weit schwerer als andere Länder und Provinzen der Sowjetischen Besatzungszone in Mitleidenschaft gezogen war. Städte wie Frankfurt (Oder) und Küstrin, selbst zum überwiegenden Teil zerstört, ohne jegliche Lebensmittelvorräte, ohne Wasserversorgung, ohne ärztliche Hilfe und Medikamente, ohne Unterkunft, ohne Transportmittel und ohne die genügende Zahl an Menschen, die Hilfe hätten leisten können, wurden zum Einfallstor für Hunderttausende. Die ersten organisatorischen Maßnahmen wurden Anfang Oktober 1945 getroffen, wie eine „allgemeine Stoppanordnung für die ganze Zone“ und Schaffung von Unterkünften. Die Stoppanordnung, die das unorganisierte Umherwandern von Flüchtlingen und Vertriebenen verbot, brachte einen gewissen Stillstand. Es folgte die Schaffung von Auffanglagern an der Oder, um von dort aus die Vertriebenentransporte geordnet weiterzuleiten. Als Auffangpunkte wurden Küstrin, Forst, Spremberg und später Angermünde eingerichtet.⁷¹

Bis Oktober 1945 wurden 81 Aufnahmelager geschaffen, von denen 68 Lager freigegeben wurden.⁷² Die Aufnahmefähigkeit der Lager betrug insgesamt 100.980 Personen. Von diesen 68 Lagern befanden sich 30 in einem guten Zustand, zwei wurden als schlecht charakterisiert und für 36 lag kein Zustandsbericht vor.⁷³ Bis zum 8.12.1945 erhöhte sich die Zahl der Lager auf 87 und die Aufnahmefähigkeit stieg auf 125.430 Personen. Die Lager unterteilten sich in neun Auffanglager mit einer Kapazität von insgesamt 30.000 Personen, 77 Kreislagern mit einer Kapazität von insgesamt 89.430 Personen, einem Dauerlager mit einer Kapazität von 6.000 Personen sowie 35 Lagern mit einer Kapazität von unter 1.000 Personen (deren Zahl war schwankend, da je nach Sachlage Lager entstanden bzw. geschlossen wurden).⁷⁴ Im Februar 1946 findet sich die erste genaue Auflistung der verschiedenen Lager in den Unterlagen des Landratsamtes Guben, mit Angabe des Landkreises bzw. der Stadt, des Ortes bzw. Namens und der Aufnahmekapazität der einzelnen Lager, wobei die kleineren Lager nicht alle in diese Liste aufgenommen wurden, da sich in den Unterlagen immer wieder erheblich höhere Zahlen in Bezug auf die Anzahl der Lager finden.

Vertriebenenlager in der Provinz Mark Brandenburg, Stand 14.02.1946⁷⁵

Auffanglager	Lager	Kapazität
Kreis Angermünde	Pinnow	2.000
Stadt Forst	Kaiserhof	500
Stadt Guben	Borsiglager	1.400
Kreis Spremberg	Spremberg	2.000
Heimkehrerlager		
Stadt Brandenburg	Quenz	4.000
Kreis und Quarantänelager		
Kreis Beeskow-Storkow	Küchensee	1.600
Kreis Luckau	Finsterwalde	2.200
Kreis Luckenwalde	Jüterbog	3.000
Kreis Niederbarnim	Bernau	1.000
Kreis Niederbarnim	Rüdersdorf	1.500
Kreis Osthavelland	Falkensee	1.500
Kreis Oberbarnim	Wriezen	1.000
Kreis Prenzlau	Birkenhain	1.500
Kreis Spremberg	Welzow	2.000
Kreis Teltow	Königs Wusterhausen	1.000
Kreis Templin	Templin	2.000
Kreis Westprignitz	Glöwen	2.000
Kreis Zauch-Belzig	Belzig	1.800
Stadt Eberswalde	Eberswalde	2.000
Stadt Potsdam	Luftschiffhafen	350
Stadt Rathenow	Magazininsel	1.800

Welchen Fluktuationen die Lager unterworfen waren, veranschaulicht die Tabelle 1 im Kapitel zehn, die eine Aufstellung der Lager zum Stichtag 1. Januar 1947 unter Angabe des Landkreises, des Ortes bzw. Lagernamens und der Aufnahmekapazität zeigt. Mit Anfang des Jahres 1946 ließ der regellose Zustrom von Vertriebenen nach. Es begann die auf der Potsdamer Konferenz beschlossene Umsiedlung der deutschen Bevölkerung aus Ost- und Südosteuropa. Da jetzt bei der Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler mit genauen Zahlen gearbeitet werden konnte, wurde ein systematischer Ablauf der Aufnahme und Weiterleitung der Vertriebenen umgesetzt. Die kleineren Lager in der Provinz wurden geschlossen und auch solche, die mit der Bahn nicht erreichbar waren oder den sanitären Ansprüchen nicht genügten. Das Material, das dadurch frei wurde, fand Verwendung im Ausbau der bestehenden Lager.



Abb.7 Baracken als Notunterkünfte für Vertriebene in Premnitz 1949

Im Januar 1946 war die Anzahl der Lager rückläufig, demnach gab es 61 Lager für 74.497 Personen.⁷⁶ Da es sich bei diesen Lagern um Provisorien handelte, die keinesfalls den Anforderungen bei Betreuung und Ausstattung entsprachen, kam es in ihnen immer wieder zum Ausbruch von Seuchen. Um den Seuchen zu begegnen, wurden auf Anordnung der Sowjetischen Militäradministration in Brandenburg 22 Vertriebenen- und Heimkehrerlager als Hauptlager für die Provinz Mark Brandenburg eingerichtet. Am 20. März 1946 konnte darüber Vollzug gemeldet werden. Alle Lager erhielten die Richtlinien über die Durchführung des Befehls Nr. 46.⁷⁷ Die Durchführung kontrollierten die Landräte bzw. Oberbürgermeister mindestens einmal im Monat, indem sie sich persönlich vom Zustand der Lager überzeugten und die Abstellung etwa festgestellter Missstände und Mängel veranlassten. Im Vordergrund standen die sanitären Einrichtungen, die ggf. mit dem leitenden Arzt besichtigt wurden sowie die Unterkünfte und die Unterbringung der Kranken.⁷⁸ Über die Zustände in den Lagern informierte der Präsident der Provinzialverwaltung Brandenburg die Landräte und Bürgermeister mit einem Rundschreiben. Dieses ist auf den 15. April 1946 datiert und enthält einige Punkte die „von größter Wichtigkeit“ für die Verbesserung der Verhältnisse in den Lagern sind. So sollte der Bau bzw. die Fertigstellung von Entlausungsanlagen in den Vertriebenenlagern schnellstens vorangetrieben werden. Brennmaterialien (Kohle) für die Entlausungsanlagen sollten für die Dauer von 14 Tagen vorrätig sein.

Oberste Priorität in den Vertriebenenlagern hatte der Bau und die Fertigstellung von Bade- und Duschanlagen sowie die einwandfreie Umzäunung der Lager. Nachdem in der Bevölkerung bereits Fälle von Fleckfieber aufgetreten waren, wurden die Heimkehrer und Flüchtlinge unter Quarantäne gestellt, um eine weitere Ansteckung zu verhindern.⁷⁹

Im April 1946 waren in den Lagern der Provinz Mark Brandenburg 6.504 Vertriebene und 5.375 Heimkehrer untergebracht.⁸⁰ Dem gegenüber stand eine Vertriebenenbewegung von 613.740 Personen im Zeitraum von Januar bis März 1946.⁸¹ Bis September 1946 erhöhte sich die Gesamtzahl der Vertriebenen- und Heimkehrerlager in der Provinz Mark Brandenburg auf 30.⁸² Im September 1946 fasste das Umsiedleramt bei der Provinzialverwaltung Brandenburgs seine Arbeit wie folgt zusammen: „...Wir stellten eine Zusammenarbeit mit der Reichsbahnverwaltung her, um die notwendigen Transportzüge zu erhalten, verpflichteten Fuhrunternehmer für die Gestaltung von LKWs, sorgten für die Zufuhr von Lebensmitteln und verpflichteten Ärzte für die Auffanglager. Hauptaufgabe war von Oktober 1945 bis Januar 1946 200.000 Umsiedler in den Auffangpunkten zu versorgen und sie in die Länder und Provinzen weiterzuleiten. Hierzu mussten insgesamt 440.523 t Mehl, 11.938 t Fett, 620.488 t Kartoffeln und 33.170 t Nahrungsmittel herangeschafft werden.“⁸³ Weiterhin wurden etwa 450 Transportzüge bereitgestellt, um die Vertriebenen in die eigene Provinz bzw. nach Mecklenburg, Thüringen und nach Sachsen weiterzuleiten. Von Januar bis August 1946 gelangten auf diese Weise etwa 246 Transporte aus anderen Ländern und Zonen in die Provinz Mark Brandenburg. In der gleichen Zeit wurden von Brandenburg aus 348 Transporte in andere Länder und Zonen abgefertigt. Die Strohbeschaffung machte keine Schwierigkeiten. Anders sah es jedoch mit der Beschaffung von Schlafdecken aus. Trotz der Lieferung von 19.000 Decken bestand immer noch ein Bedarf von ca. 30.000 Stück. In den Bezirks- und Kreiskonferenzen wurden alle Verwaltungsstellen und auch die Lagerleiter für die zu leistende Arbeit geschult und belehrt. Das Amt entsandte ständig Referenten in die Kreise zu den Lagern und sorgte so für die Verbesserung in der Wirtschaftsführung und in der Ausgestaltung der Lager. Um jeder Seuchengefahr, speziell in den Wintermonaten zu begegnen, wurde größter Wert auf Sauberkeit und Ordnung in den Lagern gelegt. Die Kreisärzte erhielten den Auftrag, die Lager monatlich zu kontrollieren. Der Chef des Kommandanturdienstes der Sowjetischen Militäradministration, sowie der Arztmajor und der Leiter des Amtes überprüften in jeder Woche einige Lager. Bis zum Zeitpunkt des Berichtes wurden ca. 400 Lagerkontrollen durchgeführt.⁸⁴

Eine ein Jahr später angefertigte Zusammenfassung der geleisteten Arbeit der Landesbehörde geht dabei noch weiter ins Detail: „... Von den etwa 80 vorhandenen Lagern in der Provinz Mark Brandenburg, in denen die Umsiedler aus dem Osten aufgenommen wurden, konnten im Laufe der Wochen und Monate die meisten geschlossen werden, sodass in der Provinz

Brandenburg im Februar 1946 dreißig, im Oktober 1946 fünfundzwanzig und im Juni 1947 dreizehn, von der Abteilung für Umsiedler und Heimkehrer kontrollierte Umsiedlerlager zur Verfügung standen.⁸⁵

Weiter heißt es, dass von der Ende 1945 aufgetretenen Typhus- und Paratyphusepidemie in der Provinz Brandenburg auch die Vertriebenenlager nicht verschont geblieben seien. Durch die außerordentlich starke Verlaugung sowie den zum Teil äußerst schlechten allgemeinen Gesundheitszustand der Vertriebenen, trat auch Fleckfieber im vermehrten Umfang auf. Nur durch die energische Bekämpfung, d.h. durch die verstärkte und zielbewusste Entlausung in den Lagern gelang es, diese Seuchen einzudämmen und bis zum Sommer 1946 gänzlich zum Verschwinden zu bringen. Der Einsatz von Lagerärzten war anfangs nur dadurch möglich, dass Ärzte aus der frei praktizierenden Ärzteschaft für den Einsatz in den Umsiedlerlagern dienstverpflichtet wurden. Im Laufe der Zeit entspannte sich diese Situation, sodass zum Zeitpunkt des Berichtes ein großer Teil der Vertriebenenlager einen hauptamtlichen Lagerarzt beschäftigte. Zahlreiche Spenden ausländischer Organisationen, die über das IRK zur Verteilung an die Vertriebenenlager gelangten, verbesserten die Lage der Vertriebenen ebenfalls. Es kamen neben wichtigen Arzneimitteln auch Stärkungsmittel und zusätzlich Nahrungs- und sogar Genussmittel zur Verteilung. Hierbei handelte es sich um Medikamente aller Art, Verbandsmaterial, Salben, Vitaminpräparate, Nahrungsmittel, Schokolade, Zucker, Kondensmilch, Schmierseife, Handtücher und Thermometer. Abschließend wurde die Arbeit der Lagerärzte zusammengefasst. So wurden in den Lagern 430.698 Vertriebene ärztlich untersucht und bei der Untersuchung 4.653 Infektionskrankheiten festgestellt. In die Krankenanstalten wurden 2.341 Vertriebene bzw. Heimkehrer zur Aufnahme überwiesen.⁸⁶

Am 24.1.1947 erhielt das Umsiedleramt der Provinz Mark Brandenburg den Befehl, von der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland, die Anzahl der Lager in der Provinz bis auf die Kapazität von 13.900 Personen zu verringern. Aus diesem Grund sollten bis auf sieben Lager alle geschlossen bzw. in neue Aufgabenfelder überführt werden. Es blieben folgende Lager bestehen:

Vertriebenenlager in der Provinz Mark Brandenburg nach Planung der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland⁸⁷

Lager	Lagerkapazität
Frankfurt (Oder), Gronenfelde	3.000
Forst	2.500
Glöwen	1.800
Falkensee	1.600
Fürstenwalde	2.000
Küchensee	1.500
Treuenbrietzen, Seltershof	1.500

Die übrigen sechs, zu diesem Zeitpunkt noch vorhandenen Lager, sollten bis zum 30. Dezember 1947 geschlossen werden. Für diese Lager war schon über eine weitere Nutzung folgendes verfügt worden: Das Lager Quenz in Brandenburg und das Lager Finsterwalde sollten als Wohnraum für Vertriebene genutzt werden. Das Lager Engelsburg im Kreis Templin und das Lager Pinnow im Kreis Angermünde sollte als Kinderheim genutzt werden, wobei beim zweiten noch Lehrwerkstätten vorgesehen waren. Das Lager Rüdersdorf sollte als Wohnraum für die Arbeiter der Kalkwerke dienen und das Lager Saalow im Kreis Teltow sollte als Altersheim für 600 Personen genutzt werden.

Hinsichtlich der Anzahl der Vertriebenenlager in der Provinz Mark Brandenburg, des Lagerpersonals, des baulichen Zustandes, der Lagerverwaltung, der Kriminalität, der Infektionskrankheiten und der Todesfälle wurde 1948 eine Übersicht durch das Umsiedleramt Brandenburg erarbeitet.

Anzahl der Lager in Brandenburg 1945-1948⁸⁹

Zeitraum	Lager	Kapazität
1945-März 1946	87	128.000
April-September 1946	29	45-48.000
Oktober-Dezember 1946	25	44.500
1947	13	24.500
Januar-Juni 1948	7	13.900

Lagermitarbeiter 1945-1948⁹⁰

Zeitraum	Lagerpersonal laut Rahmenetat	Tatsächliche Ist-Stärke
1945-März 1946	4.200	Ist-Stärke nicht zu ermitteln
April-September 1946	1.294	Ist-Stärke nicht zu ermitteln
Oktober-Dezember 1946	798	Ist-Stärke nicht zu ermitteln
Januar-August 1947	580	Ist-Stärke nicht zu ermitteln
September-Dezember 1947	646	616
Januar-März 1948	430	379
April-Juni 1948	326	238

Der bauliche Zustand wurde erst ab 1946 bewertet, doch lassen die erheblichen Mängel sowohl am Äußeren als auch an der Inneneinrichtung der Lager, die für das Jahr 1946 beschrieben wurden, für 1945 einen noch schlechteren Zustand vermuten. 1946 wurde beanstandet, dass in den Lagern nur 25 bis 30% der Barackenfenster verglast waren, während 75% mit Pappe oder Holzverkleidung versehen waren. Erhebliche Schäden wie-

sen auch die Dächer auf. Das Inventar in den Unterkunftsbaracken und den Küchen war unvollständig. Überall herrschte Knappheit an Brennstoffen oder es wurde nur minderwertige Qualität geliefert.⁹¹ Der Chefarzt des Heimkehrerlagers Gronenfelde meldete der Provinzialregierung: „Da gemäß Anordnung der Sowjetischen Militäradministration Brandenburg, die Steinkohle lediglich für die Entlausung bestimmt ist, steht zur Beheizung der Baracken nur Braunkohle zur Verfügung. Bei dieser Braunkohle handelt es sich jedoch um nasse feine Krümel, die nicht nur keine Heizkraft haben, sondern das Holzfeuer wegen des Feuchtigkeitsgehaltes noch zum Erlöschen bringen.“⁹²

Der bauliche Zustand wurde 1947 durch die „Winterfestmachung“ der Lager erheblich verbessert, fehlendes Inventar aus aufgelösten Lagern ergänzt bzw. durch Neubeschaffung aufgefüllt. Anstelle der reinen Strohlager wurden Betten angeschafft. Eine ausreichende Brennstoffversorgung wurde ebenfalls sichergestellt. 1948 wurden die nur notdürftig reparierten Dächer instand gesetzt und endlich alle Fenster mit Igelit⁹³ oder Fensterglas ausgestattet. Die Belieferung mit Decken und Strosäcken hatte sich ebenfalls verbessert, sodass für 1948 „...zur Zeit, durchaus befriedigende Lagerzustände“ festgestellt werden konnten.

Bis 1946 war in der **Lagerverwaltung** noch ungenügend ausgebildetes Personal tätig. Bis 1948 wurde durch Schulungen ein „befriedigender Stand der Qualifikation des Lagerpersonals“ erreicht.

Die **Verpflegung** war und blieb aufgrund der Lebensmittelknappheit in der Sowjetischen Besatzungszone immer ein großes Problem. Von 1946 bis 1948 wurde trotzdem eine Verbesserung der Verpflegungssätze erreicht, auch weil der Lebensmittelverbrauch verstärkt kontrolliert wurde.

Die Kriminalität war in Anbetracht der Menschenmassen, die die Lager durchliefen gering. Für 1946 wurden 22 Fälle gemeldet, 1947 waren es noch 16 und bis Mai 1948 vier.⁹⁴

Die Anzahl der **Infektionskrankheiten** stellte sich wie folgt dar: Im Jahr 1946 wurden für Transport und Lager 1.204 Fälle gemeldet. 1947 gelangten für den Transport 2.456 und in den Lagern 294 Fälle zur Meldung. Bis Mai 1948 wurden für den Transport 1.993 und für die Lager 82 Fälle gemeldet.

Für das Jahr 1946 wurden 345 **Todesfälle** gemeldet. 1947 starben auf dem Transport 25 Personen und im Lager 205. Bis Mai 1948 gab es elf Todesfälle in den Lagern. Erst ab 1946 wurden die Todesursachen differenziert angegeben: Altersschwäche, Herzschlag, Unterleibskrebs, Asthma, Herzmuskelschwäche, Tuberkulose, Erschöpfung und Kreislaufstörung. Als Todesursache auf den Flüchtlingstransporten 1947 werden genannt: Erschöpfung, Herzmuskelschwäche, hochgradige Dystrophie, Tuberkulose und Altersschwäche. Im selben Jahr diagnostizierte man in den Lagern als Todesursache Tuberkulose, Dystrophie, Herzmuskelschwäche, Altersschwäche, Lungenentzündung, Schlaganfall, Asthma, Meningitis, Enterocolitis, Pericar-

ditis, Pleuraemphyem, Morbus Crohn, Lähmungen, Krämpfe, Kreislaufkollaps, Typhus, Diphtherie, Ikterus und Magenkrebs diagnostiziert. 1948 wurden als Todesursachen in den Lagern allgemeine Sepsis, Herz- und Kreislaufschwäche, Enterocolitis und Herzmuskelschwäche festgestellt.⁹⁵

Parallel zur Aufnahme der Vertriebenen erfolgte die Rückführung der Kriegsgefangenen aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft. Die Stadt Frankfurt (Oder) spielte dabei eine zentrale Rolle.⁹⁶



Abb.8 Heimkehrerlager Gronenfelde Frankfurt (Oder), ehemalige Kriegsgefangene bei der Begrüßungsansprache durch die deutschen Behörden

In Frankfurt (Oder) wurden vom 16.6.1945 bis zum 4.4.1946 etwa 38.500 Kriegsgefangene durch das Lager geschleust. Da schnell erkannt wurde, dass ein Lager völlig unzureichend war, entstanden die Lager Quenz in Brandenburg sowie in Glöwen in der Westprignitz zur planmäßigen Erfassung der Kriegsgefangenen. Oberste Priorität hatte auch hier die gesundheitliche Betreuung aus Angst vor Seuchen. Dies wurde in allen Heimkehrerlagern durch fest angestellte Ärzte und mit ausreichend Sanitätspersonal gewährleistet. Im Lager Glöwen wurden hierzu ein Lagerarzt, ein Apotheker, ein Sanitäter und fünf Schwestern bei 2.000 Mann Belegungsstärke beschäftigt.⁹⁷

Folgende Darstellung gibt einen Überblick zu den Heimkehrerlagern in Brandenburg unter Angabe der Anzahl der ehemaligen Kriegsgefangenen und den dazugehörigen Zeiträumen.

Heimkehrerlager in der Provinz Mark Brandenburg, 1945-1946⁹⁸

Lager	Anzahl Kriegsgefangene	Zeitraum
Frankfurt (Oder)	38.500	16.06.1945 - 04.04.1946
Quenz, Brandenburg	32.240	01.05.1946 - 03.08.1946
Glöwen,	11.432	31.03.1946 - 29.09.1946
Belzig	2.636	16.05.1946 - 06.07.1946
Falkensee	1.060	19.07.1946 - 07.09.1946
Treuenbrietzen	134	16.08.1946 - 31.08.1946
Frankfurt (Oder)	778	29.04.1946 - 26.07.1946

5. Das Vertriebenenlager Fürstenwalde

5.1. Vorgeschichte

Von 1871 bis 1873 entstand in Fürstenwalde ein Zweigwerk der in Berlin ansässigen Pintsch-Werke. Deren Gründer Julius Pintsch wurde seit 1852 im Berliner Adressbuch als Klempner und Gasmesserfabrikant geführt und stellte Gaszähler, Eisenbahnbeleuchtung und Seezeichen her. Die Firma Pintsch war bis 1945 nach OSRAM der zweitgrößte Glühlampenproduzent des Deutschen Reiches. Während des Zweiten Weltkrieges wurde die Produktion, wie bei vielen anderen Betrieben, auf kriegsnotwendige Fertigungen umgestellt. Die große Anzahl der jüngeren Mitarbeiter erhielt ihren Gestellungsbefehl zur Wehrmacht und die entstandenen Lücken wurden mit „Fremdarbeitern“, Kriegsgefangenen etc. gefüllt. 1944 beschäftigte das Pintsch-Werk 11.200 Arbeitskräfte, darunter 3.000 so genannte „Fremdarbeiter“ und 400 Kriegsgefangene. Auf dem Gelände der Pintsch-Werke errichtete die Organisation Todt⁹⁹ und das Oberkommando der Kriegsmarine für diese Zwangsarbeiter ein großes Barackenlager. Das Kriegsende erlebte das Werk nahezu unbeschädigt. Wie überall in der Sowjetischen Besatzungszone begann man auch in Fürstenwalde mit der Demontage der Produktionsanlagen.¹⁰⁰

Das ehemalige Barackenlager für Kriegsgefangene und „Fremdarbeiter“ wurde ab 1946 zum Vertriebenenlager umfunktioniert. Laut Verfügung des Umsiedleramtes Brandenburg, vom 13.5.1946, erfolgte der Beschluss ein Vertriebenenlager in Fürstenwalde zu schaffen, das für die Aufnahme ehemaliger Kriegsgefangener vorgesehen war.¹⁰¹ Am 19.6.1946 wurde an das Umsiedleramt Brandenburg gemeldet, dass das Lager zu 80% aufnahmebereit sei.¹⁰² Zum 27.6.1946 erfolgte die Meldung: „das Quarantänelager ist ab sofort bezugsfertig für ca. 2.000 Personen, ausbaufähig für ca. 4.000 Personen.“¹⁰³

5.2. Aufbau des Vertriebenenlagers und Lagermitarbeiter

Das ehemalige Ausländerlager der Firma Pintsch bestand nach dem Lagerplan aus 15 Holz- und 17 Steinbaracken.¹⁰⁴ Das Vertriebenenlager unterteilte sich in eine unreine und eine reine Zone. Der unreine Teil (Zone I) diente der Aufnahme der Vertriebenen und der ersten Desinfektion. Nach erfolgter Desinfizierung wurden die Personen in das reine Lager weitergeleitet, das sich noch einmal in zwei Zonen aufteilte (Zone II und Zone III). Am 27.6.1946 erfolgte eine erste Besichtigung durch das Landratsamt Lebus. Die Baracken waren gründlich gesäubert und desinfiziert worden und machten somit einen ordentlichen Eindruck. Auch außerhalb der Baracken herrschten hygienisch einwandfreie Zustände. Die Küche verfügte über neun

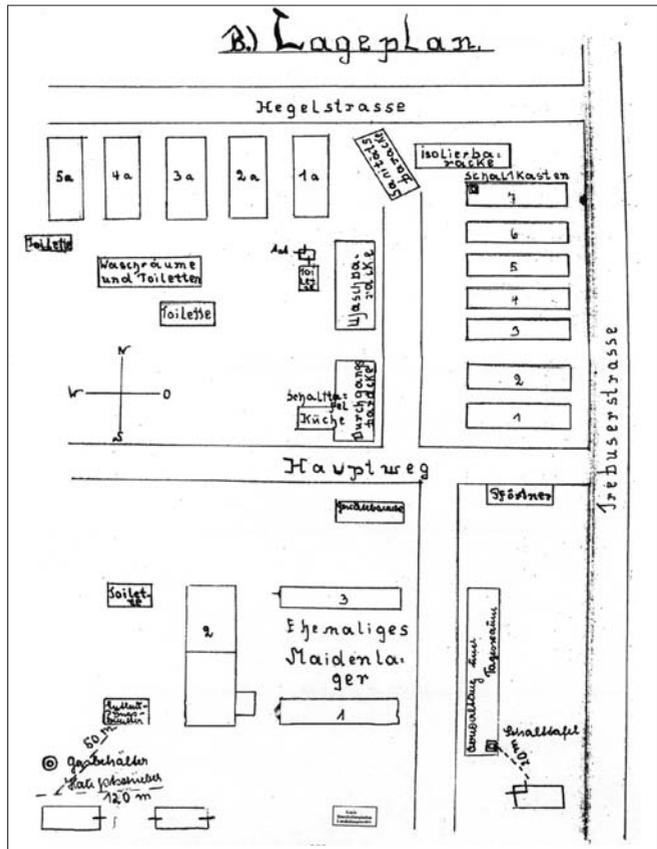


Abb.9 Lageplan des Vertriebenenlagers Fürstenwalde

Kessel mit je 300 Liter Fassungsvermögen. Ein Verpflegungsausgaberaum und ein Vorratsraum waren ebenfalls vorhanden. Die Schlafräume in den Baracken enthielten überwiegend einfach zusammengebaute Liegepritschen, die lose mit Stroh gefüllt waren, da Strohsäcke fehlten. Nach Anweisung der Sowjetischen Militäradministration Brandenburg, Nr. 2349 vom 8.6.1946 wurden für das Vertriebenenlager Fürstenwalde 15 t Stroh aus Beständen des Kreises Guben geordert.¹⁰⁵ Die sanitären Verhältnisse wurden bei der ersten Besichtigung als gut bezeichnet. Toilettenanlagen waren ausreichend vorhanden, dabei handelte es sich um kleine Häuschen mit je zehn Sitzen für Männer und Frauen. Die Entlausungsanlage bestand aus zwei Entlausungseinrichtungen, getrennt für Personen und Kleidungsstücke. Diese waren durch Zäune vom übrigen Lager abgetrennt. Die Kapazität wurde mit 50 Personen und 100 Garnituren Kleidung pro Stunde angegeben. Es bestanden Waschmöglichkeiten in Form einer Duschanlage. Dort gab es jeweils 20

Duschen für Männer und Frauen, im Nebenraum zehn Zapfstellen für kaltes und warmes Wasser. Waschschüsseln waren in ausreichender Zahl vorhanden. Stündlich konnten sich 200 Personen reinigen. Eine Wasserleitung und elektrisches Licht gab es in allen Baracken. Die Beheizung erfolgte durch Öfen, die zum Teil bei der ersten Besichtigung noch nicht installiert waren. Für die ärztliche Versorgung gab es zwei Sanitätsbaracken mit zwei Behandlungsräumen. Zur stationären Betreuung wurden 41 Infektionsbetten und 13 chirurgische Betten bereitgestellt, wobei je nach Bedarf noch zwei weitere Baracken belegt werden konnten. Im August 1946 meldete das Lager, dass die Bettenanzahl des Krankenreviers auf 160 erhöht wurde, inklusive 125 Isolierbetten. Die Einrichtung der Revierbaracke mit Untersuchungs- und Behandlungszimmer sowie die Apotheke waren betriebsfertig und sauber. In die Bettstellen wurde das nötige Stroh zum Teil lose eingeschüttet. Den Mangel an Strohsäcken versuchte man durch Papierhüllen auszugleichen, die jedoch der Beanspruchung nicht standhielten. Auch die vorgesehenen Strohmatratzen waren keine Alternative, sodass die Lösung des Problems weiter offen blieb.¹⁰⁶

Ende August meldete das Lager an den Landrat, dass über die Belegungsfähigkeit im Moment noch Unklarheit bestehe. Ursprünglich war die Kapazität mit 2.600 Personen angegeben, doch hatte sich diese Zahl aus folgenden Gründen laufend verringert: Für den Chefarzt wurde ein Dienstzimmer eingerichtet sowie ein Aufenthaltsraum für die Ärzte. Der Antifaschistische Frauenausschuss erhielt einen Sitzungsraum. Dadurch entfielen 22 Lagerstellen. Weitere 120 Lagerstellen entfielen, weil aufgrund einer Anordnung des Umsiedleramtes Brandenburg¹⁰⁷ vom 27.7.1946 eine Isolierabteilung eingerichtet werden musste. Um eine übersichtliche Essenausgabe zu erreichen, wurde der Essenraum in der Küchenbaracke wieder für seinen ursprünglichen Zweck eingerichtet. Die Flüchtlinge konnten danach ihre Mahlzeiten in einer freundlichen Umgebung einnehmen, dies allerdings nur, weil weitere 110 Lagerstellen abgebaut wurden. Auf Anordnung der sowjetischen Kommandantur erhielt eine Einheit der Roten Armee eine Baracke und damit fehlten weitere 80 Lagerstellen.¹⁰⁸

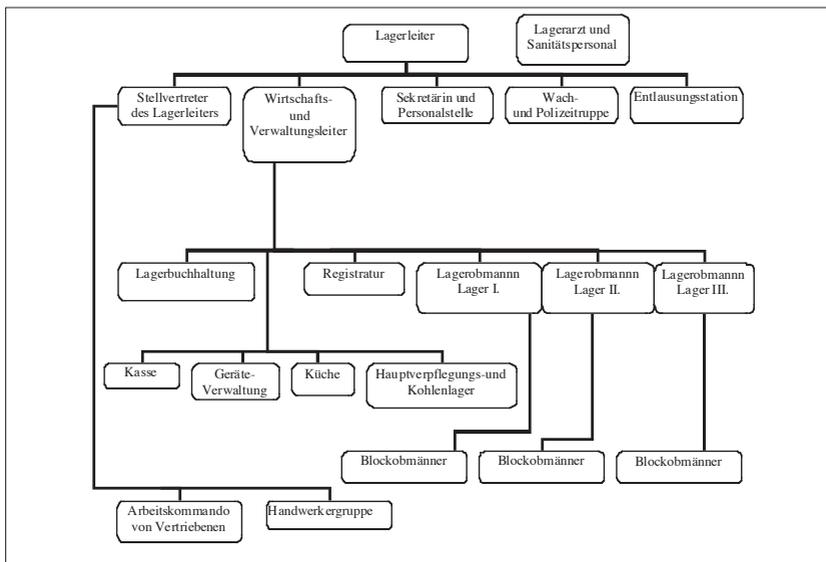
Bei der Besichtigung des Lagers am 21.8.1946 kamen weitere ungeklärte Punkte zur Sprache, zumal dem Lagerleiter auf Grund unterschiedlicher Anordnungen der Zweck des Lagers noch nicht ganz klar war. Nach Anweisungen des Provinzialgesundheitsamtes sollten lediglich kranke Vertriebene in diesem Lager aufgenommen werden, während der zuständige sowjetische General, der das Lager besichtigte, dieses für sämtliche Vertriebene bestimmte. In den meisten Baracken standen für die Vertriebenen zweistöckige Ruhelager bereit, obwohl bei ausgesprochenem Krankenhauszweck nur einstöckige Betten sinnvoll wären. Abschließend wurde im Bericht zur Lagerbesichtigung vermerkt: „Es wäre dringend erforderlich, diese Frage zu klären. Aufnahmen sind noch nicht erfolgt, werden jedoch täglich erwartet.“¹⁰⁹

Eine detaillierte Bestandsaufnahme des Lagers erfolgte erstmals Ende

Oktober 1946. Zuvor hatten ein Anbau und eine Erweiterung stattgefunden, sodass nunmehr 17 massive Steinhäuser und 17 Holzbaracken mit 155 beheizbaren Wohnräumen, davon fünf Familienwohnräumen vorhanden waren. In den Schlafräumen gab es 621 Betten, 1.000 bis 1.600 Pritschen mit Stroh, 580 Strohsäcke, elf Matratzen und 2.000 Decken. Die Kapazität wurde mit 1.300 Personen auf der reinen Seite und mit 900 Personen auf der unreinen Seite angegeben. Die sanitären Einrichtungen wurden ebenfalls erweitert. Die Anzahl der Duschanlagen erhöhte sich auf vier, davon drei warme mit einer Kapazität von 300 Personen pro Stunde. Außerdem gab es noch vier Waschanlagen mit je zwei Bänken à 32 Zapfstellen und eine Waschanlage mit 35 Zapfstellen. Es existierten fünf Toilettenhäuser à 20 Sitze sowie ein Spültoilettenhaus mit 20 Sitzen. Die Küchenausstattung hatte sich ebenfalls verbessert. Die Küche verfügte jetzt über zehn Kessel, einen Kühlschrank, zwei Herde und einen Gemüseputzraum mit Spülvorrichtung. Die Verpflegungsausgabe fand nun in einem separaten Speiseraum statt. Auch gab es einen Aufenthaltsraum und einen Theateraum. Das Lager Fürstenwalde wurde nach den Bestimmungen der Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler als A-Lager, also als besonders gutes Lager deren Ausbau und Förderung wünschenswert ist, klassifiziert.¹¹⁰

Am 21.5.1946 erließ das Umsiedleramt Brandenburg einen Stellenbesetzungsplan sowie eine Dienstpostenbeschreibung der einzelnen Tätigkeiten im Vertriebenenlager Fürstenwalde. Nach dem Stellenbesetzungsplan gliederte sich die Hierarchie des Vertriebenenlagers wie folgt:

Stellenbesetzungsplan Vertriebenenlager Fürstenwalde ¹¹¹



Der **Lagerleiter** war verantwortlich für die gesamte Verwaltung des Vertriebenenlagers in Fürstenwalde sowie für die Durchführung der Anordnungen vorgesetzter Stellen (Sowjetische Militäradministration Brandenburg, sowjetischer Stadtkommandant Fürstenwalde, Provinzialverwaltung Brandenburg, Landrat Seelow, Gesundheitsamt Seelow und Stadtverwaltung Fürstenwalde). Die Verwaltung hatte umfangreiche Bestimmungen durchzusetzen: Einweisung, Unterbringung, Entlassung, ärztliche Betreuung, Aufbewahrung abgegebener Papiere, Gelder, Dokumente und Entlassung der Vertriebenen. Der Lagerleiter hatte die Einzelvollmacht bei allen erforderlichen Maßnahmen, wie für Postausgänge, Bestellung von Lebensmittelvorräten, Materialien, Bankzahlungen. Bei Abwesenheit des Lagerleiters hatte der Stellvertreter des Lagerleiters gemeinsam mit dem Wirtschafts- und Verwaltungsleiter Unterschriftsvollmacht.

Der **Stellvertreter des Lagerleiters** war bei Abwesenheit des Lagerleiters dessen Vertretung. Sein hauptsächliches Arbeitsgebiet erstreckte sich auf folgende Punkte: die Aufgabenverteilung und Einteilung der Handwerkergruppe um 8.00 Uhr und die Beaufsichtigung der ihm über die einzelnen Blockobmänner täglich zu meldenden und zur Mitarbeit heranzuziehenden Vertriebenen.

Dem **Wirtschafts- und Verwaltungsleiter** oblagen die eigentlichen Verwaltungsarbeiten bzw. die Buchführung und die Beaufsichtigung des Büropersonals und die Führung des Sammeljournals. Bei Abwesenheit des Lagerleiters hatte er die Vollmacht für Postausgänge. Ihm unterstanden die Lagerobmänner, die Verwaltung, die Küche, die Geräteverwaltung und das Hauptverpflegungs- und Kohlenlager, in dem Lebensmittel bzw. Heizmaterial gelagert wurden.

Der **Lagerobmann I** (unreines Lager) war verantwortlich für die Steinbaracken 1a-5a, siehe Lageplan, entlang der Hegelstrasse, sowie für die Instandsetzung und Sauberkeit der Waschbaracken und der Toiletten inner- und außerhalb des Lagers. Ihm oblag die Einweisung und Betreuung der Vertriebenen bis zur Überweisung ins reine Lager II. bzw. III. Die ankommenden Vertriebenen wurden von ihm in Empfang genommen, in ihre Unterkünfte eingewiesen und sofort verpflegt. Die Essenausgabe erfolgte stubenweise gegen Ausgabe eines Wertscheines mit der Unterschrift des Lagerobmanns. Dieser wurde dann der Hauptküche vorgelegt, die die Essenportionen ausgab. Nach dem Essen fanden Belehrungen zum Aufenthalt im Lager und zur Hausordnung des Vertriebenenlagers statt. Danach wurden die Vertriebenen für die bevorstehenden Entlassungen bzw. die ärztlichen Versorgungen erfasst.

Der **Lagerobmann II** (reines Lager) war verantwortlich für die Steinbaracken 1-8, siehe Lageplan. Er betreute die nach der Entlassung in das Lager II überwiesenen Vertriebenen. Sie erhielten von ihm eine Einweisung in die Stuben und in den Umgang mit den Verpflegungskarten. Gleichzeitig wurden sie auf Karteikarten erfasst. Anschließend erfolgte die

ärztliche Untersuchung zur Feststellung von Krankheiten und der Arbeits-tauglichkeit.

Der **Lagerobmann III** (reines Lager) war verantwortlich für die Baracken 1-3, das „Maidenlager“, siehe Lageplan. Er betreute die nach der Entlausung in das Lager III überwiesenen Vertriebenen und hatte dieselben Aufgaben wie Lagerobmann II.

Jedem Barackenblock stand ein **Blockobmann** vor. Er war verantwortlich für die Sauberkeit der Unterkunfts-, Wasch- und Toilettenräume sowie für den Empfang der Verpflegung und des Heizmaterials. Ebenfalls wurde die zweite bis vierte Entlausung mit seiner Unterstützung durchgeführt. Bis 8.00 Uhr morgens hatte er schriftlich auf einem Vordruck zu melden, wie viele Personen an der Verpflegung an diesem Tag teilnehmen würden. Gleichzeitig musste er den Küchenchef befragen, ob Abendessen gewährt werde. Um 8.50 Uhr hatte er mit den arbeitseinsatzfähigen Leuten vor der Verwaltungsbaracke zu erscheinen.

In der **Registratur** erfolgte die genaue Erfassung aller Vertriebenen. Nach Ablauf von 14 Tagen Quarantäne, einschließlich viermaliger Entlausung, erhielten die Insassen ihre zur Aufbewahrung abgegebenen Dokumente zurück. Sämtliche Eingänge wurden durch Registrierkarten unter der laufenden Nummer in der Lagerkartei erfasst. Eine Karte verblieb bei der Lagerleitung und eine andere wurde der betreffenden Person ausgehändigt, die ihr gleichzeitig als Laufzettel diente.

Die **Kasse und Bankkontoverwaltung** war verantwortlich für die Erfassung der Einrichtungsgegenstände, Verbrauchs- und Verpflegungsmittel, Verbuchung der Kosten im Kassenbuch und Ein- und Auszahlungen der Kasse.

Die **Lagerbuchhaltung** führte das Lagerbuch, die Lagerkartei für das Hauptverpflegungslager und das Kohlenlager sowie für die Küchenverwaltung.

Die **Küchenverwaltung** bestand aus einem Küchenchef und zwei Hilfsköchinnen.

Die **Geräteverwaltung** führte das Geräteverzeichnis bzw. Gerätebuch über alle im Lager untergebrachten Inventare.

Die **Wach- und Polizeitruppe** bestand aus einem Wachführer und acht Wachmannschaften und unterstand direkt dem Lagerleiter. Sie war für Ordnung und Sicherheit im Lager verantwortlich. Das Aufgabengebiet wurde in einer besonderen Wachordnung festgelegt. Im Allgemeinen waren die Wachmannschaften dafür verantwortlich, dass Diebstähle vermieden wurden, Insassen nicht fliehen konnten und etwaige Vorkommnisse sofort der Lagerleitung gemeldet wurden. Bei Eintreffen der Vertriebenen hatte die Wach- und Polizeitruppe die Aufgabe, diese Leute in Empfang zu nehmen.

Das **Arbeitskommando** wurde aus Leuten des Vertriebenenlagers gebildet. Alle einsatzfähigen Kräfte konnten zur Mitarbeit im Gelände, in der Küche, zur Heizmaterialzerkleinerung für die Entlausungsstation, zur Säuberung des Geländes, der Waschbaracken, der Unterkunftsbaracken, der Toiletten etc. herangezogen werden.

Die **ärztliche Betreuung** erfolgte in einer Sanitäts- und Isolierbaracke im Lager. Es gab einen Lagerarzt mit drei Schwestern und zwei Sanitätern sowie einem Dentisten mit Assistentin.

Für die **Entlausungsstation** bestand eine besondere Entlausungsanleitung, die unbedingt, um eine wirksame Entlausung durchführen zu können, beachtet und eingehalten werden musste. Neben der bisherigen Entlausungsdurchführung wurden die Bekleidungsstücke zusätzlich mit Duolit eingepudert. Die Entlausungsstation unterstand unmittelbar dem Lagerleiter. Anregungen des Lagerarztes waren nach Rücksprache mit dem Lagerleiter zu berücksichtigen. Dem Gruppenführer dieser Station, der gleichzeitig die zu entlausenden Männer auf Läuse untersuchen sollte, unterstanden zwei Männer als Stammpersonal. Diese beiden Männer waren für die Beheizung der einzelnen Öfen und der Waschwasserkessel verantwortlich. Zusätzlich wurden zwei Lagerinsassen zum Wassertragen und zum Tragen der zu entlausenden Kleidungsstücke eingesetzt. Weiterhin waren drei Frauen zur Untersuchung der zu entlausenden Frauen tätig.¹¹²

Am 1.11.1946 waren im Lager Fürstenwalde beschäftigt: ein Lagerleiter, ein stellvertretender Lagerleiter, ein Lagerarzt, eine Oberschwester, zwei Krankenschwestern, zwei Hilfsschwwestern, ein Hilfssanitäter, ein Wirtschaftsleiter, ein Kassenverwalter, zwei Köche, ein Registraturmitarbeiter, eine Sekretärin der Personalbearbeitung, ein Blockmann für den Bereich Entlausung, ein Wachführer, fünf Wachmänner, ein Betriebsobmann, ein Fourier¹¹³, ein Geräteverwalter, ein Heizer, ein Kutscher, fünf Aufbauarbeiter, ein Schuster, ein Installateur, ein Schmied sowie ein Tischler.¹¹⁴ Von den Lagerangestellten konnte im Mai 1947 gemeldet werden: „Die Belegschaft ist 100%ig gewerkschaftlich und 90%ig politisch organisiert.“¹¹⁵ Der Personalbestand vergrößerte sich bis Mai 1947 auf 38 Angestellte.¹¹⁶

5.3. Ankunft, Aufnahme und Tagesablauf im Lager

Bei Ankunft eines Vertriebenentransportes wurde dieser am Bahnhof von Mitarbeitern des Lagers in Empfang genommen und zum Lager geleitet. Die Menschen wurden mit ihrem Gepäck in die unreine Zone des Lagers geführt und zwar auf den großen Platz vor dem Krankenrevier. Nach der Begrüßung und der Aufklärung über Sinn und Zweck der Quarantäne wurde der Transport in Männer und Frauen aufgeteilt. Hierbei wurde besonders darauf geachtet, dass auch die Kinder zur späteren Entlausung nach Geschlecht getrennt wurden. Anschließend erfolgte die Einweisung in die Baracken der unreine Zone. Zuerst wurden die über 50-Jährigen entlaust, um sie möglichst schnell innerhalb des Lagers unterzubringen. Diese Gruppe ging nach Abgabe ihres Gepäcks, das mit Duolit behandelt wurde, sofort zur Entlausung. Die Entkleidung erfolgte in der Baracke 2a. Die Kleider wurden gegen Kleidermarken abgegeben, nachdem zuvor Streichhölzer, Feuerzeuge, Hosenträger, Schuhe, Lederzeug jeglicher Art, Handtaschen, Verpflegung, Rauchwaren usw. aus den Bekleidungsstücken entfernt worden waren. Anschließend ging es zur Entlausung und Desinfektion. Die Entlausungsanlage hatte eine Größe von 7,5 x 3,5 Metern und wurde durch zwei entgegengesetzte Feuerungen bis auf 150° Celsius geheizt. Pro Stunde konnten dort 60 Kleidungsstücke zur Desinfektion und Entlausung aufgehängt werden. Nach einstündiger Entlausung konnten die Sachen zur reinen Station gebracht werden.

Die zu entlausenden Männer und Frauen wurden nach Geschlecht getrennt durch den Entkleidungsraum, der unmittelbar am Entlausungsbunker lag, zu einer warmen Duschanlage durchgeschleust. Mit der bereitliegenden Seife konnten sich die Flüchtlinge zuerst gründlich waschen. Zur weiteren Behandlung gegen Kopf- und Filzläuse stellte die Lagerleitung Cimors-Infektionslösung zur Verfügung. Nach der Körperreinigung wurden Decken an die Betroffenen ausgeteilt, die leihweise für die gesamte Aufenthaltsdauer in ihrem Besitz blieben.

Nachdem die Flüchtlinge ihre Kleidung zurückerhalten und wieder angezogen hatten, wurden sie am Körper im Spritzverfahren mit Duolit gepudert. Erst danach wurden die Betroffenen am Ausgang des Klubraumes auf Karteikarten registriert und in die für sie vorgesehenen Baracken innerhalb der reinen Zone eingewiesen. Jetzt erhielten sie auch wieder ihr inzwischen entlaustes Gepäck.

Nach Abschluss der Entlausung wurden die Betreffenden, die im Klubraum vom diensthabenden Arzt für eine Revierbehandlung notiert worden waren, aufgerufen und in das Krankenrevier eingewiesen. Die Unterbringung innerhalb des Lagers erfolgte getrennt nach Familien, ledigen Frauen und Männern.¹¹⁸

Lübben, den 8. Juli 1946

An die
Provinzialverwaltung Mark Brandenburg
Amt für deutsche Umsiedler
in P o t s d a m .

14

Bericht über die Ankunft des Umsiedlertransportes .

Am 8. Juli 1946, morgens 1³⁰ Uhr, lief der Transportzug in Lübben ein.

Zug Nr. 4428 , Transport-Nr. 4429 , Abgangsbahnhof St.-Habendorf Krs. Reichenberg.

Stärke des Transportes: 1 238 Personen. Davon
266 Kinder,
668 Frauen,
304 Männer.

Besondere Vorkommnisse auf dem Transport:

In Dresden-N wurde ein Mann ausgeladen. Alter ca 60 Jahre,
Grund: Anzeichen von Geisteskrankheit.

Bei der Ankunft in Lübben wurde eine Frau in das Krankenhaus Lübben eingeliefert.

Auf dem Bahnhof hatten sich Vertreter des Sozialamtes und der Kreispolizei eingefunden.

Die Betreuung der Umsiedler mit warmen Tee und Suppe wurde von dem Frauenausschuss durchgeführt.

Mit dem Ausladen wurde bis zum Hellwerden gewartet, um Unfälle zu vermeiden. Das Ausladen und der Abtransport verlief reibungslos.

Durch den weiten Weg, vom Bahnhof Lübben bis in das Lager in Krugau, - 18 Km - waren die Menschen alle, bis auf ein Arbeitskommando, im Lager Krugau, während der Abtransport des Gepäcks sich bis in die späten Abendstunden hinzog.

Morgens wurde auf dem Bahnhof Tee und gegen 11 Uhr eine warme Suppe ausgegeben. Für die bereits im Lager eingetroffenen wurde Kaffee und um 13 Uhr ein Mittagessen ausgegeben.

Die Registrierung wurde sofort beim Eintreffen des ersten Wagens begonnen, konnte aber nicht zum Abschluss gebracht werden und wird am 9.7.46 fortgesetzt.

Soweit es sich bis jetzt beurteilen lässt, sind es zu 60 % alte Leute und Mütter mit Kindern, die arbeitsunfähig sind und somit der Fürsorge zur Last fallen werden.

Das Resultat der Registrierung wird mit Kurier nach dort gebracht werden.

J. A.
D. J. J. J.

Abb.10 Bericht über die Ankunft eines Vertriebenentransportes

Der Tagesablauf im Lager wurde durch die Quarantäne bestimmt. Diese belief sich auf 14 Tage mit vier Entlausungen. Um 7.00 Uhr wurden die Vertriebenen geweckt, mit Ausnahme der Kleinstkinder. Anschließend war Zeit für die Körperpflege. Um 8.00 Uhr wurde stubenweise Kaffee ausgegeben. Gegen 8.50 Uhr sammelten sich die arbeitsfähigen Lagerinsassen, sodass um 9.00 Uhr mit der Arbeit begonnen werden konnte. Von 9.00-17.00 Uhr wurde gearbeitet, abzüglich einer zweistündigen Mittagspause. Im unreinen Lager I wurden das Essen, der Morgenkaffee, das Mittagbrot, die Brotverteilung sowie die eventuelle Abendkost stubenweise ausgeteilt. Die Ausgabe der Verpflegung für Lager II und III erfolgte durch Verpflegungskarten. Ab 22.00 Uhr war im gesamten Lager Nachtruhe befohlen, dies bedeutete, dass in den Schlafunterkünften absolute Ruhe zu herrschen hatte.¹¹⁹

Während der Quarantäne sah die Beschäftigung der Vertriebenen wie folgt aus: Gesundheitlich unbedenkliche Lagerinsassen wurden zur Mithilfe bei der Küchenarbeit, z.B. als Hilfsköche oder Kartoffelschäler herangezogen. Außerdem konnten sie zum Barackendienst oder zum Reinigen des Lagergeländes eingeteilt werden. Ausgesuchte Lagerinsassen wurden mit der Aufrechterhaltung der inneren Ordnung, durch ehrenamtliche Mitarbeit als Barackenältester, Stubenältester, Wache bzw. Mitarbeit im Heimkehrer- bzw. Umsiedlerausschuss betraut.¹²⁰

5.4. Lagerleben und Betreuung im Lager

Einen Einblick in das Lagerleben und die Schwierigkeiten mit denen die Lagerleitung zu kämpfen hatte, geben die Berichte der kontinuierlich durchgeführten Lagerkontrollen durch das Gesundheitsamt oder durch zuständige Stellen der Provinzialverwaltung. Diese Berichte sind nur teilweise überliefert. Die überlieferten Akten vermitteln ein ständiges Bemühen der Lagerleitung, den Anforderungen der vorgeschetzten Stellen gerecht zu werden, obwohl dies aufgrund der wirtschaftlichen Lage und der völlig zusammengebrochenen Infrastruktur nur schwer möglich war.

Eine erste Überprüfung durch das Gesundheitsamt fand am 11.10.1946 statt. Hierbei wurde festgestellt, dass sich der Küchentrakt und die sanitären Einrichtungen in einem ausgesprochen guten Zustand befanden. Dazu schrieb das Gesundheitsamt: „...Der Vorratsraum für Lebensmittel ist sauber und für seinen Zweck praktisch eingerichtet. Das Brot, das in Regalen einreihig aufgestapelt liegt, ist ohne Zeichen von Schimmel. Mehl, Zucker, Salz und anderes sind im frischen Zustand sauber aufbewahrt. Auch der Kühlraum der Küche ist äußerst sauber und könnte bereits in Tätigkeit genutzt

werden, wenn das für die Kühlanlage benötigte SO 2¹²¹ herangeschafft werden könnte. Schwierig ist das gründliche Säubern der zum Kochen benutzten Aluminiumkessel, für welche HCL¹²² unbedingt benötigt wird. ... Die Aschgruben werden jetzt mit einem festen Holzdeckel versehen, sodass ihre Inbetriebnahme vorschriftsmäßig gewährleistet wird. Es wäre aber zu begrüßen, wenn ein Pferdefuhrwerk dem Lager zur Verfügung stände, da entsprechende Arbeiten ständig ausgeführt werden müssen, wie z.B. Abortgruben entleeren, Asche abfahren, Verpflegung und Materialien heranschaffen.“¹²³

Um der Seuchengefahr vorzubeugen, wurde die Benutzung der Toilettenanlagen nach Typhus, Dysenterie bzw. banale Magen- und Darmerkrankungen getrennt. Andere Infektionskrankheiten, eingeschlossen Geschlechtskrankheiten, waren bis zum Zeitpunkt der Kontrolle nicht aufgetreten. Lobenswert anerkannt wurde, dass sich das äußere Bild des Lagers ständig verbesserte. Dies wurde durch tatkräftige Mitarbeit der Lagerbewohner erreicht.¹²⁴ „...Seit längerer Zeit wird auf Basis freiwilliger Meldung eine mehrstündige Arbeitsleistung durch die Umsiedler durchgeführt.“¹²⁵ Eine Anordnung der Sowjetischen Militäradministration Brandenburg vom 28.10.1946 den Küchenbetrieb wegen zu geringer Belegungsstärke vorübergehend einzustellen,¹²⁶ verdeutlicht wie sparsam von der Besatzungsverwaltung mit allen Ressourcen umgegangen wurde. Im Monat Dezember 1946 wurde eine Bestandsaufnahme der auf dem Lagergelände angesiedelten Werkstätten und Dienstleistungseinrichtungen durchgeführt. Es gab auf dem Lagergelände eine Tischlerei, eine Schlosserei, eine Schmiede, eine Schuhmacherei, eine Friseurstube und einen Kindergarten.¹²⁷

Zum Jahreswechsel 1946/47 traf der erste Heimkehrertransport aus Polen ein. Dabei handelte es sich um ca. 500 Mann, die von den Sowjets an Polen übergeben worden waren und dort im Rahmen von Reparationsleistungen unter unmenschlichen Bedingungen im oberschlesischen Bergbau zu arbeiten hatten.¹²⁸ Am 7.1.1947 wurde bei der Lagerüberprüfung festgestellt, dass die ca. 500 Heimkehrer fast restlos als krank galten. Ein Teil war, vorwiegend durch Kriegsereignisse oder durch Unfälle während der Arbeit im Bergbau in Polen, körperlich behindert. Zusammenfassend wurde festgestellt, dass sich der Lagerzustand weiter verbessert hatte. „Alles ist sehr sauber, vor allen Dingen die Krankenbaracken.“¹²⁹

Im Mai 1947 kam es zu einer direkten Konfrontation mit den Besatzungsmächten, hervorgerufen durch die teilweise konfuse Befehlshierarchie innerhalb der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland. Am Freitag, den 16.5.1947, erschien der Kommandant einer Panzereinheit aus Fürstenwalde im Range eines Oberst mit elf Offizieren und teilte dem Lagerleiter mit, dass das Lager restlos abgebaut werden müsste und zwar auf Befehl des General Scharoff. Der Lagerleiter legte sofort Einspruch dagegen ein. Außerdem bat er um 24 Stunden Frist, um seine vorgesetzten Dienststellen darüber zu informieren, die dem Lagerleiter auch zugesagt wurden. Zur besseren Verständigung stand ein Dolmetscher zur Verfügung.

Am nächsten Morgen begab sich der Lagerleiter sofort zum Bürgermeister und zum örtlichen Vertreter der SED, worauf alle drei zum Stadtkommandanten gingen und gegen den geplanten Abbau des Lagers Einspruch erhoben. Der Kommandant gab der Kommission bekannt, im Besitz eines von General Scharoff unterzeichneten Befehls zu sein, der den Abbau des Lagers vorsähe. Der Lagerleiter erhob noch einmal Einspruch mit dem Hinweis, dass dieser Befehl wohl einem Irrtum unterliege, weil das Lager ein Quarantänelager wäre und bei den bevorstehenden großen Umsiedlungsaktionen seinen Zweck zu erfüllen hätte. Zudem betonte er, dass das Lager der Provinzialregierung Potsdam unterstehe und dort von einem Abbau des Lagers nichts bekannt sei. Daraufhin verlangte der Kommandant entsprechende Dokumente, die aber zu diesem Zeitpunkt nicht vorgelegt werden konnten. Jetzt gab der Stadtkommandant dem Lagerleiter nochmals Gelegenheit, binnen 24 Stunden alle notwendigen schriftlichen Unterlagen zu beschaffen. Daraufhin wurde auf ausdrücklichen Befehl des Stadtkommandanten die Demontage des Lagers untersagt. Im Verlauf der Verhandlungen mit dem Stadtkommandanten bekam der Lagerleiter die fernmündliche Mitteilung über das Eintreffen von sowjetischen Soldaten im Lager, die mit dem sofortigen Abriss der Baracken begonnen hatten. Dieses geschah trotz ausdrücklicher Billigung des Kommandeurs der Panzereinheit, jegliche Demontage der Baracken innerhalb der 24 Stunden zu unterlassen. Der Stadtkommandant hatte dem Lagerleiter zugesagt, sofort eine Streife zu dem Lager zu entsenden mit dem Befehl, die zurzeit stattfindende Demontage zu unterbrechen oder zumindest den Ablauf der Frist abzuwarten. Die zugesagte Streife traf aber nicht im Lager ein. Alle Einwirkungen des Lagerleiters gegenüber den aufsichtshabenden Offizieren blieben erfolglos. Der Lagerleiter suchte nun den Stadtkommandanten nochmals auf, um ihn über den Hergang der Dinge zu unterrichten. Um den Abbau zu verhindern, sandte der Stadtkommandant sofort zwei Stabsoffiziere zum Lager. Da aber eine Verständigung zwischen dem Stadtkommandanten und dem Kommandeur der Panzerdivision noch nicht bestand, musste sie erst durch Verhandlungen zwischen den zum Lager beorderten Offizieren des Stadtkommandanten und denen des Panzerkommandeurs angebahnt werden. Daraus resultierte schließlich die Einstellung aller Abrissarbeiten.

Trotz alledem verblieb noch ein Teil der Offiziere im Lager, um alle Baracken, die sie als abbaureif ansahen, zu kennzeichnen. Während die sowjetischen Soldaten die Arbeiten gegen Mittag einstellten, verließen die zurückgebliebenen Offiziere erst gegen 16.00 Uhr das Lager. Inzwischen verständigte der Lagerleiter das Umsiedleramt Brandenburg über die Vorgänge im Lager. Das Umsiedleramt Brandenburg in Potsdam antwortete, dass bereits eine Vereinbarung mit der Sowjetischen Militäradministration Brandenburg erzielt worden wäre und zwar mit dem ausdrücklichen Hinweis der sofortigen Unterbrechung der Demontage. Eine entsprechende Benachrichtigung erging ebenfalls von der Sowjetischen Militäradministration Brandenburg an

den Stadtkommandanten von Fürstenwalde. Bis Montagvormittag 9.00 Uhr ereigneten sich keine weiteren Vorkommnisse im Lager. Dann erfolgte ein Anruf des Stadtkommandanten, die geforderten schriftlichen Unterlagen beizubringen, da sonst die Fortführung der Demontage erfolgen müsse. Der Lagerleiter verständigte den Stadtkommandanten dahin, dass seines Erachtens nach ein diesbezüglicher Befehl an ihn bereits fernmündlich vorliegen müsste und eine entsprechende schriftliche Anweisung noch erfolgen werde. Währenddessen begab sich der Wirtschaftsleiter nach Potsdam, um den schriftlichen Befehl persönlich in Empfang zu nehmen. Die Sowjetische Militäradministration Brandenburg bestätigte die Durchgabe des Befehls an den Stadtkommandanten, der die Unterbrechung der Demontage im Lager Fürstenwalde anordnete. Der schriftliche Befehl müsse dem Stadtkommandanten inzwischen vorliegen. Da dies offenbar nicht der Fall war, wurde ein Offizier des Kreiskommandanten in das Lager beordert, um sich über die Vorgänge zu informieren und den weiteren Abbau der Baracken zu verhindern. Alle Schritte blieben jedoch ohne Erfolg. Gegen 13.00 Uhr erschienen plötzlich sowjetische Soldaten im Lager zur weiteren Demontage der Baracken. Diese Arbeiten dauerten bis ungefähr 24.00 Uhr. Um 21.30 Uhr kehrte der Wirtschaftsleiter aus Potsdam mit dem schriftlichen Befehl zurück und mit diesem begab sich der Lagerleiter unverzüglich zum Stadtkommandanten. Er erreichte aber nur dessen Stellvertreter, der ihm vorschlug, das Schreiben übersetzen zu lassen und am nächsten Morgen oder noch in derselben Nacht wiederzukommen, um weitere Anweisungen seitens des Kommandeurs entgegenzunehmen.

Am Dienstagmorgen 5.30 Uhr erschienen wiederum sowjetische Soldaten im Lager zur weiteren Demontage. Aus diesem Grunde ging der Lagerleiter mit dem Bürgermeister und dem Vertreter der SED gegen 9.00 Uhr zur Kommandantur, um dort erneut zu protestieren. Der Stadtkommandant entsandte jetzt einen Major der sowjetischen Polizei mit der ausdrücklichen Anweisung, jeden weiteren Abbau in dem Lager zu unterbrechen. Der anwesende Kommandeur der Panzertruppe erachtete dessen Anweisungen als nicht bindend und ließ die angefangenen Arbeiten weiter durchführen. Der Lagerleiter verhandelte daraufhin noch einmal mit dem Kommandeur der Panzertruppe, um Zeit zu gewinnen. Bis dahin waren zwei Baracken schon vollständig abgerissen und nur ein kleiner Teil des Fußbodens noch vorhanden. Auch einige hundert Meter des Lagerzaunes waren abgerissen. Jetzt erschien eine neue, von einem Major geführte Einheit am Lagertor, die sich mit dem Lagerleiter in Verbindung setzte, um den Abriß einer weiteren Baracke zu verhindern. Der anwesende Panzerkommandeur verweigerte den Militärfahrzeugen den Zugang in das Lager und stellte seinerseits einen Militärposten am Lagertor auf, der jedem Unbefugten den Zugang zum Lager verweigerte. Der Lagerkommandant begab sich erneut zum Stadtkommandanten, um die neue Situation darzulegen. Der Stadtkommandant und sein Stellvertreter kamen daraufhin ins Lager, um weitere

Demontagen zu verhindern. Unterdessen musste der Befehl der Sowjetischen Militäradministration Brandenburg zur Unterbrechung der Demontage eingetroffen sein, denn nun verwies der Stadtkommandant persönlich alle im Lager anwesenden sowjetischen Offiziere und Soldaten und bemerkte ausdrücklich, dass ausschließlich der Lagerleiter der alleinige Kommandant des Lagers sei. Eine andere Einheit drang jetzt mit ihren Fahrzeugen gewaltsam in das Lager ein, um einen LKW mit Dachplatten zu beladen und abzufahren. Der Lagerleiter eilte wiederum zum Stadtkommandanten. Ein zufällig anwesender Generalmajor beorderte einen sowjetischen Feldwebel mit dem ausdrücklichen Befehl in das Lager, den Zutritt jedem Unbefugten zu verbieten. In der Zwischenzeit erschien erneut der oben erwähnte LKW, um mit dem weiteren Abtransport von Barackenteilen fortzufahren. Das verhinderte der sowjetische Feldwebel.

Am 21. Mai 1947 erschien ein Kapitän der Panzereinheit im Lager, um die Herausgabe der restlichen Barackenteile zu fordern. Dieses wurde ihm aufgrund der vorliegenden Befehle, der Sowjetischen Militäradministration Brandenburg, aus Potsdam verweigert. Am Sonnabendmorgen, dem 24. Mai 1947, erschien wiederum eine sowjetische Einheit und riss trotz Protests der Lagerleitung die laufende Umzäunung auf einer Länge von ca. 100 Metern ab. Obwohl eine sofortige Vorstellung bei der Ortskommandantur und die Gestellung einer Streife in das Lager stattfand, konnte nicht verhindert werden, dass ein weiterer Teil der Lagerumzäunung abgebaut wurde. Am 29. Mai 1947 erschien, vertreten durch einen Oberleutnant, eine neue sowjetische Einheit. Auch diese sowjetischen Soldaten rissen etliche Meter des Lagerzaunes ab. Das Vorstelligwerden bei der Kommandantur hatte dieses Mal Erfolg, da sofort der stellvertretende Kommandant mit in das Lager kam und dort den weiteren Abriss des Zaunes untersagte. Der sowjetische Oberleutnant zeigte dem Oberstleutnant ein Dokument ohne Stempel, angeblich von einem Dolmetscher unterschrieben, über die Berechtigung des Zaunabrisses. Das Vertriebenenlager war bereits durch Vertriebene belegt und zudem für weitere größere Transporte, besonders für die Aufnahme von kranken Vertriebenen, vorgesehen. Deswegen bat die Lagerleitung, die Sicherheit des Lagers durch Abstellung eines Postens zu gewährleisten. Dieser sollte im Lager untergebracht werden, damit er sofort gegen weitere unberechtigte Eingriffe vorgehen konnte.¹³⁰ Trotz der Befehle der Sowjetischen Militäradministration Brandenburg wurde auf Annordnung der sowjetischen Kommandantur am 22. August 1946 eine weitere Baracke an eine Einheit der Roten Armee abgegeben. Diese wurde durch sowjetische Soldaten abmontiert und abgefahren.¹³¹

Doch damit war der Eingriff in den Lagerbetrieb durch die Besatzungstruppen noch nicht ausgestanden. Durch Sprengungen der unmittelbar an das Lager grenzenden Fabrikanlagen der Firma Pintsch, die ab Mai von der Roten Armee vorgenommen wurden, wurde das Lager in starke Mitleidenschaft gezogen. Infolge der Detonationen traten an der Theaterbaracke und

der Tischlerei erhebliche Schäden auf, Dächer wurden beschädigt, Wände, Türen, Fensterrahmen und Scheiben der Baracke eingedrückt bzw. herausgerissen. Die Decken der Baracken zeigten viele Risse. Jedoch waren die größten Schäden durch die schon früher erfolgte Demontage von mehreren Baracken und deren Zubehör sowie durch den Abtransport von Baumaterialien, Einrichtungsgegenständen und der Umzäunung des Lagers durch Sowjettruppen entstanden.¹³² Diese Mängel blieben nicht unbemerkt, allerdings wurden als Ursache im Bericht zur Lagerüberprüfung am 30.5.1947 durch das Umsiedleramt Brandenburg andere benannt. Ungenügende Bewachung des Lagers, Fehlbesetzung der Wirtschaftsleitung, ungenügende Schutzkleidung des Küchenpersonals, schlechte Verwaltung der Magazine, fehlende Heizmaterialien, Medikamente, Verbandsmaterialien, Instrumente und Schutzkleidungen, Transportschwierigkeiten beim Abtransport der Fäkalien, ein Kindergarten bzw. Aufenthaltsraum für „beschädigte Umsiedler“ sei nicht vorhanden. Dies alles waren Mängel, die auf das Auftreten der Besatzungstruppen zurückzuführen waren und später hieß es in demselben Bericht, dass der Wirtschaftsraum in einem einwandfreien Zustand und gegen Einbruch gesichert wäre, die Küche in einem sauberen Zustand vorgefunden wurde, die Ordnung im Magazin und die Buchführung allerdings nicht zufrieden stellend seien. Entsprechende Abhilfsmaßnahmen wurden sofort getroffen und eine personelle Umbesetzung in der Magazinverwaltung erfolgte ebenfalls. Das Krankenrevier machte einen ordentlichen Eindruck und war nur mit einem Patienten belegt. Allein zum nichtvorhandenen Kindergarten bzw. Aufenthaltsraum für „beschädigte Umsiedler“ wurde angemerkt, dass sie durch die Demontage verloren gegangen wären. Da ein großer Teil der Lagerumzäunung durch die Rote Armee abgerissen worden war, musste Abhilfe geschaffen werden. Dazu hieß es im Bericht: „Aufgrund der Unsicherheit in der Umgebung des Lagers schlagen wir vor, noch 4 Lagerordner einzustellen.“¹³³

Dank des Einsatzes der Lagerbewohner konnte der desolate Lagerzustand wieder verbessert werden. Zum einen wurde eine lagereigene Wasserleitung mit Pumpanlage und Anschluss an das Stadtnetz geschaffen, die Wäscherei wurde auf elektrischen Betrieb (Waschtrommel, Zentrifuge und Spülbecken) umgestellt. Zum anderen wurden ein Trockenraum und ein Aufbewahrungsraum für schmutzige Wäsche geschaffen. Dadurch erhöhte sich die Kapazität auf 200 Wäschegarnituren stündlich. Die Beleuchtungsanlage wurde überholt und die Außenbeleuchtung auf ein Schaltsystem umgestellt. Mit besonderem Stolz wurde berichtet, dass eine Radioanlage mit zwei Lautsprechern und einem Mikrofon in Betrieb genommen werden konnte.¹³⁴ Bis zum Juli 1947 stabilisierten sich die Zustände im Lager wieder. Es machte wieder einen sauberen und positiven Eindruck. Sämtliche Wohnbaracken waren zur Aufnahme weiterer Transporte vorbereitet. Überall war frisches Stroh aufgelegt worden. In der Apotheke waren wieder ausreichend Arzneimittel und Verbandstoffe vorhanden. Stichprobenartige Kontrollen

der Spenden sowie der übrigen Arzneimittelbestände ergaben keine Beanstandungen. Der Küchenvorratsraum und die Badeanlagen befanden sich in einem ordnungsgemäßen und sauberen Zustand. Die Entlausungsanlage war zum Zeitpunkt der Überprüfung wegen Bauarbeiten nicht in Betrieb. Die Entlausung erfolgte währenddessen ausschließlich durch Einstäuben mit DDT-¹³⁵ oder Duolitpuder. Klagen über die Verpflegung wurden nicht vorgebracht. Die Verpflegung wurde in quantitativer und qualitativer Hinsicht als durchaus ausreichend und schmackhaft bezeichnet.¹³⁶ Allerdings klagte der Lagerleiter, dass die Lagerinsassen widerrechtlich das Lager verlassen würden und in der Umgebung die Kleingärtner belästigten. Die Umzäunung des Lagers musste aus diesem Grund täglich repariert werden.¹³⁷ Am 11.10.1947 traf ein Krankentransport aus Polen mit 182 Männern, 393 Frauen und 69 Kindern ein.



Abb.11 Innenansicht einer Baracke aus einem Flüchtlingslager 1945/46, zu sehen ist eine Rotkreuz-Schwester bei der Kinderbetreuung

Davon waren bis zu 70% Altersschwache, Kranke und z.T. geistig behinderte Personen. Viele dieser Menschen war hilfs- und pflegebedürftig und musste in Altersheimen und Pflegeanstalten untergebracht werden. Die meisten waren zwischen 60 und 90 Jahren alt. Nach Schätzungen waren nur 15% gesund, und infolge ihres Alters nur bedingt arbeitsfähig. Der Gesundheitszustand wurde im Allgemeinen als gut bis befriedigend beschrieben, akute fieberhafte Erkrankungen waren nicht festgestellt worden. Von den 69 Kindern gaben zehn an, Vollwaisen zu sein, ferner befanden sich zwölf Blinde sowie 40 bis 50 geistig behinderte Personen darunter.¹³⁸

Auf Befehl der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland und der Sowjetischen Militäradministration Potsdam wurde am 21.10.1947 eine Kontrolle bezüglich der „Winterfestmachung“ des Vertriebenenlagers Fürstenwalde durchgeführt. Es wurde festgestellt, dass sich alle Baracken hinsichtlich der Bedachung, der Verglasung und der Beleuchtung in einem winterfesten Zustand befanden. Die Wege des Lagers waren ausreichend befestigt, sodass eine Verschlammung während der Regenperiode nicht zu befürchten war. Decken waren in ausreichender Zahl vorhanden. Hier gab es sogar einen Überbestand, von 2.100 Schlafdecken gegenüber einer zugelassenen Lagerkapazität von 2.000 Personen. Anders sah es in der Krankenpflege aus. Das Lager besaß für das Krankenrevier nur zehn Bettbezüge, durch die große Anzahl der kranken Vertriebenen wurden aber dringend 50 Bettbezüge benötigt. Als ein weiteres Beispiel für die schlechte Versorgungslage sei angeführt, dass es immer noch keine Strohsäcke gab. Für die Unterkunftsbaracken gab es nur loses Stroh. Strohsäcke waren nur für das Krankenrevier vorhanden. Ferner fehlten im Lager noch Essschüsseln sowie für die Schuhmacherei Sohlenmaterial und Nähgarn.¹³⁹ Das Jahr 1948 sah einen weiteren kontinuierlichen Ausbau und eine Verschönerung des Lagers vor. Im April wurde dazu gemeldet: „Das Lager macht in jeder Hinsicht einen tadellosen sauberen und einwandfreien Eindruck. Insbesondere hinsichtlich der Verschönerung in Form von Anpflanzungen seien wesentliche Fortschritte gemacht worden, wie die grüne Rasenfläche, ... eine Kanalisation zur Abwässerung und Fäkalienabführung sei im Bau.“¹⁴⁰

Insgesamt befand sich das Lager mit Unterkunftsbaracken, Waschräumen, Entlausungsanlage, Küche, Vorratsraum, Sanitätsstation in einem „tadellosen Zustand“ und gab zu Beanstandungen keinen Anlass. Die Versorgung der Sanitätsstation mit Medikamenten und Spenden war ausreichend. Die Beschaffung der Lebensmittel erfolgte reibungslos. Es wurde lediglich der Wunsch zum Ausdruck gebracht, für die werdenden bzw. stillenden Mütter und Kleinstkinder im Lager eine Zusatzernährung in Form einer täglich zu verabreichenden Milchsuppe zu gewähren. Ein entsprechender Antrag wurde durch die Wirtschaftsabteilung der Abteilung Umsiedler und Heimkehrer an die Abteilung Handel und Versorgung gestellt. Im Lager befanden sich zu diesem Zeitpunkt u.a. 80 Vertriebene, die als Einzelgänger von der Polizei aufgegriffen worden waren, außerdem noch drei Heimkehrer vom letzten

Transport.¹⁴¹ Allein im Jahr 1948 erfolgten 14 Kontrollen des Lagers Fürstenwalde durch die vorgesetzten Behörden.¹⁴²

Neben der Quarantäne, die alle Lagerinsassen durchlaufen mussten, sollten die Menschen nach dem Schrecken der Vertreibung durch eine intensive Betreuung mit den gesellschaftlichen Veränderungen in der Sowjetischen Besatzungszone vertraut gemacht werden und die ersten Schritte für eine gesellschaftliche Integration anlaufen. So war die KPD/SED¹⁴³ bereits in den Lagern bestrebt ihre Politik zu propagieren. Es wurden politische Veranstaltungen der SED u.a. zu den Themen Demokratisierung, Entnazifizierung, Entmilitarisierung sowie gewerkschaftliche Veranstaltungen des FDGB¹⁴⁴ zur Berufsberatung durchgeführt.¹⁴⁵ Dass diese Veranstaltungen ihre Wirkung nicht verfehlten, zeigt eine Aktennotiz aus dem Lager Küchensee: „Am 16.1.1947 fand eine Versammlung der SED statt. Die Versammlung war sehr stark besucht, da den Umsiedlern die SED als einzige Partei bekannt war, welche sich tatsächlich für die Umsiedler einsetzt. Als Redner war der Kreisvorsitzende erschienen, der den Umsiedlern sehr klar die augenblickliche politische Lage schilderte und sie aufrief, sich nach ihrer Eingemeindung so schnell wie möglich in den Dienst des Wiederaufbaus zu stellen. Die Ausführungen fanden lebhaften Beifall. ... Nach dieser Versammlung war festzustellen, dass die Umsiedler langsam anfangen, die Leistungen der einzelnen Parteien gegeneinander abzuwägen und die meisten kamen zu dem Entschluss, dass nach der ihnen bisher zuteil gewordenen Hilfe die SED die Partei ist, die die Interessen des schaffenden Volkes insbesondere der Umsiedler vertritt.“¹⁴⁶

Um die Menschen von ihrem Schicksal wenigstens für einige Stunden abzulenken, wurden kulturelle Maßnahmen der verschiedensten Art organisiert. Die FDJ¹⁴⁷ veranstaltete Theatervorstellungen und sorgte für ein laufendes Angebot an musikalischen, gesanglichen und kabarettistischen Darbietungen.¹⁴⁸ Die Aufbauschule und die Theatergruppe der Stadt Fürstenwalde veranstalteten so genannte „Bunte Abende“ und das Stadtorchester führte mehrere Konzerte auf. Gesangsabende durch den Volks- und Gemischtenchor aus Fürstenwalde wurden gegeben. Zur konfessionellen Betreuung wurden evangelische und katholische Gottesdienste abgehalten.¹⁴⁹ Während am 30. Mai 1947 noch gemeldet wurde: „Die Vertreter der politischen Parteien, des FDGBs und des Kulturamtes halten laufend Referate und Vorträge im Lager“¹⁵⁰, so machte der Bericht vom 28.8.1947 deutlich, dass die politische Betreuung gegenüber der konfessionellen Betreuung nach Ansicht der Kontrolleure nicht ausreichend war. Im Bericht hieß es: „... erneut wurde festgestellt, dass die politische Betreuung von Seiten sämtlicher Parteien und Gewerkschaften sehr gering ist. Lediglich die Kirchen beider Konfessionen bemühen sich in rühriger Weise nicht nur durch abhalten von Gottesdiensten, regelmäßige Besuche der Pfarrer im Lager, sondern auch durch positive Hilfeleistungen um das geistige Wohl der Heimkehrer in Form von Spenden verschiedenster Art.“¹⁵¹



Abb.12 Ehemalige Kriegsgefangene im Gespräch mit dem Hauptabteilungsleiter Vogt, von der Abteilung Umsiedler bei der DWK, im Vertriebenenlager Fürstenwalde 14.10.1948

Das Lager erhielt auch den Auftrag eine Bibliothek aufzubauen. Diese wurde das erste Mal Ende Mai 1947 erwähnt.¹⁵² Im August 1947 verfügte sie über 340 Bücher, 120 Broschüren sowie ca. 100 Zeitschriften. Außerdem gelangten täglich etwa 30 Zeitungen in das Lager zur Verteilung. Unter anderem die „Tribüne“, „Die Neue Zeit“, „Die Freiheit“, „Die Volksstimme“, „Das Neue Deutschland“¹⁵³ sowie die „Leipziger Nachrichten“¹⁵⁴. Der Bibliotheksverantwortliche war unausgesetzt bemüht, durch Mithilfe der Parteien bzw. der Kirchen und anderen Institutionen, eine Erweiterung der Bibliothek zu ermöglichen.¹⁵⁵ Dass die Menschen nach den Wochen der Entbehrung aus ihrer Apathie wieder erwachten, verdeutlicht diese Meldung vom Oktober 1947: „Die Menschen helfen sich gegenseitig, indem die körperlich völlig hilflosen Personen von gesunden Stubeninsassen betreut werden.“¹⁵⁶ Um den Aufenthalt im Lager so angenehm wie möglich zu gestalten, griffen die Vertriebenen auch zur Selbstinitiative. So meldete das Lager im Juni 1947, dass von den Lagerinsassen eine kleine Lagerkapelle gebildet worden wäre, die während der Essenzeiten im Speisesaal zur Unterhaltung der Lagerbewohner spielte.¹⁵⁷

In der Tabelle zur Belegung des Vertriebenenlagers Fürstenwalde wird die Anzahl der Personen, die sich in Quarantäne befanden wiedergegeben und teilweise eine Differenzierung ihres Geschlechts vorgenommen. Die Zahlen spiegeln die Belegung zu den genannten Daten wieder.

Belegung des Vertriebenenlagers in Fürstenwalde 1946-1948

Datum	Männer	Frauen	Kinder	insgesamt	Anmerkungen
25.6.1946	830	-	-	830 ¹⁵⁸	-
29.8.1946	-	-	-	2.350 ¹⁵⁹	-
19.10.1946	148	-	-	148 ¹⁶⁰	-
31.12.1946	447	-	-	447 ¹⁶¹	-
20.1.1947	-	-	-	21 ¹⁶²	-
März 1947	-	-	-	2.714 ¹⁶³	-
April 1947	-	-	-	51 ¹⁶⁴	-
22.3- 26.3.1947	-	-	-	701	Hochwassergeschädigte ¹⁶⁵
Mai 1947	-	-	-	49 ¹⁶⁶	-
28.6.1947	-	-	-	37 ¹⁶⁷	-
07.7.1947	-	-	-	693 ¹⁶⁸	-
15.10.1947	182	393	69	644 ¹⁶⁹	-
4.11.1947	-	-	-	567 ¹⁷⁰	-
9.12.1947	-	-	-	297 ¹⁷¹	-
1947	-	-	-	8.297 ¹⁷²	insgesamt
22.4.1948	-	-	-	83 ¹⁷³	-
30.6.1949	-	-	-	1.448 ¹⁷⁴	-
25.7.1949	522	980	-	1.503 ¹⁷⁵	-
14.12.1950	201	340	157	698 ¹⁷⁶	-

6. Fünftausend Kriegsgefangene für den Polizeidienst

Ab September 1948 war das Vertriebenenlager Fürstenwalde für die Durchsleusung von 5.000 ehemaligen Kriegsgefangenen aus der UdSSR, die dort für den Polizeidienst in der Sowjetischen Besatzungszone angeworben worden waren, vorgesehen. Die Verweildauer der Ankommenden wurde mit zwei bis drei Tagen angegeben¹⁷⁷, anschließend erfolgte der Abtransport in die Länder.

Die ausgewerteten Akten geben Auskunft über die vom 10.9. – 6.10.1948 durchgeführten Transporte von ehemaligen Kriegsgefangenen aus der UdSSR in das Lager Fürstenwalde. Auf welcher Grundlage die Kriegsgefangenen in der UdSSR geworben wurden, vermittelt dieser Bericht von Kriegsgefangenen aus dem Lager Minsk, Lagernummer 7168: „Man brachte die Gefangenen in ein Lager, wo sie vier Wochen in strenger Isolierung gehalten wurden, d.h. vollkommen abgeschlossen von der Außenwelt. Des Öfteren in der Nacht wurden sie durch Offiziere der operativen Truppe (NKWD)¹⁷⁸, meistens in Gruppen von vier Mann, befragt nach ihrer antifaschistischen Einstellung. Es wurde ihnen der Vorschlag gemacht, ein Bewerbungsschreiben an die deutsche Volkspolizei zu richten. Einige Leute, die diese Bewerbung nicht unterschrieben, wurden von den anderen Gefangenen isoliert und in ein ehemaliges Straflager abgesondert.“¹⁷⁹



Abb.13 Ehemalige Kriegsgefangene aus der UdSSR im Lager Gronenfelde Frankfurt (Oder) 19.5.1948

Die ehemaligen Kriegsgefangenen, nachfolgend Polizeianwärter genannt, wurden im Lager Fürstenwalde auf ihre gesundheitliche Tauglichkeit untersucht und auf ihre persönliche Eignung sowie auf ihre politische Einstellung hin überprüft.

Alle diese im Zeitraum September/Oktober heimkehrenden Polizeianwärter, hatten ihre vorzeitige Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft allein ihrer Verpflichtung zur Volkspolizei (VP) zu verdanken. Die Leitung über diese Aktion oblag der DVdI. Insgesamt sollten 5.000 Polizeianwärter durch das Lager Fürstenwalde geschleust werden. Die Aktenlage gibt nur über den Zeitraum 10.9. bis 6.10.1948 Auskunft. Der weitere Verlauf ist nicht überliefert. Bis zu diesem Zeitpunkt waren ca. 80% der Polizeianwärter in Fürstenwalde angekommen. Die nachfolgende Übersicht gibt einen Überblick über die Anzahl und Stärke der durchgeführten Transporte in das Lager Fürstenwalde. Weiterhin werden Aussagen gemacht, wie viele Polizeianwärter tatsächlich in den Polizeidienst übernommen wurden. Bei den von der Kommission als untauglich befundenen Polizeianwärtern handelt es sich um Mitglieder von nationalsozialistischen Organisationen oder um Personen, die strikt aus persönlichen Gründen die Arbeit bei der Volkspolizei verweigerten.

Polizeianwärtertransporte September/Oktober 1948

	Transport insgesamt	übernommen in den Polizeidienst	untauglich laut Arzt	untauglich laut Kommission
13.9.	897	871 ¹⁸⁰	-	-
15.9.	143	104	15	24 ¹⁸¹
17.9.	175	168	2	5 ¹⁸²
22.9.	294	292	1	1 ¹⁸³
24.9.	219	218	1 ¹⁸⁴	-
6.10.	345	339	-	6 ¹⁸⁵
5.10.	1.747	1.681	15	2 ¹⁸⁶

Das Lager Fürstenwalde wurde zu diesem Zweck extra hergerichtet. Den einzelnen Ländern der Sowjetischen Besatzungszone wurde jeweils eine Baracke zugeordnet, sodass die ankommenden Polizeianwärter entsprechend ihrer Herkunft in den jeweiligen Länderbaracken untergebracht werden konnten.

Bis zum 8.9.1948 hatte die Lagerverwaltung Fürstenwalde folgende Vorarbeiten abzuschließen: Zu beiden Seiten des Lagers sollten zwei Fahnenmasten errichtet werden, an denen die schwarz-rot-goldene und die rote Fahne aufgezogen werden konnten. Eine weitere große schwarz-rot-goldene Fahne mit Polizeistern sollte für den Versammlungsplatz bereitgehalten werden.¹⁸⁷ Bei den Baracken, die für die Länder ausgesucht worden

waren, sollten die jeweiligen Landesfarben gehisst werden. Das Lager sollte innen und außen mit Grün und Blumen geschmückt werden. Das Lager und die Baracken sollten in genügender Anzahl mit Parolen, die auf den Kampf um die Einheit Deutschlands, auf den Halbjahres- und Zweijahresplan sowie die Rolle und den Charakter der Polizei hinwiesen, ausgestattet werden. Offensichtlich fehlte es noch an Fahnentuch, denn Sachsen wurde leihweise um Überlassung von Fahnentuch fernschriftlich gebeten.¹⁸⁸ Des Weiteren sollte eine Polizeikapelle für das musikalische Rahmenprogramm sorgen. Die Lautsprecher- und Radioanlage sollte überprüft werden, sodass sie zu jeder Tageszeit einsatzbereit sei. Gute Schallplatten, vor allen Dingen Kampflieder, sollten beschafft werden. Hierzu wurde die Bereitstellung eines Sendewagens des Berliner Rundfunks sowie die Beschaffung von Schallplatten mit proletarischen Liedern erreicht.¹⁸⁹ Die Organisation eines Abendprogramms durch die FDJ und Künstler aus der Stadt Fürstenwalde musste sichergestellt werden.¹⁹⁰

Die Durchschleusungsaktion wurde mit Polizeipersonal aus den Ländern durchgeführt. Jedes Land hatte Länderkommissionen zur Überprüfung der einzelnen Polizeianwärter zu bilden. Insgesamt gab es 15 Kommissionen, d.h. drei Kommissionen pro Land. Diese gliederten sich in drei Abteilungen.

Die **PK-Abteilung** (Polit-Kultur Abteilung) zur Überprüfung der politischen Einstellung und der Intelligenz der Polizeianwärter.

Die **P-Abteilung** (Kaderabteilung) zur Überprüfung der fachlichen Kompetenz und Klärung personalpolitischer Fragen.

Die **GB-Abteilung** (Abteilung Grenzpolizei und Bereitschaften) zur Bestimmung der Einsatzzeichnung, d.h. Festlegung des Einsatzbereiches.¹⁹¹

Bis Ende September 1948 belief sich die Zahl der Polizeiangeestellten im Lager auf 157.¹⁹² Eine Polizeikapelle in Stärke von 28 Mann wurde ebenfalls bereitgestellt. Des Weiteren stand ein Wanderkino zur Verfügung. Ein Genosse aus Fürstenwalde sollte einen literarischen Abend veranstalten und für den 14. September war eine Varieteveranstaltung vorgesehen. Die FDJ hatte ebenfalls zugesagt, durch Darbietungen in Erscheinung zu treten.¹⁹³ Am 10.9.1948 konnte gemeldet werden: „Die Ausgestaltung des Lagers ist abgeschlossen. ... Kontrollen unsererseits ergaben, dass sämtliche Kommissionen im Lager eingetroffen und mit ihren Aufgaben vertraut sind.“¹⁹⁴

Am selben Tag traf der erste Transport von Polizeianwärtern aus der UdSSR ein. Dieser wurde mit Musik durch die Polizeikapelle vom Bahnhof abgeholt. Das Gepäck wurde auf bereitgestellte LKW verladen und ins Lager geschafft. Nach der Begrüßungsansprache im Lager wurden die Polizeianwärter in ihre entsprechenden Länderbaracken aufgeteilt. Jede Baracke wurde mit Angehörigen eines Landes der Sowjetischen Besatzungszone belegt. Für Heimatlose und Angehörige der Westzone stand ebenfalls eine Baracke zur Verfügung. Die Mitarbeiter der Länder übernahmen die Organisation der Lagerregistratur, d.h. Registrierung der Polizeianwärter und Ausgabe der Verpflegungskarten. Nachdem dies durchgeführt war, erfolgte die Wahl eines Stubenältesten, der für Ordnung und Disziplin verantwortlich

war. Anschließend wurde ein Fragebogen und Papier für den Lebenslauf verteilt. In dem Fragebogen mussten zu folgenden Fragen Angaben gemacht werden: Name, Vorname, Geburtsdatum, Wehrmacht freiwillig oder gezogen, Dienstgrad (Offizier, Unteroffizier, Mannschaft), Auszeichnung, Dienstdauer, Gefangenschaft (Zeitraum und Tätigkeit in der Gefangenschaft), soziale Herkunft (früherer Beruf, Schulbildung, politischer Werdegang, eigener und der der Eltern und Geschwister), Mitgliedschaft in der NSDAP (eigene und die der Eltern und Geschwister), Mitgliedschaft in einer ihrer Gliederungen (eigene und die der Eltern und Geschwister), und Mitgliedschaft in der HJ. Nachdem der Fragebogen ausgefüllt und der Lebenslauf geschrieben war, ging es zum Duschen und anschließend zur ärztlichen Untersuchung. Am nächsten Tag musste ein zweiter identischer Fragebogen ausgefüllt werden. Die beiden Fragebögen wurden dann hinsichtlich ihrer Verschiedenheit geprüft. Abschließend wurde jeder einzeln von den Länderkommissionen beurteilt. Dazu wurde mit jedem der Polizeianwärter ein persönliches Gespräch geführt. Die Befragung und Beurteilung durfte nicht länger als fünf bis zehn Minuten in Anspruch nehmen. Anschließend wurde eine kurze Beurteilung mit der Angabe der vorgesehenen Verwendung erstellt. Die Dienststelle bzw. Bereitschaft wurde ebenfalls festgelegt, Dienstgrade jedoch noch nicht. Bei der Verweigerung die Verpflichtungserklärung zu unterschreiben wurde die Befragung bis zu drei Mal wiederholt.

Zur Befragung waren immer ein Vertreter der Abteilungen PK, P und GB anwesend, die mit dem Polizeianwärter ein Gespräch führten und anschließend beurteilten, jeder nach besonderen Gesichtspunkten. Dies gestaltete sich wie folgt: der PK-Vertreter (Polit-Kultur Abteilung) stellte politische und Intelligenzfragen, der P-Vertreter (Kaderabteilung) stellte personalpolitische und fachliche Fragen, und der GB-Vertreter (Abteilung Grenzpolizei und Bereitschaften) stellte Fragen, die die Einsatzeignung ergeben sollten.¹⁹⁵

Nach dem Unterschreiben der Verpflichtungserklärung erfolgte die Ausgabe der Bekleidung und Teilausrüstung mit dem dazugehörigen Besoldungsbuch, dem Bekleidungs- und Verpflegungsnachweis¹⁹⁶ sowie die Auszahlung von 50 Mark Heimkehrerunterstützung.¹⁹⁷ Wenn diese Arbeiten abgeschlossen waren, erfolgte der Transport in die Bestimmungsorte. Der Abtransport der Polizeianwärter wurde länderweise durchgeführt.¹⁹⁸ Am 14. September wurde über die ersten Transporte resümiert, dass die soziale Zusammensetzung zu etwa 95% aus Arbeitern und zu 5% aus Angestellten und Handwerkern bestünde. Sie wären größtenteils 20 bis 30 Jahre alt und der allgemeine Gesundheitszustand wäre durchweg gut. Etwa 10 bis 15% lägen unter der Einstellungsgröße für die Polizei. Allgemein wurde außerdem festgestellt, dass die meisten Polizeianwärter nicht schriftgewandt wären und das Allgemeinwissen stark zu wünschen übrig ließe. Als Ursache hierfür wurde die lange Gefangenschaft und die mangelhafte Schulbildung in der nationalsozialistischen Zeit angeführt. Der größte Teil der Polizeianwärter

00003

DEUTSCHE VERWALTUNG DES INNERN
IN DER SOWJETISCHEN BESATZUNGSZONE

Eidesstattliche Erklärung

In der Erkenntnis dessen, daß die Volkspolizei geschaffen wurde, um die Interessen der Werktätigen vor allen faschistischen, reaktionären und anderen den Werktätigen feindlich gegenüberstehenden Elementen zu schützen und daß sie ein zuverlässiger Rückhalt der demokratischen Entwicklung und des Kampfes für ein einigtes, demokratisches Deutschland sein muß, gelobe ich,

██████████, Hermann
(Name, Vorname)

17.10.1919 in Harra
(Geburtsdatum - Geburtsort)

an Eides statt,

- alle Pflichten, die mir der ehrenvolle Dienst eines Angehörigen der Volkspolizei auferlegt, zu erfüllen,
- die Interessen der Werktätigen ehrlich zu verteidigen, ihre Sicherheit zu gewährleisten,
- das Volkseigentum wie auch das durch ehrliche Arbeit erworbene Privateigentum zu schützen,
- vorbildliche Disziplin zu wahren,
- genau und gewissenhaft alle Befehle und Anweisungen der Vorgesetzten durchzuführen,
- zu lernen und mein Wissen zu erweitern,
- meine Fähigkeiten im Interesse der Stärkung der deutschen Volkspolizei, der Dienerin der Werktätigen, voll zu entfalten.

Ich gelobe feierlich, mich in der Tat des großen Vertrauens würdig zu erweisen, in der Volkspolizei dienen und die mir anvertraute Waffe tragen zu dürfen.

Ich bin mir dessen bewußt, daß eine Verletzung dieses meines feierlichen Gelöbnisses meine Bestrafung und selbst eine gerichtliche Aburteilung zur Folge haben wird.

Ich verpflichte mich, drei Jahre in der Volkspolizei zu dienen. Mir ist bekannt, daß sich diese Verpflichtung auf drei weitere Jahre verlängert, wenn nicht sechs Wochen vor Ablauf dieser Frist von mir um die Entlassung aus dem Polizeidienst nachgesucht wird.

C.II.
(O.S.)

17. Sept. 1948
(Datum)

██████████
(Unterschrift)

KOPIE AUS DEM BUNDESARCHIV

Abb.14 Verpflichtungserklärung zur Deutschen Volkspolizei

hatte eine strenge Antifa-Schule¹⁹⁹ nicht besucht, stattdessen mussten sie jahrelang arbeiten. Ihre antifaschistische Schulung bestand darin, dass sie sich in Zirkeln im Lager, mit Hilfe von Büchern fortgebildet hatten. Die Durchführung dieser Zirkel organisierten die Gefangenen des Lagers selbst. Diese Schulung konnte eine wirkliche „marxistische Grundlage“ nicht vermitteln.²⁰⁰ In einem Erfahrungsbericht vom 19. September 1948 wurde zu den bisher durchgeführten Transporten festgestellt, dass die Polizeianwärter durch Kontakt zu Zivilpersonen und durch umlaufende Gerüchte völlig verunsichert wären. Der Bericht forderte aus diesem Grund, dass alle Delegationsmitglieder, die politisch dazu in der Lage wären, jede freie Minute verwendeten, um mit den Polizeianwärtern zu diskutieren. Den Angehörigen des Wachkommandos, der Bekleidungsabgabe, den Musikern und den Chauffeuren wurde fortan verboten, die Baracken und Stuben der Polizeianwärter zu betreten, um mit ihnen zu diskutieren. „Durch vielfach gegebene Auskünfte und Informationen seien verschiedene Polizeianwärter verwirrt worden. Auch wurde verlangt: Es ist eine Isolierbaracke zu schaffen, in die politisch Unsichere, faschistisch verseuchte oder sowjetfeindliche Elemente eingewiesen werden, die unter besonderer Bewachung gehalten werden und somit keine Gelegenheit erhalten, zersetzende Propaganda unter die Masse der Heimkehrer zu betreiben.“²⁰¹ Des Weiteren wurde gefordert, die Bewachung am Zaun strenger durchzuführen und jede Verbindungsaufnahme mit Zivilpersonen „unter allen Umständen“²⁰² zu unterbinden. Warum der Kontakt zu Zivilpersonen unterbunden werden sollte, verdeutlicht das nachfolgend wiedergegebene Vernehmungsprotokoll vom 15.9.1948:

Vernehmungsprotokoll

M., Alfred, geboren am 2.10.1914 in Frankfurt (Oder)

Am 14.9.1948 hielt ich mich etwa gegen 15.00 Uhr am Lagerzaun zur Straßenseite auf und geriet in ein Gespräch mit einem etwa 60-Jährigen, mir weiterhin aber unbekannt gebliebenen Mann. Innerhalb unserer Unterhaltung kam von Seiten des mir Unbekannten zum Ausdruck, daß unsere Eingliederung in die von der Bevölkerung allgemein als „Russenpolizei“ bezeichnete Volkspolizei bevorstehe und mir aus diesem Grunde von einem Eintritt in dieselbe abrate. In meiner Gegenrede brachte ich hervor, daß es nicht meine Absicht sei, dem Russen, d.h. also, der Sowjetunion weiter zu dienen. Da wir Heimkehrer während unseres Aufenthaltes im Lager Fürstenwalde keinerlei Aufklärung über unsere wirkliche spätere Tätigkeit erfuhren, sondern wir von den undenkbarsten Gerüchten beeinflusst waren, kam in unseren Reihen des Öfteren der gleiche, wie mein oben geschilderter Standpunkt zur Sprache. Wäre von Seiten der Lagerverwaltung bzw. der DVdI

eine eingehende Aufklärung über die künftige Arbeit der Heimkehrer erfolgt, so wäre meine bezeichnete Meinung, wie auch das zu Tage getretene deprimiert sein mehrerer anderer meiner Kameraden nicht zum Ausdruck gekommen.

Ob oben angeführtes Gespräch mit dem genannten Zivilisten von irgendeinem meiner Kameraden mitgehört worden ist; und daraufhin meine Vorführung vor mehrere Offiziere der sowjetischen Besatzungsmacht veranlasst wurde, kann ich nicht sagen. Ich weiß nur anzugeben, dass mehrere meiner Kameraden in der Nähe gestanden haben. Innerhalb der mit mir durchgeführten Vernehmung konnte ich mich des Eindrucks nicht erwehren, dass man mich auf Grund meiner wohl unüberlegten Handlungsweise für einen reaktionären Faschisten und am Wiederaufbau Deutschlands uninteressierten Menschen hielt. Ich halte es für eine vollkommen ungerechtfertigte und fehl am Platz zu bezeichnende Handhabung der Aufklärung und politischen Hinweiserteilung, wenn man wie beispielsweise mich, mit Schimpfworten und sonstigen stichhaltlosen Argumenten zu einem aufrechten Antifaschisten erziehen und gewinnen will.

Ich war in Folge der mir widerfahrenden ungerechten Anschuldigungen völlig niedergeschlagen und beabsichtigte deshalb eine Beendigung meines Lebens. Weil ich, wie von mir vermutet, mir noch etwa 3 Jahre schwere Arbeit in Russland in Aussicht gestellt waren, nicht die Absicht hatte, mich dem zu fügen, nahm ich aus einem mir gehörenden Wäschebeutel eine alte Gasmaskenleine, um hiermit mein Vorhaben durchzuführen. Ich hatte in Erfahrung gebracht, dass hinter dem Lager ein alter, nicht oft aufgesuchter Bunker steht und begab mich dorthin. Kurz bevor ich den genannten Ort erreichte, gewahrte ich einen dort in der Nähe anwesenden Posten. Um denselben vorübergehen zu lassen, verhielt ich mich ruhig, wurde aber durch auf mich fallendes Licht wahrgenommen und der Lagerleitung zugeführt. Bei der durchgeführten Leibesvisitation wurde bezeichnetes Gasmaskenband gefunden und ich leugnete mein Vorhaben, welches ich mit aller Bestimmtheit durchgeführt haben würde, nicht ab. Auf Befragen möchte ich wahrheitsgemäß sagen, dass ich, falls mir irgendwelche Repressalien widerfahren würden, meinen vorgefassten Entschluss jederzeit durchführen werde. Hiermit im Zusammenhang möchte ich betonen, dass ich mich zwar nicht vor Maßnahmen deutscher Behörden, sondern lediglich solcher von sowjetischen Behörden durchgeführt, fürchte. Ganz besonders möchte ich hervorheben, dass ich immer gewillt sein werde, wie jeder andere anständige Deutsche, am Wiederaufbau Deutschlands teilzunehmen, wenn mir mit einem von mir als notwendig erachteten Mindestmaß an Verständnis begegnet wird. Weitere Aussagen habe ich nicht zu machen.²⁰³

Es kam immer wieder vor, dass sich Polizeianwärter heimlich aus dem Lager entfernten. So wurde am 15.9. ein Polizeianwärter bei der Rückkehr in das Lager beim Überqueren der Lagermauer gestellt und der Lagerverwaltung zugeführt. Er gab an, gegen 20.30 Uhr das Lager zum Zwecke des Biertrinkens verlassen zu haben. Er habe aber nicht die Absicht gehabt, dem Lager über Nacht fernzubleiben. Mit ihm hatten zwei weitere, ihm unbekannte Männer das Lager verlassen. Einen Tag später wurden durch eine Lokalstreife in der Gaststätte „D Zug“ zwei Polizeianwärter aufgegriffen und ins Lager zurückgeführt. Die beiden gaben an: „das Lager nur in der Absicht verlassen zu haben, um sich einem ausgiebigen Alkoholgenuß hinzugeben, welchen sie Jahre lang entbehren mußten.“²⁰⁴

Wie die Polizeianwärter das Lager empfanden, verdeutlichen die laufend durchgeführten Stimmungsberichte. So waren die Polizeianwärter durch den Empfang der Musikkapelle und der Delegation der Polizei stark beeindruckt und sie sprachen sich anerkennend darüber aus; ebenso über die schnelle und exakte Abwicklung der organisatorischen Arbeit. Über ihre Versorgung bezüglich der Verpflegung, Bekleidung und Behandlung durch die Polizeiangehörigen waren sie „restlos“ begeistert.²⁰⁵



Abb.15 Verteilung von Kleidung durch die Volkssolidarität

Bis zum 21.9.1948 wurden die Richtlinien für die Übernahme und Durchführung der Polizeianwärtertransporte überarbeitet. Die Aufgaben für die Herrichtung des Lagers wurden präzisiert. So waren die Delegationen der Länder Thüringen und Mecklenburg für die Ausschmückung des Festplatzes verantwortlich. Die anderen Länderdelegationen wurden für das Schmücken und Herrichten der Lagerstraßen und Baracken verantwortlich gemacht. Beim Eintreffen eines Transportes hatten sich auf dem Bahnhof Fürstenwalde die Delegationsleiter, alle Delegationsmitglieder, die Kapelle und die Wachmannschaft bereitzuhalten. Für die Propagandaarbeit der PK-Leute wurden klare Anweisungen gegeben. Folgende Themen sollten gegenüber den Polizeianwärtern zur Sprache gebracht werden:

Was ist im Westen?

Wie ist die demokratische Entwicklung im Osten?

Wie gestaltet sich die politische Entwicklung in Deutschland?

Welche Rolle spielt dabei die Partei (SED)?

Welche Aufgaben hat die Deutsche Volkspolizei?

Die Bedeutung des Schutzes der demokratischen Ordnung

Verstärkung der Polizei

Des Weiteren wurde definiert, wie mit den Polizeianwärtern das Gespräch zu führen wäre.

Sie, die Polizeianwärter hätten bei der sowjetischen Besatzungsmacht ein Gesuch zur Aufnahme in die VP eingereicht, diesem Gesuch ist entsprochen worden, aus diesem Grund sind sie eher in die Heimat zurückgekehrt, sie werden für drei Jahre verpflichtet, zu „sehr günstigen Bedingungen“, nach der Einweisung in ihre Bereitschaften erhalten sie sofort Urlaub, in Polizeiuniform, das Verlassen des Lagers ist bei Strafe untersagt.

Abschließend legten die neuen Richtlinien fest, dass die Arbeit der Kommissionen zu beschleunigen wäre, das bedeutete: „...nicht mehr viele Fragen stellen, höchstens 1-2 Intelligenzprüfungsfragen. Wer zur Polizei will und ja sagt sofort erledigen und weg, wenn keine schweren politischen Bedenken bestehen.“²⁰⁶ Zu jeder Person mussten die Kommissionen Charakteristiken erstellen. Darin mussten enthalten sein und zwar in einem Satz: der Gesamteindruck des Geprüften, seine soziale Herkunft, sein sozialer Stand und bei Ablehnung eine genaue Begründung.²⁰⁷ Um dies zu verdeutlichen, werden nachfolgend einige Beispiele angeführt.

Charakteristik

Horst B., geb. 12.11.1910

Politische Einschätzung: Berufssoldat seit 1930. Durch Teilnahme an politischer Schulung in der Gefangenschaft hat sich B. mit den Grundsätzen der materialistischen Geschichtsauffassung vertraut gemacht, da aus seiner Ausdrucksweise eine gute politische Fundamentierung zu erkennen ist. Weitere Vertiefung der erworbenen Kenntnisse ist jedoch unbedingt erforderlich.

Körperliche Einschätzung: Kräftige, sportliche Figur, ca. 172 cm. Angeblich ohne bisherige große Erkrankungen.

Charakterliche Einschätzung: Ausgesprochener Berufssoldatentyp mit angeborenem und anerzogenem Strebertum, aufgeweckt, gewandt, sichere Ausdrucksweise. Recht gute Allgemeinkenntnisse. Bestimmtes zielsicheres Auftreten. Steht den Äußerungen nach positiv zur Sowjetunion. Bejaht die freiwillige Einstellung zur Volkspolizei aus Überzeugung, wenngleich auch wirtschaftliche Erwägungen seinen Entschluss entscheidend beeinflussen.

Urteil: Charakterlich und geistig für die VP gut geeignet. Politisch ist sorgfältige Beobachtung zweckmäßig. Nach Bewährung Verwendung als Ausbilder in Polizeibereitschaften nicht ausgeschlossen.²⁰⁸

Charakteristik

Horst S., geb. 28.12.1913

Bereits bei der Überreichung des Fragebogens lehnt er es ab, denselben auszufüllen. Nach längerer Unterhaltung mit ihm blieb er bei seiner Begründung, 9 Jahre nicht zu Hause gewesen zu sein und er in erster Linie nach Hause möchte. Es kam zum Ausdruck, dass er positiv zum Staat steht und er erklärte mit besonderer Betonung, dass er vielleicht sich eher bei der Polizei befände wie wir glaubten. Auch bei der zweiten und dritten Aufforderung lehnte er ganz entschieden eine Verpflichtung für den Polizeidienst ab. Er gehörte nach seinen Unterlagen weder der NSDAP noch einer ihrer Gliederungen an. Von 1939 –1945 war er beim Militär und ging am 8.5.1945 bei der Kapitulation in Gefangenschaft bei Minsk.²⁰⁹

Charakteristik

Otto D., geb. 8.8.1927

Politische Einschätzung: Vor 1933 jugendlich. Von 1942–1944 HJ-Rottenführer. Familie sonst politisch indifferent. Ohne einen Gedanken zu fassen in Gefangenschaft gekommen. Dort zum ersten Mal aufklärende Schulung über die Demokratie. Macht aufgeweckten Eindruck, aber politisch unklar.

Körperliche Einschätzung: mittelmäßige Gestalt, ca. 168 cm. Angeblich nicht krank.

Charakterliche Einschätzung: Aufgeschlossener Mensch, muss noch geformt werden. Schriftlich gewandt. Steht positiv zur Sowjetunion und spricht sehr gut über seine Behandlung bei der Gefangennahme und im Lager. Bejaht freiwillig die Einstellung in die Volkspolizei.

Urteil: Gute Nachwuchskraft für die VP,entwicklungsfähig.²¹⁰

Charakteristik

Herbert S., geb. 14.10.1922

Er besitzt eine gute Auffassungsgabe, aggressives und gesetztes Auftreten, pol. schlecht, lehnt ganz strikt den Eintritt in die VP ab, verpflichtete sich in der Sowjetunion nur, um früher in die Heimat zu kommen. Die faschistische Ideologie ist noch stark ausgeprägt.

2. Aufforderung: trotz 2. Aufforderung und polizeilicher Tauglichkeit lehnt er es entschlossen ab, in den Polizeidienst einzutreten.

3. Aufforderung: Auch die 3. Aufforderung lehnte er entschieden ab.²¹¹

Charakteristik

Erich G., geb. 16.4.1920

Politische Einschätzung: Entstammt einer Arbeiterfamilie, erlernter Beruf ist Maurer, vor 1933 nicht organisiert auch keiner faschistischen Organisation angehört. Vater war 1933 KPD-Funktionär, jetzt wieder tätig. Sehr klassenbewußt. Hat noch politische Schulung nötig.

Körperliche Einschätzung: ca. 156 cm, kräftig

Charakterliche Einschätzung: Geistig sehr rege, willensstark, aufgeschlossener Mensch. Steht positiv zur Sowjetunion. Will absolut zur Volkspolizei. Trotz seiner Größe wäre eine Ausnahme angebracht, da er einen sehr guten Eindruck macht und Antifaschist ist. Er ist Reiter und möchte zu einer Reiterstaffel der Polizei.

Urteil: trotz seiner Untergröße für VP geeignet für Einsatz zur Reiterstaffel.²¹²

Charakteristik

Ernst D., geb. 7.4.1917

Er lehnte es ab, den Fragebogen auszufüllen sowie einen Lebenslauf zu schreiben. Seine Begründung war, dass er in die Landwirtschaft will und daß es sich deshalb erübrigen würde, den Fragebogen auszufüllen. Seine Ablehnung erklärte er damit, dass er das Väterliche Gut (von 16 ha) übernehmen müsse, weil sein Vater bereits 76 Jahre alt sei und dieser deshalb das Gut nicht mehr bearbeiten könne. Auf Grund seiner positiven Einstellung zu unserer Entwicklung ist D. in der Lage, in der Landwirtschaft für unseren Sinn zu arbeiten.²¹³

7. Soziale Integration

1946 und 1947 waren die Jahre der Massendeportationen der deutschen Bevölkerung aus Ost- und Südosteuropa. 1948 ebten die Transporte ab, sodass viele Vertriebenenlager geschlossen oder umfunktioniert wurden. Das Lager Fürstenwalde bestand bis in die 50er Jahre weiter, wurde aber wie im vorhergehenden beschrieben auch für andere Zwecke genutzt. So sollten auf Verfügung des Ministeriums des Innern im April 1952 „asoziale“ und obdachlose Personen aus Berlin im Lager Fürstenwalde untergebracht werden. Vereinzelt kamen noch Vertriebenentransporte aus dem Osten an. 1952 waren Vertriebene aus Polen und aus dem Königsberger Gebiet im Lager untergebracht.²¹⁴ Die Vertriebenenlager stellten die erste Station in der Integration der Vertriebenen dar. Der Führung der Sowjetischen Besatzungszone war von Anfang an klar, dass nur eine erfolgreiche wirtschaftliche und soziale Integration der Vertriebenen in die Gesellschaft deren dauerhafte Ansiedlung sicherte. Für die Eingemeindung und beständige Sesshaftmachung der Vertriebenen waren somit drei Voraussetzungen entscheidend: Wohnung, Arbeit und Versorgung. Dort wo alle drei Faktoren gegeben waren, konnte von einer dauerhaften Ansiedlung gesprochen werden. Entscheidend für die Eingemeindung und die Vermittlung in Arbeit waren die Erfassungsbögen der Vertriebenenlager. Die Erfassung hatte nach Anweisung des Ministers für Arbeit und Sozialwesen wie folgt vonstatten zu gehen: „Die als arbeitsfähig bezeichneten Heimkehrer und Umsiedler sind nach ihren Berufen zu befragen und in 3 Gruppen zusammengefasst zu melden.

Gruppe: landwirtschaftliche Berufe

Gruppe: Industrie

Gruppe: sonstige Berufe (hierzu zählen auch alle ohne Beruf)²¹⁵

Hierzu wurden nach Eintreffen eines Vertriebenentransportes die Parteien, Organisationen und Verwaltungen benachrichtigt. Diese hatten 14 Tage Zeit (die Dauer der Quarantäne) ihre Aufgaben zu erfüllen. Dazu entsandten die Abteilungen zu jedem Transport einen Referenten, der in einer Versammlung die Vertriebenen über Rechte und Pflichten ausführlich unterrichtete. Die Abteilung Organisation entsandte einen Sachbearbeiter, der die Eingemeindung unter Berücksichtigung des berufsmäßigen Einsatzes beurteilte und ausarbeitete. Spezialkräfte, die durch Unternehmen angefordert wurden, erhielten sofort eine entsprechende Einweisung von den Sachbearbeitern. Die Umsiedlerstellen der aufnehmenden Kreise wurden von der Übernahme der Vertriebenen noch in der ersten Woche der Quarantänezeit in Kenntnis gesetzt. So hatten sie Gelegenheit, die Eingemeindungen gründlich vorzubereiten.²¹⁶ In den Akten des Umsiedleramtes Brandenburg aus dem Jahre 1946 liest sich das wie folgt: „Nach Möglichkeit wird bei Eintreffen eines Transportes jemand von der Umsiedlerabteilung in das Lager gesandt, um sich ein Bild von den Menschen zu verschaffen. ... Die Eingemeindungen der Trans-

porte erfolgen nach Benachrichtigung durch uns durch die Kreis-Umsiedlerstellen²¹⁷ des Landratsamtes, in dessen Kreis der Transport zu übernehmen ist. Der aufnehmende Kreis sendet den Leiter der Umsiedlerstelle und den Leiter des Kreisarbeitsamtes in das Lager. Nun wird die Verteilung nach dem Gesichtspunkt der Arbeits-Einsatzmöglichkeit in den entsprechenden Gemeinden vorgenommen. Die Familien werden den betreffenden Orten und den aufnehmenden Familien zugewiesen, um zu vermeiden, dass der Umsiedler als Begrüßung womöglich vom Bürgermeister zu hören bekommt, er könne keine Umsiedler unterbringen. Die Leiter der Kreisumsiedlerstellen sind bei dieser Aktion persönlich zugegen, um sich zu vergewissern, dass die von ihnen angeordneten Maßnahmen unbedingt eingehalten werden.²¹⁸

Zudem wurden ständig vom Arbeitsamt Vermittlungen in Mangelberufe vorgenommen sowie Werbeveranstaltungen für andere Berufe und Vorträge über Möglichkeiten von Umschulungen durchgeführt. Berufsberatungen erfolgten ebenfalls durch das Arbeitsamt.²¹⁹ Dass die Zuweisungen in die verschiedenen Landkreise nicht willkürlich vorgenommen wurden, vermitteln folgende Aktennotizen des Landratsamtes Calau/Senftenberg und Calau: „Es ist auf jeden Fall darauf zu achten, dass arbeitsfähige Personen, die in ihren Herkunftsgebieten vorwiegend in Städten gelebt haben, auch wieder in Städten ihres Kreises zur Eingemeindung kommen.“²²⁰

„Den industriellen Schwerpunkten (Brandenburg, Henningsdorf, Doberlug-Kirchhain, Rüdersdorf, Ketschendorf und Schwarzheide) werden ausschließlich nur die dort einsatzfähigen Personen mit ihren Familien zugewiesen. Alle übrigen Umsiedler werden im Rahmen des jeweiligen Aufnahme-solls jedoch auch individuell nach Einsatzfähigkeit und Entwicklungsmöglichkeit an die Stadt- und Landkreise Zug um Zug verteilt. ... Die Kreis- und Stadtwohnungsämter werden hiermit verpflichtet, rechtzeitig alle Vorkehrungen für eine reibungslose Übernahme und ausreichend wohnliche Unterbringung zu treffen.“²²¹

Dass sich dies nicht so einfach gestaltete, soll im Folgenden dargestellt werden. Zum einen war die Infrastruktur wie im 3. Kapitel dargestellt völlig zerstört, hinzu kam die immer größere Zahl an Vertriebenen die aufgenommen werden musste. In einer Aktennotiz vom 12.12.1946 heißt es dazu: „Ca. 1/3 des Wohnraums in der Provinz Brandenburg durch Kampfhandlungen zerstört. Trotzdem mussten 680.728 Umsiedler untergebracht werden. Aufteilung Wohnraum, dadurch erfährt Familienleben erheblich Beeinträchtigung. Führt zu einem nicht zu unterschätzenden gesundheitlichen Gefahrenherd. Nicht möglich Kranke zu isolieren, Übertragung ansteckender Krankheiten, Gefahr von Seuchengefahr.“²²²

Aufgrund der Zerstörungen wurden folgende Kreise in der Provinz Mark Brandenburg 1946 zu Notstandsgebieten erklärt: Kreis Lebus, Kreis Prenzlau, Kreis Templin, Kreis Angermünde, Kreis Oberbarnim und Kreis Lübben.



Abb.16 Wiederaufbau in Frankfurt (Oder)

Die Berücksichtigung der Notstandsgebiete hatte auch Einfluss auf die Eingemeindung der Vertriebenen. Bei der Besichtigung der eintreffenden Transporte in den Lagern wurde neben der Kontrolle des Gesamtzustandes der Vertriebenen weiterhin festgestellt, in welchem Umfang die Vertriebenen mit Hausrat und Textilien versehen waren. Dadurch sollte vermieden werden, dass Vertriebenentransporte die nur unzureichenden Hausrat und wenige Textilien besaßen, in die östlichen Kreise der Provinz gelangen, in der die Not vergleichsweise noch größer war. In den ersten Monaten erfolgte die Eingemeindung der Vertriebenen nach Sollzahlen. Später wurde darauf geachtet,

die Eingemeindungen so zu lenken, dass der Kräftebedarf in den einzelnen Kreisen gedeckt wurde und die Vertriebenen eine ausreichende Existenz und nicht zuletzt eine Heimat fanden. Zu diesem Zweck standen der Provinz Mark Brandenburg zwei Pendelzüge zur Verfügung, die nur die Vertriebenen von den Lagern in die einzelnen Kreise der Provinz beförderten. Ein Transport mit ca. 1.200 Vertriebenen wurde nicht selten auf vier bis sechs verschiedene Kreise verteilt.²²³ Die Bevölkerung in der Provinz Mark Brandenburg, die den Vertriebenen gegenüber nur selten positiv gegenüberstand musste, um eine vollständige soziale Integration zu gewährleisten, hierfür sensibilisiert werden. Durch das Informationsamt wurden zur Publizierung in Presse und Rundfunk Berichte zu unterschiedlichen Schwerpunkten erstellt. Zum einen Berichte in der Presse, die auf die Notlage der Vertriebenen aufmerksam machen sollten und an die Einsicht der Bevölkerung appellierten, sich räumlich einzuschränken. Zum anderen Berichte im Rundfunk, die der eingesessenen Bevölkerung zeigen sollten, wie Vertriebene produktive Arbeit leisten können.²²⁴

Auch die Kinder der Vertriebenen wurden in die Planungen der Integration mit einbezogen. So ordnete der Minister für Volksbildung am 30.8.1947 an: „In Fällen von Leistungsrückstand von Umsiedlerkindern, müssen besondere Förderkurse eingerichtet werden. Durch Heimabende und ähnliche Ver-



Abb.17 neue Heimat Brandenburg auf dem ehemaligen Gutshof in Uckro/ Kreis Luckau

anstaltungen sollen die Kinder seelisch und moralisch betreut werden. Außerdem werden die Lehrer aufgefordert, sich in den Umsiedlerausschüssen zu betätigen und den Familien mit Rat und Tat zu helfen, sodass die Kluft zwischen Alteingesessenen und Umsiedlern beseitigt wird.²²⁵

Vor Ort setzten die Ortsumsiedlerausschüsse, die in jeder Gemeinde bestanden, die Arbeit um. Sie dienten als Brücke zwischen den Vertriebenen und der alteingesessenen Bevölkerung. Eine weitere Aufgabe war die Vorbereitung der Aufnahme der Vertriebenen. Dabei ging es einerseits um die Sicherstellung von Wohnraum, aber auch um die Versorgung mit Lebensmitteln, Bekleidung und Möbeln.²²⁶ Die Versorgung mit Bekleidung und Möbeln gestaltete sich schwieriger als gedacht, da die Industrie nur einen geringen Teil der geforderten Mengen produzieren konnte. Also entschloss man sich so genannte „Umsiedlerwochen“ durchzuführen. In ihnen wurde auf das Schicksal der Menschen hingewiesen und die Bevölkerung um Spenden an Kleidung und Möbeln gebeten. Wirkliche Entspannung in der Versorgungslage der Vertriebenen brachten diese Aktionen nicht. Trotz der Bemühungen zur ständigen Verbesserung der Lage der Vertriebenen gelangten wiederholt Klagen seitens der Vertriebenen an Bürgermeister und Landräte, um auf die elende Situation aufmerksam zu machen. Hauptklagepunkte waren: die mangelnde Versorgung mit Textilien und Schuhen, das Fehlen des notwendigen Hausrates und Mobiliars, die unzulängliche Unterbringung, das Fehlen von Heiz- und Kochgelegenheiten, sowie das Fehlen von Material zur Instandsetzung des Wohnraums.²²⁷

Die Wohnsituation der Vertriebenen war in den ersten Jahren weit davon entfernt, sie menschenwürdig nennen zu können. Die Vertriebenen wurden in Erdlöchern, Ruinen, abbruchreifen Gebäuden ohne Wasser und Strom sowie Ställen untergebracht oder auf engstem Raum zusammengepfercht. Im amtlichen Schriftverkehr wurde so etwas unter dem Begriff „Notwohnungen“ zusammengefasst. Einer der Gründe war die immense Zerstörung in der Provinz Mark Brandenburg. So berichtete der Bürgermeister aus Gusow/Ostbahn, Kreis Lebus 1948: dass aufgrund der Zerstörung der Gemeinde, laut Bericht waren bis zu 60% der Gebäude zerstört, die Eingemeindung immense Schwierigkeiten bereite. Eine Instandsetzung war durch Mangel an Baumaterial schwer möglich, trotzdem sei es gelungen, die Vertriebenen einzugemeinden. Allerdings seien die im September 1948 zugeteilten Vertriebenen noch nicht befriedigend untergebracht. Bei einer weiteren Zuweisung nach Gusow, warnte der Bürgermeister, sei es unmöglich, für Unterkunft zu garantieren. Lobend wurde erwähnt, dass die SED, die CDU, der FDGB, die VdGB und der DFD an der Eingemeindung und die Betreuung der Vertriebenen regen Anteil hätten. Abschließend wurde zum Ausdruck gebracht das von Seiten der Einheimischen noch nicht die Sympathie herrsche, wie sie eigentlich herrschen müsste, jedoch sei es gelungen, eine Antipathie zu beseitigen.²²⁸ Wie aus dem Bericht zu ersehen ist, bemühten sich Parteien und Organisationen gemeinsam, die Situation der

Auszug aus dem Schreiben
der Familie Forcher

Und 10 Tage sind es hier wo wir das Lager Kuchensee verließen um in die neue Heimat überzusiedeln. Doch das Wort Heimat wird für uns hier in Wernsdorf wohl kaum jemals seine Bedeutung bekommen, die es eigentlich haben müsste. Nebenbei gesagt, wir haben nicht eher schreiben können denn wir waren geistig so erschüttert, auf Grund der hiesigen Ereignisse, dass wir einige Tage brauchten, um uns wieder sammeln zu können.

Nun will ich unsere Eingemeindung kurz schildern. Als wir am Montag-Nachmittag hier eintreffen, gab es zunächst eine Kohlsuppe wegen Abend ging die Wohnungszuweisung dann los. Die ersten 3 Familien, darunter auch Lieschen und ich, kamen reibungslos in ihre Zimmer. Dann ging es wieder mit Polizei. Trotzdem waren am Abend 5 Familien auf der Straße, weil die Polizei angeblich nichts machen konnte. Der Bürgermeister liess sich überhaupt nicht sehen. Als am 8ten Abend noch niemand untergebracht war, erbatte sich ein Gastwirt und gab den 5 Familien Fremdenzimmer. Erst nach 2 Tagen erschien dann wieder ein Gemeindevertreter bzw. der Frauensusschuss und fing erneut an Wohnungen anzuweisen. Nach rund 8 Tagen waren dann so ziemlich alle untergebracht. Worte wie "Eindringlinge, Verbrecher" usw. fielen öfter. Alles in allem, die Gemeinde ist ein ziemlich miserabler Ort, nur die Kaufleute sind freundlich, nett und anständig.

Kopie
Brandenburgisches
Landesarchiv

Abb.18 Erfahrungsbericht zur Eingemeindung

Vertriebenen zu verbessern. Aber auch völliges Desinteresse seitens der Aufnahme der Vertriebenen in ihren neuen Wohnorten wurde immer wieder beobachtet. Als ein Beispiel sei hier ein Erfahrungsbericht aus dem Vertriebenenlager Kuchensee vom 12.8.1946 angeführt: „Es ist im Kreis Beeskow-Storkow kaum noch möglich, Umsiedler unterzubringen. Hinzu kommt noch die Unverständlichkeit der Bürger- bzw. Amtsbürgermeister. So geschah bei der Überweisung der Umsiedler nach Bugk folgendes: Der Bürgermeister kümmerte sich überhaupt nicht um die Umsiedler, sondern ließ sie einfach auf der Straße stehen. Nach längerer Zeit brachte er sie dann in einer Baracke

ohne Fenster und ohne Türen unter. Es ist um so verwerflicher, da hier bekannt ist, dass in Bugk noch bei verschiedenen Bauern Wohnraum vorhanden ist.“²²⁹

Um dem entgegenzuwirken, wurden ständig Kontrollen zur Wohnsituation in den Kreisen durchgeführt. 1947 wurden 1.265 Gemeinden und in diesen 14.136 Wohnungen kontrolliert. Bei diesen Kontrollen wurden 977 sofortige Umzüge angeordnet.²³⁰



Abb.19. Pferdestall als Wohnung 1949, 2 1/2 Jahren arbeitete dieser Vertriebene in Trepritz und wohnte in der Ecke des Pferdestalls. Im Zuge einer Kontrolle wurde dieser Zustand beendet.

1948 erfolgten die Kontrollen von 2.320 Gemeinden. Dabei wurden 24.932 Wohnungen kontrolliert und folglich 1.736 sofortige Umzüge angeordnet. Aufgrund der vorgefundenen Mängel wurden 51 Geldstrafen mit einem Gesamtbetrag von 18.415 DM, vier Gerichtsstrafen und eine Gefängnisstrafe in Höhe von drei Monaten verhängt.²³¹ Die auf diesen Kontrollen vorgefundenen Wohnsituationen bzw. Stimmen zur Integration in die Dorfgemeinschaft sollen hier in einigen Beispielen wiedergegeben werden.

Bericht über die Kontrolle **der Gemeinde Neuschadow, Landkreis Beeskow** am 3.9.1947:

„Die Umsiedler in der Gemeinde Neuschadow sind, soweit es die Verhältnisse erlauben, zufrieden. Mit dem Bauern leben sie in gutem Einvernehmen und helfen ihm gern bei den Erntearbeiten. Auch steht der Bauer tatkräftig den Umsiedlern in jeglicher Weise bei. Die Holzversorgung ist dem Umsiedler in diesem Winter schon jetzt gesichert. Jeder Umsiedler bekommt sein ihm zustehendes Holz. Auch dabei hilft der Bauer und stellt sein Fuhrwerk zur Verfügung.“²³²

Bericht über eine Kontrolle in der **Stadt Vetschau** vom Dezember 1947: „Einem Textilunternehmer aus Vetschau wurde eine Strafe von 200 RM auferlegt, weil er eine für die Unterbringung von Umsiedlern vorgesehene Wohnung eigenmächtig bezogen hatte und dieselbe erst unter Anwendung polizeilichen Zwanges räumte.“²³³

Bericht über die Kontrolle der **Gemeinde Buchholz, Kreis Ostprignitz** vom Januar 1948:

„Dreiköpfige Umsiedlerfamilie wohnte bisher in einem feuchten Kellerraum ohne eigene Kochgelegenheit. Sie wurde in zwei beschlagnahmte Zimmer bei einer Bäuerin angewiesen.“²³⁴

Bericht über eine Kontrolle in der **Stadt Potsdam** vom Februar 1948:

„In Potsdam lebte eine sechsköpfige Familie in Bornstedt in einem feuchten Schuppenraum. Sie wurde sofort in eine 2 1/2 Zimmerwohnung in Bornstedt angewiesen.“²³⁵

Bericht über eine Kontrolle aus **Kreis Templin** vom Februar 1948: „Eine zehnköpfige Familie wurde aus einem Zimmer von dem Gut Haferkamp nach Petersdorf in eine zwei Zimmerwohnung mit Küche umbelegt.“²³⁶

Bericht über eine Kontrolle in der **Stadt Wittenberge** vom Mai 1948: „Die aus sechs Personen bestehende Familie eines Reichsbahnarbeiters wurde aus einer Barackenunterkunft der Reichsbahn in eine 2 1/2 Zimmerwohnung angewiesen.“²³⁷

Bericht über eine Kontrolle im **Kreis Prenzlau** vom Mai 1948: „Eine Frau mit vier Kindern, die in der Gemeinde Sternhagen, Ortsteil Schmachtenhagen in den Kellerräumen der Schlossruine wohnte, wurde nach Prenzlau eingewiesen.“²³⁸

Bericht über eine Kontrolle in der **Stadt Angermünde** vom März 1948: „In der Bahnhofsstraße wohnt eine fünfköpfige Umsiedlerfamilie in einem Zimmer und einer Küche, insgesamt 20 m², hat nicht die notwendigsten Möbelstücke (auf fünf Personen ein Stuhl, einen Tisch haben sie überhaupt nicht). Dagegen die Wirtin bewohnt zu dritt (mit Mutter und 12-jähriger Tochter) zwei große Zimmer, die wie ein Möbelgeschäft voll gepfropft sind ca. 12 Stühle, vier Tische. Durch den Vertreter des Landrates haben wir Frau N. verpflichtet, leihweise gegen Bezahlung vier Stühle und einen Tisch abzugeben.“²³⁹

Bericht über eine Kontrolle in der **Gemeinde Friedrichwalde** im März 1948: „Im Dorf Friedrichwalde in einem feuchten Zimmer wohnen Umsiedler-K. (einzeln) und R. mit zwei Kindern (ein Kind starb an Tbc). In der Wohnung fast keine Möbel, Kinder sehen schlecht aus. Dagegen bewohnt der Hauswirt, drei Personen und ein Arbeiter, sechs Zimmer. Es wurde sofort angeordnet, zwei Zimmer zu beschlagnahmen und dort die Umsiedler K. und R. unterzubringen.“²⁴⁰

Monatsbericht der **Stadt Cottbus** vom September 1948: „Sehr dringend werden Strohsäcke zur Behebung von Notständen benötigt. Viele Umsiedler schlafen heute noch ohne jede Unterlage auf dem Fußboden bzw. auf Brettern.“²⁴¹

Bericht über eine Kontrolle aus dem **Kreis Lebus** vom November 1948: „In der Gemeinde Münchehofe wurde ein Umsiedler in einem Verandaraum eines Hauses, der nicht heizbar ist untergebracht, während in der Wohnung des Hauseigentümers sich ein heizbares Zimmer befindet, in dem aber Futtermittel lagerten. Bei einer persönlichen Besichtigung durch das Kreis Wohnungsamt wurde sofort angeordnet, die Umquartierung in das heizbare Zimmer vorzunehmen. Der Umzug wurde sofort vollzogen.“²⁴²

In Grünheide, **Kreis Niederbarnim**, „bat der Bürgermeister persönlich um Zuweisung von Umsiedlerfamilien. Im Interesse seines Ortes wünscht er den Zuzug von Familien, damit die notwendigen Wiederaufbauarbeiten durchgeführt werden können.“²⁴³

Bericht über eine Kontrolle aus dem **Kreis Cottbus** vom Dezember 1948: „In Seelow sollte ein Umsiedlerehepaar bei dem Landwirt F. eine Wohnung zugewiesen werden. Das Ehepaar F. wehrte sich von Anfang an gegen eine

Zuweisung von Mietern auf ihr Grundstück. Da der örtliche Wohnungsausschuss, das Kreiswohnungsamt und alle anderen Instanzen gegen das aggressive Ehepaar F. machtlos waren, musste die Hilfe der Polizei in Anspruch genommen werden. Im Zuge dieser ganzen Maßnahmen widersetzte sich das Ehepaar den getroffenen Anordnungen, es spielten sich die widerlichsten Szenen ab. Nach eingehender Beratung fällt das Amtsgericht Cottbus folgendes Urteil: Der Bauer F. und seine Ehefrau erhalten je ein Jahr Gefängnis und je 2000 DM Geldstrafe. Bei Zahlungsunfähigkeit für je 50 DM einen weiteren Tag Gefängnis. Sofortige Inhaftnahme wurde angeordnet.^{“244}

Der **Kreis Teltow** meldete 1948:

„Verständnisvolle Arbeit leisten die Gemeinden Kerzendorf und Christendorf. In beiden Gemeinden werden von den Umsiedlern keine Mieten erhoben.“²⁴⁵

Trotz all dieser dokumentierten Mängel verschärfte sich auf Anordnung der Landesregierung Brandenburg 1948 die Situation. So heißt es in einer Anweisung an den Rat des Kreises Beeskow-Storkow vom 3.3.1948: „Durch die in den kommenden Monaten zu erfolgende Übernahme weiterer Umsiedlertransporte wird auch dem Land Brandenburg ein weiteres Aufnahmesoll auferlegt.... Entgegen der bisher geübten Rücksichtnahme, den kreisfreien Städten keine Zuweisung zu geben, haben wir uns für die jetzt zu erfolgende Übernahme von Transporten entschließen müssen, auch diesen Städten ein entsprechendes Aufnahmesoll aufzuerlegen. Städte bieten mit der in ihnen konzentrierten Industrie größere Beschäftigungsmöglichkeiten und besitzen mit nur geringen Ausnahmen einen durchschnittlichen Wohnraum, der über dem der Landkreise liegt. Sie bieten durch ihre wirtschaftliche Struktur viel eher eine Möglichkeit wohnräumlicher Entlastung. Bei dem den Städten zugedachten Aufnahmesoll sei ihnen zugestanden, Fachkräfte (Industriearbeiter), die heute berufsfremd in den Kreisen des Landes Brandenburg untergebracht sind, unter Anrechnung auf ihr Aufnahmesoll heranzuziehen.“²⁴⁶

Da sich die Situation für die Vertriebenen nicht entspannte, bzw. wie es auf einer Arbeitstagung der Leiter der Kreissozialämter im Jahre 1950 hieß: „Umsiedler sollen nicht als Menschen zweiter Klasse behandelt werden, sondern die Bestrebungen gingen davon aus, sie als gleichberechtigte Bürger aufzunehmen.“²⁴⁷ Um diesen Bestrebungen gerecht zu werden erließ die ein Jahr zuvor gegründete DDR am 8.9.1950 das „Gesetz über die weitere Verbesserung der Lage der ehemaligen Umsiedler“. Dieses Gesetz beinhaltete als Einzelmaßnahme die Gewährung eines zinslosen Kredites in Höhe von 1.000 Mark pro Familie und 600 Mark für Einzelpersonenhaushalte zum Erwerb von Gegenständen des Wohnbedarfs, beides mit einer Rückzahlungsfrist von drei Jahren. Des Weiteren sah das Gesetz verbilligte Kredite für den Bau von Wohn- und Wirtschaftsgebäuden vor, eine Senkung des Abliefe-

Protokoll

Über die am 17.10. durchgeführte Wohnungskontrolle in der
Gemeinde Radinkendorf

Die Kontrolle wurde durchgeführt von:
Herrn Piepenburg im Beisein der Herren Bierwald Kuchensee,
Gemeindevorsteher Vanselow und Herrn Göttert.

Es wurde die auf dem Gelände des Restgutes befindliche Baracke
besichtigt. In der Baracke sind folgende Familien untergebracht.

Trapp 4 Personen,
Rüdiger 3 Personen,
Kutscher 5 Personen,
Kuppke 2 Personen,
Pack, 6 Personen,
Hertel 5 Personen,
Redlitz 1 Person,
Schliewens 5 Personen.

Die Baracke ist in Folge von fehlender Dachpappe vollkommen verrottet, d.h. die Wohnungen sind bei Regenwetter unbewohnbar. Die Decke sowie die Dielen sind verfault und drohen einzubrechen. Es ist auf keinen Fall tragbar, dass in dieser Baracke Leute während des Winters untergebracht sind. Ausserdem wurde das Haus des Herrn Zeiss besichtigt. Es handelt sich hier um ein neu erbautes Haus. Es fehlen dort lediglich in den unteren Stuben Dielung (ca 100 qm) sowie die Türen. Es könnten hier bequem 4 Familien untergebracht werden, wenn benötigte Material zur Verfügung gestellt wird.

Im Einvernehmen mit dem Bürgermeister wurde beschlossen, alle in der Baracke untergebrachten Familien ausser der ~~untergebrachten~~ Familie Schliewens, anderweitig unterzubringen. Für die Unterbringung sind vorgesehen

Haus Zeiss 4 Familien,
Henschke 1 Familie,
Karl Rettig 1 Familie,
Haus Schifferruh 2 Familien.

Ferner müssen die Wohnungsverhältnisse bei Liebicke und Börstinger noch einmal überprüft werden. Der Gemeindevorsteher wurde beauftragt, bis Montag, den 20.10. eine genaue Aufstellung ~~xxxxix~~ des in der Gemeinde befindlichen Wohnraumes anzufertigen. Die Umquartierung der Leute wird am Montag, den 20.10. in einer Sitzung der Gemeindevertreter des Umsiedlerausschusses und des Wohnungsausschusses vorgenommen.

Die Prüfungskommission:

Der Gemeindevorsteher:

Piepenburg
Himmel



Abb.20 Protokoll Wohnungskontrolle

rungssolls um bis zu 50% für Bauern aus dem Kreis der Vertriebenen, Kredite für vertriebene Handwerker und vertriebene Neubauern sowie eine Berücksichtigung von Jugendlichen bei der Vergabe von Stipendien und Lehrstellen.²⁴⁸ Die Hoffnung, die die DDR in dieses Gesetz setzte, zeigt sich in einem Schreiben des Landes Brandenburg an den Rat des Kreises Cottbus vom 28.11.1950. „Die Frage des Baus von Baracken für Umsiedler steht im Gegensatz zur Verfassung, die besagt, dass alle Menschen bei uns gleiche Rechte und Pflichten besitzen und im Gegensatz zu dem Gesetz zur weiteren Verbesserung der Lage der ehemaligen Umsiedler vom 8.9.1950, dass den Umsiedlern vor allem auf wirtschaftlichem Gebiete jegliche Hilfe zusichert. Diese Hilfe wird sich auch auf dem Gebiete des Wohnungswesens auswirken, natürlich nicht von heute auf morgen. Sie wird aber keineswegs im Bau von Baracken sondern im Bau von festen Häusern bestehen.“²⁴⁹

Nach Inkrafttreten des Gesetzes kam es zu einer gewaltigen Antragsflut, sodass am 24.11.1950 das Ministerium der Finanzen einschritt. In der Anweisung heißt es: „Leider hat sich bei der Durchführung des Gesetzes gezeigt, dass bei der Überprüfung der Bedürftigkeit von den dazu beauftragten Stellen nicht immer der richtige Maßstab angelegt wurde. Die Kredite erhielten häufig Personen mit Einkommensverhältnissen, die die Anschaffung von Gegenständen des Wohnbedarfs aus eigenen Mitteln durchaus zulassen. Der Kreis der Kreditnehmer wurde dadurch über Gebühr ausgeweitet und sowohl die finanziellen Mittel als auch die im Augenblick vorhandenen Warenbestände in einem ungewöhnlichen Ausmaß in Anspruch genommen.“²⁵⁰ Aus diesem Grund hatte eine Sozialkommission im Haushalt der Vertriebenen zu prüfen, welche Gegenstände des Wohnbedarfs dringend anzuschaffen seien und dies auf der Rückseite des Antragsformulars zu vermerken und zu bestätigen.²⁵² Aufgrund des Defizits im Warenangebot konnte dieses Gesetz allerdings keine spürbaren Verbesserungen für die Vertriebenen bringen. Das führte zu Einschränkungen in der Kreditvergabe und am 9.9.1953 verfügte die Abteilung Bevölkerungspolitik beim Innenministerium der DDR das Ende der Kreditauszahlungen. Damit war nach Meinung der Regierung der DDR alles für die Vertriebenen getan. Neben dem 1950 aufgelegten Gesetz wurden, wie im Kapitel 2.1. beschrieben, durch die Sowjetische Militäradministration in Deutschland, laut Befehl 304, seit 1946 einmalige Unterstützungen an die Vertriebenen und Heimkehrer ausgezahlt.²⁵³ Diese sollten den mittellosen Vertriebenen und Heimkehrern einen Neubeginn in der Sowjetischen Besatzungszone erleichtern. In Brandenburg wurden bis zum 30.9.1948 an 161.911 Erwachsene und 72.924 Kinder 48.769.509,75 DM und an 395.975 Heimkehrer 19.088.510 DM ausgezahlt. Anhand der Tabelle 8 ist für die Jahre 1948 und 1949 monatlich aufgeschlüsselt, an wie viele Vertriebene und Heimkehrer in welcher Größenordnung die einmalige Unterstützung ausgezahlt wurde. Die hohen Geldbeträge erklären sich aus dem Umstand, dass Ratenempfänger aus Vormonaten dort mit dazu gezählt wurden.

Aber auch Positives konnte vermeldet werden. Im Jahresbericht des Umsiedleramtes Brandenburg hieß es, dass aus Kreisen der Vertriebenen eine, wenn auch nicht ausreichende, Beteiligung am politischen Leben festzustellen sei. Von den 2.116 Bürgermeistern in Brandenburg kamen 306 aus den Reihen der Vertriebenen. 17 der 138 Kreisräte stellten ebenfalls Vertriebene. Von den 1.385 Kreistagsabgeordneten wurden 89 von Vertriebenen gestellt und 120 der 1.865 Stadtverordneten in Brandenburg waren ebenfalls Vertriebene.²⁵⁴

Abschließend erfolgt eine Gegenüberstellung der Bevölkerung in der Provinz Mark Brandenburg vor dem Krieg und in den ersten Jahren nach dem Krieg:

In der Provinz Mark Brandenburg lebten 1939 2.410.341 Menschen, dem gegenüber standen 1947 2.597.940 Menschen. Das war ein Plus gegenüber 1939 von 7,7%. Davon waren 612.684 Menschen Vertriebene, was einen Bevölkerungsanteil von 27,2 % ausmachte. Dabei muss beachtet werden, dass die Provinz Mark Brandenburg 1939 eine Fläche von 38.274,97 km² umfasste, 1946 aber aufgrund von Gebietsabtretungen auf Beschluss der Potsdamer Konferenz nur noch eine Fläche von 27.034,56 km² innehatte.²⁵⁵ Bis Juni 1949 stieg die Einwohnerzahl auf 2.636.476, davon waren 758.498 Vertriebene. Von diesen lebten in: Ständigen Wohnungen 705.403, in nicht ständige Wohnungen 48.544 und in Notwohnungen 4.551 Personen.²⁵⁶ Eine genaue monatliche Aufschlüsselung der Wohnsituation für die Jahre 1948 und 1949 erfolgt in den Tabellen sechs und sieben (siehe Kapitel zehn). In der nachfolgenden Darstellung wird eine Übersicht zur Eingemeindung für das Jahr 1946 gegeben. Aufgeschlüsselt nach den Landkreisen in der Provinz Mark Brandenburg, seit 1947 Land Brandenburg, wird neben den Gesamtzahlen der eingemeindeten Vertriebenen eine Trennung von Männern, Frauen und Kindern vorgenommen. Für das Jahr 1946 konnte noch das prozentuale Verhältnis der Vertriebenen zur Stammbevölkerung ermittelt werden sowie Zahlen zur tatsächlichen Wohnsituation. Die Zahlen für die Jahre 1947 bis 1950 finden sich in den Tabellen zwei bis fünf (siehe Kapitel zehn).

Zusammenfassend ist festzustellen, dass bis zum 31. Oktober 1948 mit 769.776 Vertriebene und 126.178 Heimkehrer insgesamt 895.954 Personen im Land Brandenburg eingemeindet wurden.²⁵⁷

Eingemeindungen in die Landkreise der Provinz Mark Brandenburg, Stand 1946²⁵⁸

Kreis	Vertriebene gesamt	Männer	Frauen	Kinder	Verhältnis zur Bevölkerung in %
Angermünde	24.853	7.542	10.501	6.810	46,6
Beeskow-Storkow	23.272	6.409	10.471	6.392	45,7
Calau	30.978	9.034	13.857	8.087	31,3
Cottbus	22.753	7.551	9.545	5.657	40,6
Eberswalde	3.255	1.195	1.216	844	11,1
Forst	1.362	586	553	223	4,6
Frankfurt (Oder)	12.648	3.802	5.700	3.146	26,6
Guben	12.187	3.373	5.749	3.065	51,4
Jüterbog-Luckenwalde	26.338	6.792	11.938	7.608	34
Lebus	26.467	7.307	11.404	7.756	39,6
Luckau	29.069	8.206	13.044	7.819	39,7
Lübben	15.754	3.872	6.909	4.973	56,4
Niederbarnim	26.342	7.796	10.769	7.777	12,7
Oberbarnim	24.614	6.684	10.778	7.152	31,7
Osthavelland	35.597	8.924	16.573	10.100	32,4
Ostprignitz	43.228	10.712	17.952	14.564	74,3
Potsdam	25.286	6.202	13.330	5.754	26
Prenzlau	25.381	6.345	11.422	7.614	52,8
Rathenow	2.770	690	1.356	724	11
Ruppin	49.284	12.470	22.522	14.292	64,2
Spremberg	6.765	2.057	3.052	1.656	16,2
Teltow	37.184	10.427	17.945	8.812	26,1
Templin	24.176	6.004	10.486	7.686	48,8
Westhavelland	22.141	6.065	9.384	6.692	48,7
Westprignitz	41.900	11.667	16.828	13.405	79,1
Wittenberge	4.806	1.384	2.208	1.214	17
Zauch-Belzig	41.669	11.203	18.298	12.168	43,3
Stadt Brandenburg	6.058	1.538	2.950	1.570	9,3
Stadt Cottbus	16.445	6.404	7.514	2.527	49
Stadt Guben	14.155	3.979	5.811	4.365	117
insgesamt	676.737	186.220	300.065	190.452	36,5

Von den 1946 insgesamt eingemeindeten 676.737 Personen lebten 112.596 Familien in festen Wohnungen, 635 Familien in Wohnlagern und 40.156 Familien in Notunterkünften.²⁵⁹

8. Wirtschaftliche Integration

Die wirtschaftliche Integration war eine der drei Säulen, neben Wohnung und Versorgung, zur erfolgreichen dauerhaften Sesshaftmachung, in den Augen der Besatzungsorgane. Die Bestrebungen verliefen in zwei Richtungen. Zum einen in den Aufbau einer Industrie und zum anderen in die Förderung der Landwirtschaft. Die Voraussetzung für eine industrielle Entwicklung war denkbar schlecht. Durch Kriegseinwirkungen waren viele Industriestandorte zerstört oder beschädigt, an Ersatzteilen und Facharbeitern herrschte Mangel, und Demontagen von ganzen Industriezweigen, aufgrund der im Potsdamer Abkommen vereinbarten Reparationsleistungen, taten ihr übriges. Die Vertriebenen stellten somit einen erheblichen wirtschaftlichen Faktor dar, der zum Wiederaufbau und zur Entwicklung der industriellen Infrastruktur genutzt werden sollte. So stellte das Umsiedleramt Brandenburg 1946 fest: „Die Provinz Brandenburg hatte vorwiegend landwirtschaftlichen Charakter. Infolge des Zuzugs von 666.219 Menschen wird die Provinz Brandenburg in höherem Maße industrialisiert werden müssen. Die Umsiedler, die zum größten Teil hochqualifizierte Fachkräfte aller Industriezweige unter sich haben, sind mit die Voraussetzung für die Schaffung einer leistungsfähigen Industrie.“²⁶⁰



Abb.21
Eine Vertriebenenfamilie
beim Dachdecken,
Sachsendorf-Werder
im Oderbruch

Erschwerend für den Einsatz von Arbeitskräften in der Industrie war immer wieder der Mangel an Wohnraum oder das Fehlen der notwendigen Baustoffe zur Instandsetzung beschädigten Wohnraums.

Zum fehlenden Wohnraum und deren Auswirkungen schrieb das Umsiedleramt Brandenburg 1946: „Es muss gesagt werden, dass leider noch nicht jeder Arbeiter an dem rechten Platz steht, nämlich dort, wo er das Beste leisten kann. Die Ursache ist meist, dass dort, wo ein entsprechender Arbeitsplatz vorhanden ist, es an dem Wohnraum für die Familie fehlt. Es ist dem Arbeiter aber unmöglich, zwei Haushalte zu führen und so verbleibt der Facharbeiter dort, wo die Familie untergebracht ist und verrichtet Arbeiten, die jeder ungelernete Arbeiter ausführen könnte.“²⁶¹

Die ausführenden Stellen waren bestrebt, die Vertriebenen und Heimkehrer ihren Berufen gemäß einzugliedern. Hierzu heißt es im Jahresbericht des Umsiedleramtes Brandenburg 1946: „Wir bemühen uns, anhand der uns gegebenen Berufsaufstellungen die Umsiedler ihren Berufen gemäß einzuweisen und zerpfücken so die Transporte oft bis ins Kleinste. Weitgehend nehmen wir uns der Einzelfälle an. In Bezug auf die Umsiedlung innerhalb der Provinz Brandenburg von einem Kreis in einen anderen sind wir in jeder Weise behilflich. Erhält ein Umsiedler außerhalb seines Wohnortes Arbeit, so stimmen wir dem Zuzug in den Kreis, wo er seinen Arbeitsplatz gefunden hat, zu.“²⁶²

Viele ließen sich jedoch nicht wieder in ihren Berufen unterbringen und mussten sich einer Umschulung unterziehen. Aus diesem Grund wurden in der Provinz Mark Brandenburg bis September 1946 13 Bauhöfe in Rathenow, Brandenburg, Eberswalde (drei Bauhöfe), Frankfurt (Oder), Potsdam, Strausberg, Guben, Cottbus (zwei Bauhöfe) und Spremberg (zwei Bauhöfe) geschaffen, an denen Umschulungen durchgeführt wurden.²⁶³ In der Folgezeit erhöhte sich die Zahl der Umschulungswerkstätten in Brandenburg auf 92.²⁶⁴ Die Umschulungswerkstätten stellten einen entscheidenden Faktor in der Erfüllung der vorgegebenen Produktionspläne dar, denn um den besonderen Bedarf an Facharbeitern zu decken und den Betrieben die benötigten Fachkräfte zur Verfügung zu stellen, sollte im verstärkten Maße eine Werbung zur Umschulung für Mangelberufe in Bereichen wie dem Baugewerbe, der Metallindustrie (einschließlich Schiffbau), Holz, Glas, Textilbekleidung vorgenommen werden. „...Besonders unter ehemaligen Umsiedlern befinden sich viele Personen, die an einer Umschulung interessiert oder für eine Umschulung zu gewinnen sind. ... Da wir stärkstens daran interessiert sind, den Assimilationsprozeß der ehemaligen Umsiedler zu beenden, ist es für alle die an diesem Problem mitarbeiten, eine vordringliche Aufgabe, der Lehrlingsausbildung besondere Bedeutung zuzumessen. Von uns wurde festgestellt, daß die Jugendlichen ehemaligen Umsiedler nicht ihrem Anteil gemäß an der Lehrlingsausbildung beteiligt sind.“²⁶⁵

Dies hatte vielerlei Gründe, vordergründig das Fehlen von ausreichend Lehrlingswohnheimen und Betriebsberufsschulen. Denn besonders den jugend-



Abb.22 Vertriebene in ihrer neuen Existenz, einer Schuhmacherei in Luckenwalde 1947

lichen Vertriebenen, die weit von den Industriebetrieben in abgelegenen Dörfern wohnten, war so die Möglichkeit eine Lehre aufzunehmen oder auch in vielen Fällen die schon begonnene Lehre fortzusetzen, verwehrt.²⁶⁶ Aufgrund von Arbeitskräftemangel, 1946 fehlten fast eine Million arbeitsfähige Männer gegenüber 1939 in der Sowjetischen Besatzungszone,²⁶⁷ konnte der überwiegende Teil der Vertriebenen in eine Beschäftigung vermittelt werden. Allerdings belief sich diese meist auf eine saisonale Beschäftigung in der Landwirtschaft oder Sonderaktionen der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland bzw. deutscher Behörden. 1946 wurden Vertriebene und Heimkehrer u.a. als Arbeitskräfte in die Zuckerrüben-Kampagne, die Oderregulierung, für den Bau der Kreisbahn Prenzlau²⁶⁸ und in den Holz einschlag²⁶⁹ vermittelt. Durch die Sowjetische Militäradministration in Deutschland wurden vorzugsweise ehemalige Kriegsgefangene für Demontagearbeiten in der Industrie eingesetzt.²⁷⁰ Dies stellte nur eine kurzfristige Beschäftigung dar, die nicht im Interesse der Sowjetischen Besatzungszone lag, denn grundsätzlich sollten die Vertriebenen vollwertige Mitglieder der Gesellschaft werden, Arbeitsplätze, Wohnungen und somit eine neue Heimat finden. Das Hauptaugenmerk lag, wie eingangs beschrieben darauf, mit Hilfe der vielen Spezialisten und Fachkräfte eine Industrie in Brandenburg aufzubauen. Wie wichtig diese Fachkräfte waren, geht aus den Unterlagen des Umsiedleramtes Brandenburg hervor, hier heißt es: „Nur ungern lassen wir diese Fachkräfte aus unserer Provinz herausgehen, weil wir uns darüber klar sind, dass die Provinz Brandenburg nur existieren kann, wenn sie im großen Umfange industrialisiert wird. Wir sind bestrebt, die aktiven Kräfte der Umsiedler zu interessieren, ihre Erfahrungen auf dem Gebiet industrieller Schöpfungen auszuwerten. Als Beispiel nennen wir die Orte Grünheide, Neuzittau und Gosen, wo wir ganz energisch bemüht sind, mit Hilfe eines CSR-Umsiedlers, der aus der Glasindustrie stammt, hier eine solche ins Leben zu rufen, da wir wissen, dass diese Industrie nur in geringem Umfang standortgebunden ist und mit dem Entstehen einer solchen Industrie dem Kreise Beeskow-Storkow, der völlig industriearm ist, ein großer Nutzen erwachsen würde, da die Hohlglasindustrie ein wichtiger Exportartikel ist und gleichzeitig Berlin als Absatzmarkt vor den Toren dieser Orte liegt. Aus Transporten, die jetzt in die Provinz kamen, haben wir einen erheblichen Teil von Textilkräften, die wir mit Rücksicht auf die stark demontierte Textilindustrie in der Mark nicht einsetzen können. Wir haben mit Einvernehmen der Kreisumsiedlerämter nach Möglichkeit diese Familien in nebeneinander liegenden Orten angesiedelt, um jederzeit bei Aufleben dieser Industrie durch Erstellung von Maschinen und Zuweisung von Rohstoffen diese Arbeiter an die Orte zu leiten wo sie benötigt werden.“²⁷¹

Um dem Abwandern oder dem nicht fachgerechten Arbeitseinsatz vorzubeugen, entschied sich die Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler schon zu Beginn ihrer Tätigkeit im Einvernehmen mit dem Landesarbeitsamt, Unternehmer direkt in die Vertriebenenlager zu schicken, um sich Arbeiter

auszuwählen und nach Rücksprache mit dem Amt einen Arbeitsvertrag abzuschließen. Aus den Unterlagen der Behörde geht hervor, dass die Erfahrungen, die sie mit dieser Arbeitsvermittlung machten, überwiegend positiv waren. In den Unterlagen heißt es dazu: „Der Kontakt zwischen Arbeitern und Unternehmern wird hergestellt. Der Umsiedler erhält das Gefühl: ‚Du wirst gebraucht‘. Wir machten den Unternehmern zur Pflicht, Familien zu übernehmen. Es geht nicht an, dass es sich immer mehr einbürgert, dass nur der ledige Mann oder die ledige Frau erwünschte Arbeiter sind. Dem Unternehmer muss immer wieder zum Bewußtsein gebracht werden, dass er nur auf einen ständigen, zuverlässigen Arbeiter rechnen kann, wenn dieser seine Familie bei sich hat. Auch bei den heimatlosen Heimkehrern haben wir es zur Bedingung gemacht, dass die nächsten Familienangehörigen, sobald sie gefunden sind, aufgenommen werden.“²⁷²

Um so viele Fachkräfte wie möglich aus den Reihen der Vertriebenen abzuschöpfen, wurden vom Arbeitsamt ständig Vermittlungen dieser Facharbeiter vorgenommen. Für andere Berufe wurden Vorträge über Umschulungen gehalten und Berufsberatungen durch das Arbeitsamt ausgeführt.²⁷³ Die in den Vertriebenenlagern zur Verteilung gebrachten Lager-Nachrichtenblätter dienten den ausführenden Stellen ebenfalls als Medium zur Werbung von Arbeitskräften. In dem Lager-Nachrichtenblatt Nr. 1 heißt es unter Punkt 5: „Die Sowjetischen Militäradministration sucht Schneider und Schuhmacher“²⁷⁴ und im Lager-Nachrichtenblatt Nr. 2 vom 22.8.1947: „Die Abteilung Wiederaufbau beim Finanzministerium der Landesregierung Brandenburg, benötigt dringend: Holzbautechniker, Baumeister und Architekten.“²⁷⁵

Die angespannte Wohnungssituation galt als größtes Problem. Auf einer Arbeitstagung der Leiter der Kreissozialämter am 5.12.1950 hieß es: „Der auf 8,5 m² pro Kopf beschränkte Wohnraum zeigt, dass eine weitere Zuweisung von Umsiedlern eine Gefahr für das geordnete Wirtschaftsleben bedeutet.“²⁷⁶ Wenn dann noch Fehlentscheidungen in Bezug der Zuweisung von Vertriebenen dazukamen, führte dies zu Zuständen wie sie der Landrat des Kreises Calau dem Landesvorstand der SED 1950 aufzeigte: „Die weitaus überwiegende Zahl an Wohnungen besteht aus Arbeiterwohnungen, eine Stube und Küche. Hinzu kommt, dass diese Wohnungen meistens zweckgebunden sind (so genannte Werkwohnungen). Dies gilt insbesondere für die Industriegemeinden des Bergbaus, des Synthesewerks in Schwarzheide und Lauta. In den letztgenannten Ort entwickeln sich jetzt auf volkseigenen Gelände, an Stelle der demontierten Aluminium-Fabrik, neue Industrien. Über diese meist zweckgebundenen Wohnungen, die in vielen Gemeinden die Überzahl ausmachen, darf die Verwaltung nicht verfügen und kann, selbst wenn der Wohnraum über dem Kreisdurchschnitt liegt, keine Umsiedler einweisen. Wir sind also wesentlich angewiesen auf die Belegung derjenigen Gemeinden agrarischer Struktur. Die Wohnungen in diesen Gemeinden machen aber nur einen geringen Prozentsatz des gesamten Wohnraums im Kreis aus. Die Folge ist jetzt, dass in den Landgemeinden und in den im



Abb.23 Vertriebener in der Gablonzer Glasgenossenschaft 1947

landwirtschaftlichen Teil gelegenen zwei kleinen Städten die Überbelegung bis zu 200% zu verzeichnen ist, gegenüber der Stammbevölkerung. Es kommt noch hinzu, dass bei früheren Transporten von Umsiedlern nach dem Kreis Calau niemals auf die Notwendigkeit Rücksicht genommen worden ist, dass die zugewiesenen Umsiedler dann auch im Bergbau und in der sonstigen Industrie beschäftigt werden können. Wir brauchen im Kreis dringend Facharbeiter, die aber nicht untergebracht werden können, weil der Wohnraum im Industriebezirk überbelegt ist durch Menschen, die in den Arbeitsprozess nicht eingeschaltet werden können. Es handelt sich bei den Umsiedlertransporten weitaus vorwiegend um Frauen und alte, arbeitsunfähige Leute.^{“277}

Aus den überlieferten Unterlagen geht hervor, dass in der Regel genau darauf geachtet wurde, dass nur geeignete Personen an die entsprechenden Einsatzorte gebracht wurden. So schrieb das Landratsamt Calau: „Den industriellen Schwerpunkten (Brandenburg, Henningsdorf, Doberlug-Kirchhain, Rüdersdorf, Ketschendorf und Schwarzheide) werden ausschließlich nur die dort einsatzfähigen Personen mit ihren Familien zugewiesen. Alle übrigen Umsiedler werden im Rahmen des jeweiligen Aufnahmesolls, jedoch auch individuell nach Einsatzfähigkeit und Entwicklungsmöglichkeit an die Stadt- und Landkreise Zug um Zug verteilt. ... Die Kreis- und Stadtwohnungsämter werden hiermit verpflichtet, rechtzeitig alle Vorkehrungen für eine reibungslose Übernahme und ausreichend wohnliche Unterbringung zu treffen.“²⁷⁸

Auf Grund der geforderten Berufsaufstellungen in den Erfassungsbögen der Vertriebenenlager konnte dahingehend früh eingegriffen werden, wie es aus einer Aktennotiz des Lagers KÜchensee vom 8.11.1947 hervorgeht. „Die Landesregierung Brandenburg, der Minister für Arbeit und Sozialwesen Abteilung Umsiedler teilte heute fernmündlich mit. Aus der Aufstellung über die Berufsaufgliederung, welche der Landesregierung eingereicht wurde, sind die Arbeitskräfte der Bernstein verarbeitenden Industrie vorläufig im Lager zurückzubehalten. Es wird versucht, diese Leute für die Glasindustrie in Zinna einzusetzen. ... Die angeführten Bernstein-Bergleute sind nach Fürstenberg an der Oder für den Braunkohlen-Obertagebau zu schicken. Den Genannten ist ein Schreiben mitzugeben, daß die Überweisung auf Veranlassung der Landesregierung geschieht.“²⁷⁹

Insgesamt griffen die Maßnahmen der Landesregierung, was bedeutete, dass der überwiegende Teil der Vertriebenen in Arbeit gebracht werden konnte und somit den Menschen die Möglichkeit gegeben war, sich wieder eine Existenz aufzubauen. In einem Bericht aus dem Kreis Spremberg von 1948 ist dies ebenfalls belegt: „Aus eigener Erfahrung haben wir festgestellt, dass das Interesse der Umsiedler, hier sesshaft zu werden, wächst. Ein Beweis dafür ist, dass sie nun bestrebt sind, ein selbstständiges Gewerbe am Wohnort zu eröffnen.“²⁸⁰ Gerade die von Vertriebenen gegründeten Handwerksbetriebe und die in Eigeninitiative gebildeten „Umsiedlergenossenschaften“ stellten in den Augen der Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler förde-

St. Krüger

Provinzialbetriebe Mark Brandenburg

Industrie-Verwaltung
Bau - Steine - Erden Sitz: Landeseigene Betriebe Brandenburg

An die
Leitung des Umsiedlerlager
Beeskow-Storkow.

Eingegangen
12 SEP. 1947
Landesamt Beeskow

Kleinmachnow
Post: Berlin-Zehlendorf
Lerchenschlag 9
Telefon: 847734
Bankkonto: Sparkasse des Kreises Teltow.
Konto-Nr. 1125

Das Zeichen: _____ Das Nachricht von: _____ Unser Zeichen: _____ Datum: 5-Sept.1947

Besetz: Facharbeiter.

Die Industrie-Verwaltung Bau-Steine-Erden-Keramik, benötigt für die ihr unterstellten landeseigenen Betriebe dringend Facharbeiter:

- Für Ziegeleien: Brenner, Streicher, Setzer und Ofenleute.
- Für die keramische Industrie: Facharbeiter für die Kachelofenindustrie.
- Für ein Schotterwerk: Steinschläger.

Wir bitten Sie, Umfrage in Lager halten zu wollen, ob Fachkräfte vorhanden sind die gewillt sind, in einem der uns unterstellten Werke eine feste Tätigkeit aufzunehmen.

Werkwohnungen sind zum größten Teil vorhanden, wo nicht, wird die Wohnungsfrage geklärt.

Wir bitten Sie, alle vorhandenen Interessenten anzuweisen, eine kurze Bewerbung mit Lebenslauf an uns einzusenden.

Prof. Bayern
Krügermann
begehrte werden.
12/947
Pittner

Landeseigene Betriebe Brandenburg
Industrie-Verwaltung
Bau-Steine-Erden-Keramik.



St. Krüger
Chrupka



291 (12) S. 47 5000

Abb.24 Anfrage an das Vertriebenenlager Beeskow-Storkow bezüglich Facharbeiter

rungswürdige Wirtschaftszweige dar. Durch die Produktion von Exportartikeln bzw. dringend benötigten Gebrauchsartikeln erschienen die Genossenschaften von so enormer Bedeutung, dass die Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler den Ländern in der Sowjetischen Besatzungszone empfahl dieser Entwicklung besondere Aufmerksamkeit zukommen zu lassen. Das Umsiedleramt Brandenburg setzte diese Empfehlung Anfang 1948 in einem Schreiben an die Landräte und Oberbürgermeister um und empfahl neben Eingliederungsmaßnahmen für Vertriebene die Förderung und Bildung von

„Umsiedlergenossenschaften“ sowie die Eingliederung in Handwerk und Gewerbe.²⁸¹

Über die Vermittlungstätigkeit der Behörden vor Ort geben die Erfahrungsberichte aus den Landkreisen Auskunft. Sie zeigen in Bezug auf die Arbeitsvermittlung ein überwiegend positives Bild. Zwar gelangte der überwiegende Teil, wie anhand der Beispiele gezeigt wird, in eine saisonale Beschäftigung in der Landwirtschaft, der Bedarf an Fachkräften in der Industrie konnte jedoch nicht gedeckt werden. In der Provinz Mark Brandenburg fehlten 1946 z.B. in den Rüdersdorfer Kalkwerken ca. 2.500 Arbeitskräfte und in anderen Regionen Brandenburg zeigte sich ein ähnliches Bild.²⁸²

„**Kreis Zauch-Belzig:** Infolge der überwiegend ländlichen Struktur konnten nicht alle arbeitsfähigen Umsiedler in Beschäftigung eingewiesen werden. Ein großer Teil hat während der Sommermonate gegen geringe Bezahlung und in vielen Fällen auch nur gegen Naturalien bei den Bauern Beschäftigung gehabt.“²⁸³

„**Kreis Osthavelland:** Wenn auch ein Teil der Umsiedler aus Mangel an freien Stellen in ihre früheren Berufe nicht vermittelt werden konnte, so kann doch behauptet werden, dass die arbeitsfähigen Umsiedler sowohl in den landwirtschaftlichen als auch in den Industriegemeinden Beschäftigung fanden. Hierbei werden besonders das Hüttenwerk Hennigsdorf und die LEW Hennigsdorf erwähnt. Teilweise wurden die Umsiedler während der Sommer- und Herbstmonate in der Ernte eingesetzt.“²⁸⁴

„**Kreis Westhavelland:** Bei der Struktur des Kreises ist die arbeitsmäßige Unterbringung äußerst schwierig. Selbst in der Landwirtschaft ist Arbeitsinsatz nur im beschränkten Maße vorhanden. Die wenigen Industriebetriebe sind mit Arbeitskräften eingedeckt.“²⁸⁵

„**Stadtkreis Eberswalde:** Die arbeitsfähigen Umsiedler konnten alle in Arbeit eingewiesen werden.“²⁸⁶

„**Kreis Prenzlau:** Alle arbeitsfähigen Umsiedler sind in den Arbeitsprozess eingegliedert worden.“²⁸⁷

„**Kreis Templin:** Sofern die Umsiedler nicht in einem festen Arbeitsverhältnis stehen, beteiligen sie sich in den Sommermonaten am Ernteeinsatz, beim Pilze- und Beerensammeln usw. In den Wintermonaten jedoch ist in den Landgemeinden die Arbeitsvermittlung, besonders die der Frauen, sehr schwierig.“²⁸⁸

„Im **Kreis Oberbarnim** verdankt in Mönchswinkel eine Kunstgewerbliche Werkstatt ihr Entstehen der Initiative einer Umsiedlerin. Die Bevölkerung des Dorfes begrüßt dieses Unternehmen und unterstützt es, weil hierdurch auch die Einheimischen, besonders die Frauen, Erwerbsmöglichkeiten haben.“²⁸⁹

„Im **Kreis Westhavelland** ist in Rhinow mit Hilfe von zehn Webern eine Webereigenossenschaft entstanden, die in der Lage sein wird, im kommenden Jahr 40 Arbeiter zu beschäftigen.“²⁹⁰

„Im **Kreis Teltow**, Gemeinde Alexanderhof ist eine Weberei im Entstehen.“²⁹¹

„Im **Kreis Niederbarnim**, Grünheide ist eine Produktionsgenossenschaft gegründet, die Spitzen klöppeln wird. In Jüterbog eine Produktiv- und Handelsgenossenschaft der Kunstblumen- und Früchteindustrie gebildet, die 40 Personen beschäftigt.“²⁹²

Anhand der Tabellen 6 und 7 (siehe Kapitel zehn) wird für die Jahre 1948 und 1949 ein monatlicher Überblick zu den verschiedenen Berufsgruppen gegeben sowie Angaben zu den Arbeitsfähigen, Arbeitslosen und Auszubildenden gemacht. Festzustellen bleibt, dass eine Vielzahl der Vertriebenen und der alteingesessenen Bevölkerung der Sowjetischen Besatzungszone den Weg in den Westen wählte, da die versprochenen Verbesserungen zum Großteil nicht, oder nur in den Zeitungen stattfanden.

Die Voraussetzungen für eine Integration der Vertriebenen in die Landwirtschaft wurden unmittelbar nach dem Kriegsende durch die Bodenreform geschaffen. Die Bodenreform, seit Sommer 1945 propagandistisch vorbereitet, sollte dem Charakter nach eine Bewegung der Bevölkerung der Sowjetischen Besatzungszone zu einem demokratischen Neuaufbruch darstellen, blieb aber eine von den Besatzungsorganen und der KPD gesteuerte Maßnahme. Es sollten die bisher herrschenden Besitzverhältnisse aufgelöst werden und eine neue ländliche Gesellschaft entstehen. Um die Endgültigkeit dieser Maßnahme zu unterstreichen wurde z.B. in Sachsen durch die Besatzungsorgane die Vernichtung der alten Grundbücher angeordnet.²⁹³ Ab Anfang September 1945, also mitten in der Hackfruchternte, erfolgte die praktische Umsetzung. Demnach sollte sämtlicher Grundbesitz von über 100 ha entschädigungslos enteignet werden. Es sollten alle Gutsbesitzer, führenden Nationalsozialisten und Kriegsverbrecher enteignet werden. Dies führte soweit, dass enteignete Grundbesitzer im Jahre 1947, wenn sie an ihren Wohnorten verblieben waren, mindestens 50 Kilometer aus ihren Heimatorten ausgesiedelt wurden.²⁹⁴

Aufgrund der Bodenreform gelangten über drei Millionen ha in die Hand der Länder und Provinzen der Sowjetischen Besatzungszone. Dieses Land sollte an die Landbevölkerung und an Vertriebene verteilt werden. In der Rede eines SED Funktionärs im Lager Küchensee wurde die Bodenreform wie folgt charakterisiert: „Als erstes und wichtigstes Problem wurde in der Sowjetischen Besatzungszone die Bodenreform durchgeführt und dadurch wurde die Möglichkeit gegeben, die Ernährung der in dieser Zone vorhandenen Menschen, zuzüglich den aus den östlichen und südlichen Gebieten zuströmenden Umsiedlern sicherzustellen.“²⁹⁵ Mit der Verteilung des enteigneten Landes an die Vertriebenen, die damit den Status Neubauern erlang-

ten entstand ein weiteres Problem, nämlich der Konflikt zwischen den Neubauern und der alteingesessenen ländlichen Bevölkerung. Denn die Vergabe des enteigneten Landes lag in den Händen von Bodenkommissionen die aus örtlichen Vertretern gebildet wurden und von der alteingesessenen Bevölkerung dominiert waren. Dies führte unweigerlich zu einer Vorteilsnahme bei der Verteilung der ertragreicheren Böden und bei der Vergabe von Nutzvieh sowie landwirtschaftlichen Gerätschaften. Im Weiteren versagten die wirtschaftlich besser gestellten Altbauern den Neubauern zum größten Teil jegliche Unterstützung.²⁹⁶

In der Provinz Mark Brandenburg waren auf Grund der Bodenreform zur Verteilung an Vertriebene 743.556 ha Land vorgesehen. Dieses enteignete Land teilte sich wie folgt auf: Grundbesitz von über 100 ha Land 639.993 ha, nationalsozialistische Betriebe 13.151 ha, ehemalige Provinzialgüter 80.117 ha und staatliche Forsten 10.295 ha. Hiervon erhielten bis September 1946 18.160 Vertriebenenfamilien mit insgesamt 55.152 Köpfen 155.190 ha Land.²⁹⁷ Da diese Neubauern mit Nichts anfangen, wurde ihnen zum Start in die neue Zukunft Nutzvieh und landwirtschaftliches Gerät, soweit es vorhanden war, zu Verfügung gestellt.

Allerdings mussten die ausführenden Stellen nicht selten in ihren Tätigkeitsberichten vermerken: „Es wurde kein Vieh verteilt, da keines vorhanden war.“³⁰⁰

Eine genaue Aufschlüsselung zur Bodenreform für die Jahre 1948 und 1949 findet sich in den Tabellen 9 und 10 (siehe Kapitel zehn). Es werden für den jeweiligen Monat Zahlen genannt, in welchem Umfang Vertriebene Land erhalten bzw. aufgegeben haben. Des Weiteren werden Aussagen zu dem neu verteiltem Land gemacht. Ebenfalls für die Jahre 1948 und 1949 finden sich in den Tabellen 11 und 12 (siehe Kapitel zehn) Angaben, in welchem Umfang Vieh und landwirtschaftliches Gerät monatlich an die Vertriebenen gelangte.

Viele der Vertriebenen kamen aus einem bäuerlichen Milieu, allerdings war zu Beginn die Resonanz auf die Bodenreform eher schlecht, da viele hofften, in ihre Heimatorte östlich der Oder-Neiße-Linie zurückzukehren. Durch die Einflußnahme der Parteien konnten viele von den Vertriebenen als Neubauern gewonnen werden. 1950 resümierte ein Sozialamtsleiter im Kreis seiner Kollegen: „Die Bodenreform hat darüber hinaus dem bäuerlichen Teil der Umsiedler die Möglichkeit gegeben, wieder sesshaft zu werden.“³⁰¹ Dies ent-

Zur Verteilung an Neubauern gelangtes Nutzvieh bis zum 1.7.1947²⁹⁸

Großrindvieh einschließlich Jungvieh	71.991
Pferde	23.844
Schweine	45.610
Ziegen, Schafe	32.093
Geflügel	311.439

Zur Verteilung an Neubauern gelangtes Gerät bis zum 31.12.1946²⁹⁹

Pflüge	4.038
Wagen	928
Eggen	3.565
sonstiges landwirtschaftliches Gerät	10.791



Abb.25 Propagandaaufnahme von Vertriebenen mit eigenen Pferden in Dorf Zinna 1947

sprach nicht ganz der Wahrheit, denn viele der Neubauern gaben innerhalb kurzer Zeit wieder auf. Die Gründe waren vielfältig. Zum einen wurden die Neubauern von der alteingesessenen Bevölkerung weder mit Material noch mit Erfahrungen unterstützt oder aber sie wurden auf das Schlimmste ausgebeutet. Zum anderen versuchten sich viele Berufsfremde als Bauern, was zwangsläufig zum Scheitern führte, aber auch der schlechte Boden, mangelndes landwirtschaftliches Gerät oder die familiäre Situation zwangen zur Aufgabe. Zu den Gründen der Landaufgabe findet sich in den Tabellen 13 und 14 eine ausführliche Aufschlüsselung für die Jahre 1948 und 1949. Nicht vergessen werden darf die sowjetische Besatzungsmacht, die immer wieder willkürlich ihre eigenen Interessen durchsetzte. Als Beispiel sei hier ein Schreiben des Bürgermeisters von Weichensdorf an den Landrat von Lübben vom 20.1.1946 erwähnt. „Die russische Besatzung auf der Domäne Weichensdorf beschäftigt uns Siedler den ganzen Tag und lässt nicht zu, dass wir



Abb.26 ein Mitglied der Kirche im Gespräch mit einer Bäuerin im Oderbruch 1950

auf unserem zugeteilten Land arbeiten. Das uns zugeteilte Vieh ist am verhungern, da ein Teil des Futters von der Besatzung fortgebracht wurde, der andere Teil kam hier auf den Platz des Sägewerkes. Was damit geschehen soll, ist nicht bekannt. Sämtliches gedroschenes Stroh und Futter wurde aus der Scheune ins Freie geworfen und ist Wind und Wetter ausgesetzt. Sämtliche Wagen und Ackergeräte liegen in unbrauchbarem Zustande herum und dürfen nicht repariert werden.⁴³⁰²

Ein weiterer Faktor war die stetige Industrialisierung, die den Menschen besseres Einkommen und höhere Lebensqualität versprach. Auf dem Lande besaßen von 1.000 Bauern aus den Reihen der Vertriebenen nur ein Drittel Wohngebäude; Ställe, Scheunen oder Unterstände waren noch weniger vorhanden.³⁰³ Um dem entgegenzuwirken und die Situation auf dem Lande zu verbessern wurde im September 1947 von der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland der Befehl 209 zur Errichtung von Neubauern-Wirtschaften erlassen. Nach diesem Befehl sollten innerhalb kürzester Zeit Wohnräume, Ställe und Scheunen für die Neubauern errichtet werden.³⁰⁴ Die mangelhafte Versorgung an Baustoffen erschwerte die Ausführung dieses Befehls. Allerdings wurden nach Meldungen bis Ende 1947 gemäß dem Befehl 209 192 Wohngebäude für Vertriebene gebaut.³⁰⁵ In der Tabelle 15 ist für das Jahr 1948 die Umsetzung des Befehls 209 nach Landkreisen dokumentiert sowie die Planungen für das Jahr 1949. Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass aufgrund der Bodenreform bis zum 30.9.1948 25.109 Vertriebene 203.975,86 ha Land in Brandenburg erhielten.³⁰⁶ Diejenigen unter den Neubauern, deren Wirtschaft eine gewisse soziale Absicherung gewährleistete, hatten einige Jahre der Konsolidierung vor sich bevor die DDR wiederum eine quasi Enteignung unter dem Deckmantel der LPG³⁰⁷ umsetzte.

9. Von Schmottseiffen/Schlesien nach Karwesee/Brandenburg

Der folgende Erfahrungsbericht soll den vorangegangenen Fakten ein menschliches Antlitz verleihen. Das Schicksal der Maria U. steht exemplarisch für das Leiden hunderttausender Vertriebener in Brandenburg. Gut 60 Jahre später erinnert sich Maria U. an ihre Vertreibung und spricht über ihre Erlebnisse auf der Flucht.

In Schmottseiffen, Kreis Löwenberg, heute Lwówek lebte seit mehreren Generationen Familie Hein. Sie betrieben Landwirtschaft auf ihrem Hof, der seit 1830 in Familienbesitz war. Zum Hof gehörten 10 Morgen Land, drei Kühe, Schweine, Ziegen und Federvieh. Als zweites Kind der Familie wurde 1921 Tochter Maria (sie besaß noch einen 4 Jahre jüngeren Bruder) geboren. Schmottseiffen (heute Pławna) war damals ein Dorf von mittlerer Größe, geteilt in Ober- und Unterdorf, 30 Kilometer östlich von Görlitz gelegen. Maria besuchte acht Jahre lang die Volksschule und arbeitete danach in verschiedenen Stellungen. 1941 heiratete sie und brachte im selben Jahr ihren ersten Sohn zur Welt. Ein zweiter Sohn wurde 1943 geboren. Dem Familienglück aber fehlte der Vater, denn Marias Mann Georg war bereits zu Beginn des Krieges 1939 zur Wehrmacht eingezogen worden und diente als Gefreiter an der Westfront. 1945 wurde auch Marias Vater noch zum Volkssturm eingezogen, sodass sie mit ihrer Mutter und den beiden Kindern allein das Ende des Krieges auf ihrem Hof erlebte. Nach Kriegsende kehrte ihr Mann auf den Hof zurück.

Schmottseiffen war vom Krieg weitestgehend verschont geblieben, bis im Februar 1945 die ersten Trecks von Osten auf der Flucht vor der Roten Armee auch in Schmottseiffen eintrafen und die Bewohner mit dem Schrecken des Krieges konfrontierte. Die meisten der Flüchtlinge zogen weiter nach Westen, einige, die in dieser Gegend Verwandte und Bekannte hatten, jedoch blieben. Gerüchte verbreiteten sich, man bekam Angst vor der Rache der Roten Armee. Im Februar '45 trafen die ersten sowjetischen Truppen in Löwenberg ein. Jetzt bekam auch Maria Angst und flüchtete mit ihren Kindern, mit ein wenig Hausrat und Vieh zu einer Tante in das 5 Kilometer entfernte Klein-Röhrsdorf. Aber auch dort fühlte sie sich nicht sicher und zog noch einmal 20 Kilometer weiter bis Rabishau. Hier blieb sie bis zum Kriegsende und kehrte erst dann nach Hause zurück. Haus und Hof boten ein Bild der totalen Verwüstung, nachdem die sowjetischen Truppen durch Schmottseiffen gezogen waren. Maria wollte sich nicht entmutigen lassen und begann ihren Hof in Ordnung zu bringen. Doch das Wenige, das ihr geblieben war, wurde vier Wochen später durch polnische Milizen geplündert.

Zuerst war der Ort unter sowjetische Verwaltung gestellt. Die russischen Soldaten, so erinnert sich Maria, waren besonders zu den Kindern sehr freundlich

und anders als die Gräuelpropaganda der Nationalsozialisten vorausgesagt hatte, benahmten sich die sowjetischen Besatzer gegenüber der deutschen Bevölkerung sehr korrekt. Im Sommer 1945 zogen aber die sowjetischen Truppen vollständig ab und übergaben die Verwaltung der Gebiete an polnische Bürger, die hier neu angesiedelt werden sollten. Bereits im Juni 1945 trafen die ersten Polen aus Galizien in Schmottseiffen ein. Sie stammten aus den polnischen Ostgebieten und hatten ihre Heimat verloren, als Ostpolen von der Roten Armee annektiert worden war. Durch das Schicksal der polnischen Flüchtlinge wurde Maria U. zum ersten Mal mit Vertreibung und dem Verlust von Grund und Boden konfrontiert. Wie viele andere in ihrem Dorf musste auch sie eine polnische Flüchtlingsfamilie aufnehmen. Eine Mutter mit vier Kindern wurde bei ihr einquartiert. Anfangs gab Maria der Frau, die alles verloren hatte, Kleidung und Nahrung und ein friedliches Zusammenleben schien möglich. Kurze Zeit später aber änderte sich das Verhältnis und es kam zum Zerwürfnis, als die Familie von Maria U. bestohlen wurde und ihr die neuen polnischen Mitbewohner fast alle Lebensmittel entwendeten.

Im Juni 1946 eskalierte die Situation, denn die polnischen Behörden ordneten die Vertreibung aller Deutschen an. Die betroffenen Familien mussten ihre Wohnungen innerhalb von 20 Minuten räumen. Noch heute erinnert sich Maria U. an diesen Tag: Bei schwerem Gewitter liefen sie, ihre Eltern und die beiden Söhne, von polnische Milizen ständig bewacht, zu Fuß durch vermintes Gelände bis Görrisseiffen und am nächsten Tag weiter nach Schosdorf. Dort erfuhr die Familie, dass die deutsche Bevölkerung bis Görlitz marschieren und dort über die Neiße abgeschoben werden sollte. Doch so leicht wollte sich der Vater von Maria nicht von seinem Grund und Boden vertreiben lassen. Auch glaubte er fest daran, dass sich die Polen wieder aus den deutschen Gebieten zurückziehen würden. Auf Umwegen gelangte die Familie wieder auf ihren Hof in Schmottseiffen und hoffte auf das Ende der polnischen Verwaltung. An Normalität aber war nicht zu denken. Ohne äußeren Grund fand eine Hausdurchsuchung statt, bei der die polnischen Behörden ein Pistole fanden, die, so ist sich Maria sicher, nie im Besitz der Familie war. Aber ihre Beteuerungen halfen nichts, der Waffenfund war Anlass genug, den Vater zu verhaften. Danach hat die Familie nie wieder von ihm gehört, erst im September 1949 sollte sie vom polnischen Konsulat erfahen, dass der Vater in der Haft verstorben war.

Fast zwei Jahre lang versuchte Maria U. gemeinsam mit ihrer Mutter unter den neuen Umständen den Hof zu bewirtschaften und ohne Groll mit den neuen polnischen Nachbarn zu leben. Doch am 5. Juni 1947 sollte das Dorf endgültig und vollständig von allen Deutschen geräumt werden. Der Gemeindediener teilte am 4. Juni jeder Familie mit, dass sie am nächsten Tag das Dorf zu verlassen hätten. Die Unterteilung von Schmottseiffen in ein Ober- und Unterdorf gab dem späteren Schicksal jeder Familie eine entscheidende Wende. Das Oberdorf wurde nach Westdeutschland ausgesiedelt, während die deutschen Bewohner das Unterdorfes, in dem auch Maria

lebte, nach Ostdeutschland in die Sowjetische Besatzungszone abgeschoben wurden. Zum Zeitpunkt der Flucht ahnte Maria davon jedoch nichts. Wieder, und diesmal endgültig, musste sie ihre Heimat verlassen. Nur ein paar Habseligkeiten wie Geschirr, einige Fotos zur Erinnerung und Kleidung durften mitgenommen werden und wurden auf Leiterwagen verstaut.

Am Morgen des 5. Juni 1947 setzte sich der Flüchtlingstreck von etwa 300 Personen mit 60 kleinen Leiterwagen in Bewegung. Maria U., ihre Mutter und die beiden kleinen Söhne marschierten am ersten Tag etwa 6,5 Kilometer bis nach Löwenberg. Dort wurden sie in Waggons eines Güterzuges in Richtung deutsche Grenze transportiert. Die erste Etappe endete in Kohlfurt, wo zuerst eine Entlausung aller Flüchtlinge stattfand. Danach ging es weiter bis Mois bei Görlitz, wo die ratlosen und verängstigten Menschen

16
29.5. 7

Vfg.

VII A 6007/1 II

An die
Lagerleitung des Umsiedler- bzw. Heimkehrerlagers
in Quenz-Brandenburg

Betr.: Übernahme von Umsiedlertransporten im Juni 1947.

Nach uns vorliegendem Plane hat das Umsiedlerlager Quenz während des Monats J u n i 1947 von den in P o r t aus polnischen Gebiete zu übernehmenden Transporten
1 Transport am 13.6.47
zu übernehmen.

Die Umsiedler sind nach Ableistung der Quarantäne nach dem Kreise Osthavelland einzugemeinden.

Dem Landrat des Kreises Osthavelland in Nauen wurde von dem zu übernehmenden Transporte Kenntnis gegeben.

Wir bitten, alle Vorbereitungen für eine glatte Übernahme, Ableistung der Quarantäne und nachfolgende Eingemeindung der Transporte zu treffen.

Ums.-Lager Finsterwalde Im Auftrage:
Wie zu 1.) nur Ums.Lg. Finsterwalde
1 Transp. am 9.6.47 Krs. Buckenwalde. *Pa*

Heimkehrerlager Pinnow
Wie zu 1.) nur Heimkehrerlager Pinnow
1 Transp. am 27.5.47 Krs. Niederbarnim.

Z.z.A. zu 1-3 gef. Ar. ab 1947. *W*

Kopie
Brandenburgisches
Landesarchiv

Abb.27 Transportbericht über einen Vertriebenentransport

zum ersten Mal eine Bleibe fanden. Man quartierte sie in Neubauwohnungen ein, in denen drangvolle Enge herrschte. Die Familie von Maria musste sich mit einer anderen Familie einen Raum teilen. Sicher waren sie hier aber nicht. In den drei Tagen ihres Aufenthaltes erlebten sie Übergriffe und Plünderungen durch die polnische Bevölkerung. Mit der wenigen Habe, die sie danach noch besaßen, wurden sie wieder in einem Güterzug transportiert und überquerten schließlich bei Görlitz am 10. Juni 1947 die deutsche Grenze. Von dort ging es ohne Unterbrechung nach Brandenburg in das Lager Quenz.

Während der ganzen Zeit von Mois bis Brandenburg gab es für die Flüchtlinge weder Verpflegung noch medizinische Betreuung. Entsprechend erschöpft kamen die Menschen in Brandenburg an. Auf dem Bahnhof wurden sie vom Lagerpersonal in Empfang genommen, man ver lud die Flüchtlinge und ihr Gepäck auf LKWs und brachte sie ins Lager. Nach der Begrüßung stand wieder die unvermeidliche Entlassung auf dem Programm, erst danach konnten die Ankömmlinge ihre Unterkünfte beziehen.

Die Baracken mit einer Größe von maximal vier mal fünf Metern waren lediglich mit Tischen, Stühlen, Doppelstockpritschen und Strohsäcken ausgestattet. Für einen Aufenthalt von 14 Tagen eine karge aber ausreichende Unterkunft. Ebenso karg bemessen waren die Mahlzeiten: Es gab Brot und Marmelade zum Frühstück, meist einer Suppe aus Rüben oder Brennnesseln zum Mittag und abends Brot und Margarine. Nach den Entbehrungen der Flucht erlebte Maria U. die Tage im Lager zum ersten Mal wieder ohne Angst. Langsam begann sie sich von den Strapazen zu erholen und zu begreifen, dass sie ihre Heimat verloren hatte.

Eine Betreuung der Flüchtlinge durch Parteien, Organisationen oder die Kirche fand nicht statt. Wollte man der Lethargie des Lageraufenthaltes entgehen, musste man selbst ein kulturelles Programm organisieren. Maria U. erinnert sich an Akkordeonkonzerte und Gesangsvorstellungen. Nach zwei Wochen wurde ihr schriftlich mitgeteilt, wo sie in Zukunft angesiedelt werden sollte. Ausgestattet mit neuen Papieren und den restlichen Habseligkeiten fuhren sie und ihre Familie zusammen mit ca. 70 Personen in einem Güterzug nach Nauen im heutigen Kreis Havelland. Dort angekommen, wurden die Vertriebenen keineswegs empfangen. Irrtümlich bei den Behörden als „Russentransport“ angekündigt, fühlte sich niemand zuständig, sodass die Heimatlosen eine Nacht unter freiem Himmel an der Böschung des Bahndamms Nauen verbringen mussten. Erst am frühen Morgen des nächsten Tages war ein neuer Güterzug bereit gestellt, der die verzweifelten Menschen nach Flatow, heute Kreis Havelland, und von dort per Traktor und Anhänger nach Karwese, heute Kreis Ostprignitz-Ruppin, brachte. Hier fanden Maria U., ihre beiden Kinder, ihre Mutter und weitere 15 Vertriebene endlich eine neue Heimat.

In Karwese, einem Dorf am Südrand des Ländchens Bellin, lebten im Jahr 1937 330 Menschen, bis 1947 sank die Einwohnerzahl auf 269. Bis

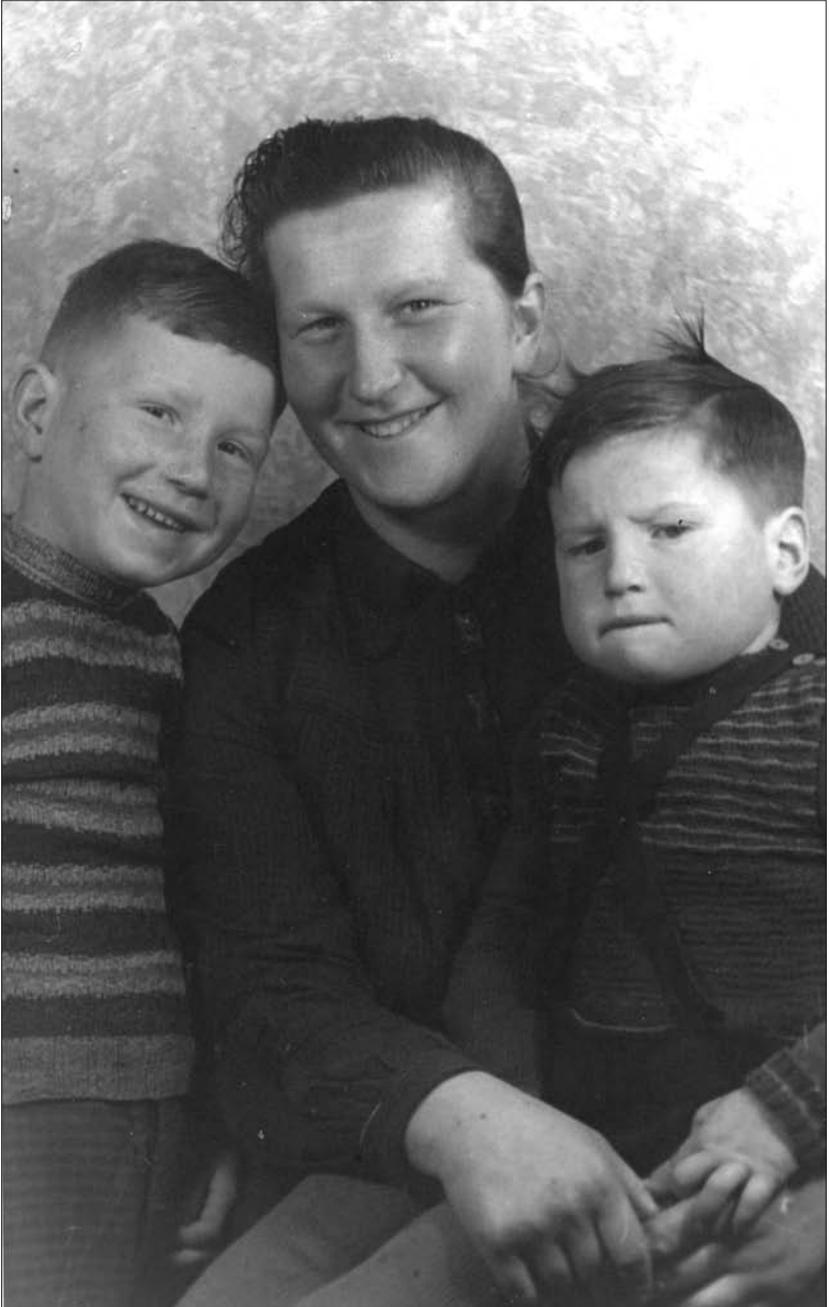


Abb.28 Maria U. mit ihren ersten beiden Söhnen 1947

Januar 1948 musste das kleine Dorf die enorm hohe Zahl von insgesamt 259 Vertriebenen aufnehmen.

In Karweese empfing die Sekretärin des Bürgermeisters die Flüchtlinge mit einer kleinen Mahlzeit, bevor der Gruppe ihre neue Bleibe bei den ortsansässigen Bauern zugewiesen wurde. Maria U. und ihre Familie fand beim Wirt des Dorfes ihre Unterkunft, die aus nur einem Zimmer bestand, das mit zwei Betten, einem Schrank, einem Tisch, Stühlen und einem Waschtisch ausgestattet war. Für Verpflegung und Heizmaterial musste die Familie in der Landwirtschaft arbeiten, die der Wirt nebenbei betrieb. Noch immer deutlich erinnert sich Maria U., wie gut die Vermieterfamilie in dieser schlechten Zeit gelebt hat. Im Gegensatz zu dem einen Zimmer, in dem sie zu viert leben mussten, hatte der Wirt viele, schön eingerichtete Zimmer zur Verfügung und immer genug und gutes Essen auf dem Tisch.

Im Mai 1948 kam Marias Mann Georg endlich aus französischer Kriegsgefangenschaft zurück. Weil für fünf Personen das eine Zimmer nun wirklich zu eng wurde, erhielt erst die Mutter von Maria eine eigene kleine Wohnung zugewiesen, 1949 dann auch die wiedervereinte Familie von Maria. Ihre neue Bleibe befand sich in einer Baracke, bestand aus zwei Zimmern mit verglasten Fenstern und war mit einem Ofen ausgestattet. Schnell fand Marias Mann wieder Arbeit bei der Deutschen Reichsbahn, wo er auch vor dem Krieg schon tätig gewesen war. Im Jahr 1954 wurde ihr dritter Sohn geboren.

Der Lohn von Georg reichte jedoch nicht aus, um seine fünfköpfige Familie zu ernähren, sodass sich Maria auch eine Arbeit suchen musste. Zuerst wusch sie bei verschiedenen Bauern die Wäsche und reinigte und beheizte die Schulräume. 1957 nutzte sie die Chance einer Umschulung und arbeitete nach abgeschlossener Ausbildung als Verkäuferin beim Konsum in Karweese. Dort blieb sie bis zum Rentenalter.

Rückblickend auf die Anfangsjahre in der neuen Heimat sagt Maria U. heute, dass sie nie Anfeindungen ausgesetzt war, die vielen Vertriebenen von der ortsansässigen Bevölkerung entgegengebracht wurde. Allerdings sagt sie auch, dass es die Flüchtlinge ungleich schwerer hatten, als ihre Nachbarn im Dorf. Nach dem Verlust des Hofes und des Grund und Bodens und nur mit dem bisschen Hab und Gut ausgestattet, das sie retten konnten, mussten sie nach dem Krieg ganz von vorne anfangen.

In ihrer alten Heimat war Maria das erste Mal 1980. Danach besuchte sie Schmottseiffen noch vier weitere Male. Zurück möchte sie heute nicht mehr. Maria U. lebt noch immer in Karweese.

10. Tabellen

Tabelle 1: Vertriebenenlager in der Provinz Mark Brandenburg,
Stichtag 1.1.1947 ³⁰⁹

Landkreis bzw. Stadt	Lager	Kapazität
Angermünde	Angermünde	800
Angermünde	Pinnow	1.200
Beeskow-Storkow	Küchensee	1.800
Franfurt (Oder)	Gronenfelde	3.500
Lebus	Fürstenwalde	2.200
Luckenwalde	Luckenwalde	1.200
Luckau	Finsterwalde	2.400
Niederbarnim	Rüdersdorf	1.500
Osthavelland	Falkensee	1.600
Osthavelland	Henningsdorf	2.000
Prenzlau	Birkenhain	500
Spremberg	Spremberg	1.500
Teltow	Saalow	1.200
Templin	Templin	1.200
Templin	Templin	800
Westhavelland	Rathenow	1.450
Zauch-Belzig	Belzig	2.500
Zauch-Belzig	Klinkengrund	1.100
Zauch-Belzig	Treuenbrietzen-Landesanstalt	3.000
Zauch-Belzig	Treuenbrietzen-Seltershof	2.700
Westprignitz	Glöwen	2.000
Stadt Brandenburg	Quenz	4.000
Stadt Eberswalde	Eberswalde	1.200
Stadt Forst	Forst	2.500
Stadt Guben	Guben	1.000

Tabelle 2: Eingemeindungen in die Landkreise des Landes Brandenburg,
Stand 30.4.1947 ³¹⁰

Kreis	Vertriebene	Männer	Frauen	Kinder
Angermünde	24.854	7.613	10.524	6.717
Beeskow-Storkow	24.138	6.727	10.864	6.547
Calau	33.381	9.683	14.958	8.740
Cottbus	21.212	5.841	10.033	5.338
Eberswalde	3.516	1.289	1.343	884
Forst	1.464	623	608	233
Frankfurt (Oder)	13.015	4.030	5.813	3.172
Guben	12.677	3.621	5.928	3.128
Jüterbog-Luckenwalde	29.022	7.664	13.326	8.032
Lebus	26.767	7.394	11.521	7.852
Luckau	32.250	9.365	14.543	8.342
Lübben	17.798	4.531	7.985	5.282
Niederbarnim	29.653	8.871	13.950	6.832
Oberbarnim	26.765	7.507	11.767	7.491
Osthavelland	37.075	10.460	16.812	9.803
Ostprignitz	42.743	11.076	18.370	13.297
Potsdam	25.745	6.351	13.508	5.886
Prenzlau	25.361	5.704	9.912	9.745
Rathenow	2.897	761	1.396	740
Ruppin	49.309	13.217	22.415	13.677
Spremberg	10.525	3.212	4.903	2.410
Teltow	38.872	10.633	18.652	9.587
Templin	24.705	6.184	10.707	7.814
Wittenberge	4.886	1.439	2.220	1.227
Westhavelland	25.664	6.953	10.569	8.142
Westprignitz	36.467	8.902	14.350	13.215
Zauch-Belzig	41.246	11.452	17.414	12.380
Stadt Brandenburg	6.478	1.667	3.153	1.658
Stadt Cottbus	17.742	7.193	7.407	3.142
Stadt Guben	16.263	5.170	6.225	4.868
insgesamt	704.287	195.306	313.016	195.965

Tabelle 3: Eingemeindungen in die Landkreise des Landes Brandenburg,
Stand Juni 1948³¹¹

Kreis	Vertriebene	Männer	Frauen	Kinder
Angermünde	26.555	8.278	11.084	7.193
Beeskow-Storkow	24.371	6.916	10.933	6.522
Calau	35.167	10.420	15.656	9.091
Cottbus	21.359	6.202	9.913	5.244
Guben	14.257	4.405	6.293	3.559
Jüterbog-Luckenwalde	30.194	8.055	13.828	8.311
Lebus	30.917	9.776	12.892	8.249
Luckau	33.232	9.764	15.525	7.943
Lübben	16.696	4.955	7.843	3.898
Niederbarnim	39.377	11.293	18.872	9.212
Oberbarnim	28.505	8.494	12.384	7.627
Osthavelland	43.537	14.739	18.903	9.895
Ostprignitz	43.869	12.569	18.951	12.349
Prenzlau	30.260	7.527	11.718	11.015
Ruppın	50.399	14.558	22.230	13.611
Spremberg	10.302	3.064	4.113	3.125
Teltow	47.447	13.297	22.405	11.745
Templin	25.467	3.889	13.488	8.090
Westhavelland	28.480	11.617	7.887	8.976
Westprignitz	33.854	9.791	14.718	9.345
Zauch-Belzig	42.624	10.906	17.549	14.169
Stadt Brandenburg	7.714	2.080	3.849	1.785
Stadt Cottbus	18.771	7.405	7.854	3.512
Stadt Eberswalde	3.691	11.44	1.594	953
Stadt Forst	1.735	723	738	274
Stadt Frankfurt (Oder)	13.032	4.290	5.746	2.996
Stadt Guben	15.254	4.593	7.546	3.115
Stadt Rathenow	12.033	3.348	5.768	2.917
Stadt Wittenberge	6.319	1.913	2.977	1.429
insgesamt	738.595	216.960	324.863	196.772

Tabelle 4: Eingemeindungen in die Landkreise des Landes Brandenburg,
Stand Februar 1949³¹²

Kreis	Vertriebene	Männer	Frauen	Kinder
Angermünde	26.947	8.355	11.183	7.409
Beeskow-Storkow	24.413	6.920	10.964	6.529
Brandenburg	7.842	2.132	3.915	1.795
Calau	35.274	10.469	15.724	9.081
Cottbus	20.979	6.059	9.745	5.175
Guben	14.598	4.549	6.403	3.646
Jüterbog-Luckenwalde	30.296	7.906	14.011	8.379
Lebus	32.120	10.178	13.406	8.536
Luckau	33.938	10.004	15.892	8.042
Lübben	16.961	5.058	8.007	3.896
Niederbarnim	42.051	12.068	20.080	9.903
Oberbarnim	29.402	8.768	12.763	7.871
Osthavelland	44.727	15.127	19.396	10.204
Ostprignitz	4.4081	12.707	18.936	12.438
Prenzlau	30.550	7.655	11.833	11.062
Ruppin	5.2301	15.376	23.050	13.875
Spremberg	10.311	3.066	4.119	3.126
Teltow	46.558	13.084	22.231	11.243
Templin	25.646	3.901	13.677	8.068
Westhavelland	29.039	11.698	8.191	9.150
Westprignitz	33.283	9.727	14.626	8.930
Zauch-Belzig	42.759	10.937	17.720	14.102
Stadt Cottbus	19.248	7.521	8.148	3.579
Stadt Eberswalde	3.762	1.176	1.624	962
Stadt Forst	9.528	3.225	4.552	1.751
Stadt Frankfurt (Oder)	13.138	4.361	5.780	2.997
Stadt Guben	15.109	4.545	7.481	3.083
Stadt Potsdam	13.034	3.803	6.164	3.067
Stadt Rathenow	3.348	1.025	1.659	664
Stadt Wittenberge	6.530	2.018	3.059	1.453
insgesamt	757.773	223.418	334.339	200.016

Tabelle 5: Eingemeindungen in die Landkreise des Landes Brandenburg nach den neuen Kreisgrenzen ab 1.7.1950, Stand 30.9.1950³¹³

Kreis	Vertriebene
Angermünde	22.354
Beeskow-Storkow	-
Brandenburg	7.466
Calau	-
Cottbus	57.259
Frankfurt (Oder)	25.060
Fürstenwalde	29.448
Guben	-
Lebus	-
Luckenwalde	27.159
Luckau	30.038
Lübben	23.754
Niederbarnim	29.888
Oberbarnim	28.244
Osthavelland	40.832
Ostprignitz	38.850
Prenzlau	28.546
Ruppín	43.250
Seelow	22.153
Senftenberg	26.339
Spremberg	9.280
Teltow	41.756
Templin	22.999
Westhavelland	28.057
Westprignitz	35.984
Zauch-Belzig	36.157
Stadt Potsdam	11.987
insgesamt	666.860

Tabelle 6/1: Eingemeindungen und Berufsgliederungen 1948

Eingemeindungen	Januar 1948	Februar 1948	März 1948	April 1948	Mai 1948	Juni 1948
Vertriebene	108	96	132	1.766	131	83
Heimkehrer	3.130	2.660	3.157	5.388	4.818	4.354
In ständige Wohnungen	1.345	4.005	3.026	6.689	4.627	4.717
Nicht-ständige Wohnungen	128	415	263	465	322	197
davon arbeitsfähig	1.690	4.182	3.196	5.895	4.503	4.249
nicht arbeitsfähig	625	237	85	893	425	634
Kinder	923	1	8	366	21	31
insgesamt	3.238	4.420	3.289	7.154	4.949	4.914
Arbeitsfähige nach Berufsgruppen						
Landwirtschaft	198	1.482	958	1.779	1.767	1.494
Industrie	433	763	1.112	1.213	570	1.351
Sonstige	939	1.146	724	1.765	1.403	711
insgesamt	1.570	3.391	2794	4.757	3.740	3.556
ohne Arbeit	120 ³¹⁴	791	402	1.138	763	693
In Ausbildung	-	171 ³¹⁵	388 ³¹⁶	318 ³¹⁷	323 ³¹⁸	336 ³¹⁹

Tabelle 6/2: Eingemeindungen und Berufsgliederungen 1948

Eingemeindungen	Juli 1948	August 1948	Sept. 1948	Okt. 1948	Nov. 1948	Dez. 1948
Vertriebene	283	1.631	4.153	3.644	1.606	59
Heimkehrer	2.818	1.951	2.581	2.017	2.426	1.547
In ständige Wohnungen	3020	3.475	6.310	5.123	3.738	1.532
Nicht-ständige Wohnungen	81	107	424	538	294	74
davon arbeitsfähig	2.684	3.081	5.246	4.642	2.964	1.547
nicht arbeitsfähig	399	346	631	189	522	45
Kinder	18	155	857	830	546	14
insgesamt	3.101	3.582	6.734	5.661	4.032	1.606
Arbeitsfähige nach Berufsgruppen						
Landwirtschaft	859	866	1.384	1.037	640	319
Industrie	981	454	630	467	502	286
Sonstige	569	1.134	1.772	2.034	1.213	693
insgesamt	2.409	2.454	3.886	3.538	2.355	1.298
ohne Arbeit	275	627	1.360	1.104	609	249
In Ausbildung	336 ³²⁰	378 ³²¹	351 ³²²	391 ³²³	413 ³²⁴	505 ³²⁵

Tabelle 7/1: Eingemeindungen und Berufsgliederungen 1949

Eingemeindungen	Januar 1949	Februar 1949	März 1949	April 1949	Mai 1949	Juni 1949
Vertriebene	516	23	10	177	1.510	1.696
Heimkehrer	260	247	1.657	1.852	1.765	1.081
In ständige Wohnungen	752	261	1.566	1.841	1.681	2.676
Nicht-ständige Wohnungen	24	9	76	87	78	291
davon arbeitsfähig	575	239	1.642	1.373	1.757	2.740
nicht arbeitsfähig	59	15	-	497	-	31
Kinder	142	16	-	58	2	196
insgesamt	776	270	1.642	1.928	1.759	2.967
Arbeitsfähige nach Berufsgruppen						
Landwirtschaft	121	48	379	461	627	884
Industrie	104	99	408	178	254	345
Sonstige	263	89	638	452	613	927
insgesamt	488	236	1.425	1.091	1.494	2.156
ohne Arbeit	87	3	217	282	263	584
In Ausbildung	498 ³²⁶	498 ³²⁷	485 ³²⁸	1.373 ³²⁹	- ³³⁰	511 ³³¹

Tabelle 7/2: Eingemeindungen und Berufsgliederungen 1949

Eingemeindungen	Juli 1949	August 1949	Sept. 1949	Okt. 1949	Nov. 1949	Dez. 1949
Vertriebene	2.063	241	187	302		
Heimkehrer	1.160	1.416	3.318	2.258		
In ständige Wohnungen	2.939	2.999	3.199	2.561		
Nicht-ständige Wohnungen	231	112	-	18		
davon arbeitsfähig	2.219	2.206	3.037	2.562		
nicht arbeitsfähig	481	435	61	16		
Kinder	470	470	101	1		
insgesamt	3.170	3.111	3.199	2.579		
Arbeitsfähige nach Berufsgruppen						
Landwirtschaft	765	1.009	1.046	354		
Industrie	277	274	762	948		
Sonstige	445	360	596	679		
insgesamt	1.487	1.643	2.404	1.981		
ohne Arbeit	732	563	633	581		
In Ausbildung	511 ³³²	511 ³³³	511 ³³⁴	- ³³⁵		

Tabelle 8/1: Vertriebenen- und Heimkehrerunterstützung gemäß SMAD
Befehl 304 1948- 49

Befehl 304	Januar 1948	Februar 1948	März 1948	April 1948	Mai 1948	Juni 1948
Erwachsene	13.105	13.406	14.406	5.136	75	30
Kinder	1.106	5.286	5.286	3.121	40	22
insgesamt in RM	2.359.205	1.960.403 ³³⁷	1.331.053	1.274.699	653.694	781.467 ³³⁷
Heimkehrer	2.617	-	31.818	4.3954	52.506	-
insgesamt in RM	130.850 ³³⁸	-	1.590.900 ³³⁹	2.197.700 ³⁴⁰	2.625.300 ³⁴¹	-

Befehl 304	Juli 1948	August 1948	Sept. 1948	Okt. 1948	Nov. 1948	Dez. 1948
Erwachsene	53	48	95	14	13	10
Kinder	36	35	168	34	23	7
insgesamt in RM	320.137 ³⁴²	204.556 ³⁴³	235.468 ³⁴⁴	229.181	250.026	160.983
Heimkehrer	-	-	-	18.910	31.608	10.675
insgesamt in RM	-	-	-	672.780 ³⁴¹	1.580.430 ³⁴⁶	533.750 ³⁴⁷

Tabelle 8/2: Vertriebenen- und Heimkehrerunterstützung gemäß SMAD Befehl 304 1948- 49

Befehl 304	Januar 1949	Februar 1949	März 1949	April 1949	Mai 1949	Juni 1949
Erwachsene	15	-	-	98	87	72
Kinder	10	-	-	22	28	33
insgesamt in RM	203.440	202.851	-	600.913	39.789	52043
Heimkehrer	2.350	1.595	-	31.352	29.591	21621
insgesamt in RM	117.500 ³⁴⁸	79.750 ³⁴⁹	32.455 ³⁵⁰	1567600 ³⁵¹	1.479.550 ³⁵²	1.081.050 ³⁵³

Befehl 304	Juli 1949	August 1949	Sept. 1949	Okt. 1949	Nov. 1949	Dez. 1949
Erwachsene	28	630	575	223	-	-
Kinder	17	324	320	77	-	-
insgesamt in RM	105.464	45.620	45.430	24.000	-	-
Heimkehrer	17.910	22.350	52.939	36.770	-	-
insgesamt in RM	895.500 ³⁵⁴	1.117.500 ³⁵⁵	2.646.950 ³⁵⁶	1.838.500 ³⁵⁷	-	-

Tabelle 9: Landverteilung nach Bodenreform 1948

Bodenreform	Januar 1948	Februar 1948	März 1948	April 1948	Mai 1948	Juni 1948
Vertriebene	308	42	17	76	26	144
Land in ha	1.727 ³⁵⁸	238	760	879	275	535
Von Vertriebenen aufgegeben	-	12	45	105	73	85
Aufgegebenes Land in ha	-	106	485	1.117	680	476
Neu verteilt an Vertriebene	-	9	44	78	41	53
Neu verteilt Land in ha	-	97 ³⁵⁹	473 ³⁶⁰	826 ³⁶¹	406 ³⁶²	409 ³⁶³

Bodenreform	Juli 1948	August 1948	Sept. 1948	Okt. 1948	Nov. 1948	Dez. 1948
Vertriebene	160	222	25	301	34	28
Land in ha	747	2.004	90	569	218	79
Von Vertriebenen aufgegeben	58	32	44	87	192	104
Aufgegebenes Land in ha	326	235	294	636	3.644	782
Neu verteilt an Vertriebene	60	31	37	41	169	86
Neu verteilt Land in ha	279 ³⁵⁹	222 ³⁶⁰	237 ³⁶¹	422 ³⁶²	3.436 ³⁶³	601 ³⁶³

Tabelle 10: Landverteilung nach Bodenreform 1949

Bodenreform	Januar 1949	Februar 1949	März 1949	April 1949	Mai 1949	Juni 1949
Vertriebene	129	21	12	53	30	12
Land in ha	145	163	33	494	213	65
Von Vertriebenen aufgegeben	271	72	110	163	132	114
Aufgegebenes Land in ha	714	601	986	1237	971	1007
Neu verteilt an Vertriebene	251	39	89	134	138	83
neu verteiltes Land in ha	556 ³⁷⁰	281 ³⁷¹	793 ³⁷²	943 ³⁷³	841 ³⁷⁴	793 ³⁷⁵

Bodenreform	Juli 1949	August 1949	Sept. 1949	Okt. 1949	Nov. 1949	Dez. 1949
Vertriebene	13	12	17	9		
Land in ha	97	98	139	91		
Von Vertriebenen aufgegeben	105	113	103	86		
Aufgegebenes Land in ha	876	612	672	578		
Neu verteilt an Vertriebene	66	105	83	70		
Neu verteilt Land in ha	473 ³⁷⁶	524 ³⁷⁷	548 ³⁷⁸	535 ³⁷⁹		

Tabelle 11/1: An Neubauern verteiltes Vieh
und landwirtschaftliche Gerätschaften 1948

Bodenreform	Januar 1949	Februar 1949	März 1949	April 1949	Mai 1949	Juni 1949
Vieh						
Pferde	41	3	40	42	10	4
Rindvieh und Kühe	630	302	121	168	23	7
Schweine	-	10	50	60	25	3
Zugochsen	47	-	2	4	1	-
Jungvieh	8.264	227	30	22	22	21
Ferkel	-	-	130	20		117
Schafe und Ziegen	215	106	34	91	6	4
Kleinvieh	-	407	129	-	540	28
Geräte						
Ackerwagen	2	3	-	27	30	10
Pflüge	107	171	305	118	103	578
Häckselmaschinen	-	-	1	4	10	-
Dreschmaschinen	-	-	1	1		-
Eggen	39	146	109	83	79	96
Walzen		-	1	-	34	4
Geräte zur Futterbereitstellung	45	35	52	5	12	19
Pumpen	2	-	1	-	3	-
Kleingerät		13	93	-	386	58
Sonstiges Ackergerät	14	49	38	50	33	21
Pferde- u. Kuhgeschirr	- ³⁸⁰	71 ³⁸¹	115 ³⁸²	12 ³⁸³	4 ³⁸⁴	14 ³⁸⁵

Tabelle 11/2: An Neubauern verteiltes Vieh
und landwirtschaftliche Gerätschaften 1948

Bodenreform	Juli 1949	August 1949	Sept. 1949	Okt. 1949	Nov. 1949	Dez. 1949
Vieh						
Pferde	2	2	26	1	-	-
Kühe	30	10	-	4	-	25
Schweine	7	19	-	4	7	-
Jungvieh	31	7	65	4	2	-
Ferkel	-	-	29	86	353	190
Schafe und Ziegen	1	4	1	3	3	-
Kleinvieh	176	145	2	6	-	6
Geräte						
Ackerwagen	27	25	5	11	1	22
Pflüge	133	240	333	201	141	109
Häckselmaschinen	10	17	25	9	27	31
Dreschmaschinen	-	5	-	9	2	-
Eggen	55	136	84	43	48	33
Walzen	2	3	2	4	4	6
Geräte zur Futterbereitstellung	3	66	50	68	-	-
Pumpen	-	-	14	9	8	10
Kleingerät	134	157	470	141	138	91
Sonstiges Ackergerät	50	2	9	23	31	31
Pferde- u. Kuhgeschirr	15 ³⁸⁶	25 ³⁸⁷	41 ³⁸⁸	14 ³⁸⁹	- ³⁹⁰	12 ³⁹¹

Tabelle 12/1: An Neubauern verteiltes Vieh und landwirtschaftliche Gerätschaften 1949

an Neubauern verteilt	Januar 1949	Februar 1949	März 1949	April 1949	Mai 1949	Juni 1949
Vieh						
Pferde	1	-	-	5	1	-
Kühe	35	1		1	6	-
Schweine	5	7	2	-	2	1
Jungvieh	13	20	5	2	4	897
Ferkel	85	310	20	332	243	-
Schafe und Ziegen	10	3	-	7	1	1
Kleinvieh	16	9	4	6	-	-
Geräte						
Ackerwagen	38	18	60	13	11	-
Pflüge	275	83	89	66	29	2
Häckselmaschinen	57	19	-	-	-	-
Dreschmaschinen	-	-	1	10	-	2
Eggen	22	15	17	63	60	5
Walzen	2	2		5	1	1
Geräte zur Futterbereitstellung	-	4	21	23	1	2
Pumpen	7	6	4		1	-
Kleingerät	54	83	28	43	85	-
Sonstige Ackergerät	98	28	30	11	4	6
Pferde- u. Kuhgeschirr	12 ³⁹²	7 ³⁹³	1 ³⁹⁴	1 ³⁹⁵	7 ³⁹⁶	- ³⁹⁷

Tabelle 12/2: An Neubauern verteiltes Vieh
und landwirtschaftliche Gerätschaften 1949

an Neubauern verteilt	Juli 1949	August 1949	Sept. 1949	Okt. 1949	Nov. 1949	Dez. 1949
Vieh						
Pferde	-	-	-	-	-	-
Kühe	-	-	3.429	127	-	-
Schweine	-	-	-	-	-	-
Jungvieh	836	2.587	511	349	-	-
Ferkel	-	-	-	-	-	-
Schafe und Ziegen	12	-	-	-	-	-
Kleinvieh	-	-	-	-	-	-
Geräte						
Ackerwagen	-	-	-	-	-	-
Pflüge	-	-	-	-	-	-
Häckselmaschinen	-	-	-	-	-	-
Dreschmaschinen	-	-	-	-	-	-
Eggen	-	-	-	-	-	-
Walzen	-	-	-	-	-	-
Geräte zur Futterbereitstellung	-	-	-	-	-	-
Pumpen	-	-	-	-	-	-
Kleingerät	-	-	-	-	-	-
Sonstiges Ackergerät	-	-	-	-	-	-
Pferde- u. Kuhgeschirr	_ 398	_ 399	_ 400	_ 401	-	-

Tabelle 13/1: Landaufgabe von Neubauern
aus den Reihen der Vertriebenen 1948

Gründe der Aufgabe	Januar 1948	Februar 1948	März 1948	April 1948	Mai 1948	Juni 1948
allein stehende Personen	-	-	10	10	2	4
Verzogen	-	1	2	12	11	5
Ehescheidungen	-	-	-	-	-	-
Krankheit	-	1	1	12	3	14
Berufswechsel	-	-	3	11	5	4
wirtschaftliche Verhältnisse	-	-	2	22	1	1
familiäre Verhältnisse	-	-	-	4	2	1
kein Viehbestand	-	-	12	14	6	3
hohes Alter	-	1	2	8	8	9
Heirat	-	-	-	-	-	-
allgemeine Gründe	-	3	-	2	-	-
fehlende landwirtschaftliche Kenntnisse	-	6	7	-	2	2
Todesfälle	-	-	3	3	2	2
Wohnverhältnisse	-	- ⁴⁰²	3 ⁴⁰³	7 ⁴⁰⁴	10 ⁴⁰⁵	- ⁴⁰⁶

Tabelle 13/2: Landaufgabe von Neubauern
aus den Reihen der Vertriebenen 1948

Gründe der Aufgabe	Juli 1948	August 1948	Sept. 1948	Okt. 1948	Nov. 1948	Dez. 1948
allein stehende Personen	1	6	3	2	7	8
Verzogen	2	2	5	5	10	-
Ehescheidungen	-	-	1	1	-	-
Krankheit	3	8	9	11	35	11
Berufswechsel	4	1	2	12	16	6
wirtschaftliche Verhältnisse	-	-	-	-	-	-
familiäre Verhältnisse	-	-	-	-	-	-
kein Viehbestand	1	2	1	3	20	8
hohes Alter	3	6	5	8	12	2
Heirat	2		2	5 ⁴⁰⁷		
allgemeine Gründe		1	1	-	23	3
fehlende andwirtschaftliche Kenntnisse	1	1	-	-	3	1
Todesfälle	1		1		7	2
Wohnverhältnisse	₋₄₀₈	₋₄₀₉	₋₄₁₀	-	₋₄₁₁	₋₄₁₂

Tabelle 14/1: Landaufgabe von Neubauern
aus den Reihen der Vertriebenen 1949

Gründe der Aufgabe	Januar 1949	Februar 1949	März 1949	April 1949	Mai 1949	Juni 1949
allein stehende Personen	3	1	-	8	3	3
Verzogen	2	7	6		2	5
Ehescheidungen	-	-	-	-		-
Krankheit	12	16	19	18	16	11
Berufswechsel	5	14	6	5	5	15
wirtschaftliche Verhältnisse	-	-	2	-	-	-
familiäre Verhältnisse	-	-	-	-	-	-
kein Viehbestand	-	8	16	3	3	11
hohes Alter	6	5	24	11	6	17
Heirat	-	-	-	-	-	-
allgemeine Gründe	6	15	33	7	5	20
fehlende landwirtschaftliche Kenntnisse	-	6	2	4	5	10
Todesfälle	-		2	6	2	-
Wohnverhältnisse	_ 413	_ 414	_ 415	_ 416	_ 417	_ 418

Tabelle 14/2: Landaufgabe von Neubauern
aus den Reihen der Vertriebenen 1949

Gründe der Aufgabe	Juli 1949	August 1949	Sept. 1949	Okt. 1949	Nov. 1949	Dez. 1949
allein stehende Personen	3	7	10	2	-	-
Verzogen	3	4	2	7	-	-
Ehescheidungen	-	-	-	-	-	-
Krankheit	18	16	4	12	-	-
Berufswechsel	8	19	5	9	-	-
wirtschaftliche Verhältnisse	3	-	-	-	-	-
familiäre Verhältnisse	-	-	-	-	-	-
kein Viehbestand	10	9	6	2	-	-
hohes Alter	16	11	4	8	-	-
Heirat	-	-	2	-	-	-
allgemeine Gründe	29	14	11	30	-	-
fehlende landwirtschaftliche Kenntnisse	11	5	-	2	-	-
Todesfälle	4	3	5	3	-	-
Wohnverhältnisse	- ⁴¹⁹	- ⁴²⁰	- ⁴²¹	- ⁴²²	-	-

Tabelle 15: Bauprogramm gemäß SMAD Befehl 209 ⁴²³

Landkreis bzw. Stadt	Bis 31.12.1948 fertig gestellte Siedler-Wohnhäuser	für 1949 geplante Siedler-Wohnhäuser
Angermünde	380	550
Beeskow-Storkow	418	690
Calau	219	650
Cottbus	215	320
Guben	441	310
Jüterbog-Luckenwalde	322	400
Lebus	1.516	700
Luckau	350	520
Lübben	320	280
Niederbarnim	669	510
Oberbarnim	840	700
Osthavelland	300	850
Ostprignitz	513	1.270
Prenzlau	425	650
Ruppin	417	780
Spremberg	234	197
Teltow	320	129
Templin	739	450
Westhavelland	360	770
Westprignitz	320	680
Zauch-Belzig	511	184
Stadt Brandenburg	16	-
Stadt Cottbus	-	-
Stadt Eberswalde	-	-
Stadt Forst	31	10
Stadt Frankfurt (Oder)	116	151
Stadt Guben	-	-
Stadt Potsdam	47	59
Stadt Rathenow	3	2
Stadt Wittenberge	5	-
insgesamt	10.047	9.012

11. Anmerkungen

- 1 Potsdamer Konferenz vom 17.07- 02.08.1945, vereinbart wurden die weitere Behandlung Deutschlands, die Reparationsansprüche, die Demontagen, die Übertragung der Verwaltung der dt. Ostgebiete an die UdSSR und die Ausweisung der dt. Bevölkerung aus diesen Gebieten wurde unter der Voraussetzung humaner Durchführung gebilligt.
- 2 Vgl. Kurt Adamy, Kleine Geschichte des Brandenburger Landtages. Potsdam, 1999, S.137
- 3 Vgl. Gerhild Luschnat, Die Lage der Deutschen im Königsberger Gebiet 1945-1948. Frankfurt am Main u.a., 1996, S.23
- 4 Vgl. Alfred DeZayas, Anmerkungen zur Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Stuttgart u.a., 1986, S.62f.
- 5 Reichsgau, Verwaltungsbezirk im nationalsozialistischen Deutschen Reich
- 6 Vgl. ehemaliges Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte Hrsg.: Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neisse. eine Dokumentation. Augsburg, 1992, S.13Eff.
- 7 Vgl. Christoph Kleßmann Hrsg., Vertreibung, Neuanfang, Integration: Erfahrungen in Brandenburg. Potsdam, 2001, S.51ff.
- 8 Vgl. Manfred Wille Hrsg., Die Vertriebenen in der SBZ/DDR Dokumente. Ankunft und Aufnahme. Wiesbaden, 1996, S.80ff.
- 9 Ausführlich in Wlodzimierz Borodziej und Hans Lemberg Hrsg., Die Deutschen östlich von Oder und Neiße 1945-1950: Dokumente aus polnischen Archiven, Marburg, 2000
- 10 Vgl. Christoph Kleßmann Hrsg., Vertreibung, Neuanfang, Integration: Erfahrungen in Brandenburg. Potsdam, 2001, S.52
- 11 Vgl. Wolfgang Benz Hrsg., Deutschland unter alliierter Besatzung 1945-1949/55. Berlin, 1999, S.123ff.
- 12 Vgl. Manfred Wille Hrsg., Die Vertriebenen in der SBZ/DDR Dokumente. Ankunft und Aufnahme. Wiesbaden, 1996, S.80ff.
- 13 Volkskommissare, in der UdSSR bis 1946 die Leiter der einzelnen Verwaltungszweige, etwa den Ministern entsprechend.
- 14 Kontrollrat, das Organ, durch das Frankreich, Großbritannien, die UdSSR und die USA die Regierungsgewalt in Deutschland ausübten.
- 15 Vgl. Manfred Wille Hrsg., Die Vertriebenen in der SBZ/DDR Dokumente. Ankunft und Aufnahme. Wiesbaden, 1996, S.44f.
- 16 Vgl. Wolfgang Benz Hrsg., Deutschland unter alliierter Besatzung 1945-1949/55. Berlin, 1999, S.302ff.
- 17 Vgl. Manfred Wille Hrsg., Die Vertriebenen in der SBZ/DDR Dokumente. Ankunft und Aufnahme. Wiesbaden, 1996, S.45
- 18 Vgl. Wolfgang Benz Hrsg., Deutschland unter alliierter Besatzung 1945-1949/55. Berlin, 1999, S.302f.
- 19 Vgl. Manfred Wille Hrsg., Die Vertriebenen in der SBZ/DDR Dokumente. Ankunft und Aufnahme. Wiesbaden, 1996, S.123
- 20 Vgl. Christoph Kleßmann Hrsg., Vertreibung, Neuanfang, Integration: Erfahrungen in Brandenburg. Potsdam, 2001, S.93
- 21 Vgl. Manfred Wille Hrsg., Die Vertriebenen in der SBZ/DDR Dokumente. Ankunft und Aufnahme. Wiesbaden, 1996, S. 46
- 22 BLHA. Rep.256 HKL Gronenfelde Nr.276
- 23 Ebenda
- 24 BLHA, Rep.211 Ministerium für Gesundheitswesen, Nr.1066
- 25 Ebenda

- 26 Ebenda
- 27 BLHA, Rep.202A Büro des Ministerpräsidenten, Nr.63
- 28 Ebenda
- 29 BLHA, Rep.202A Büro des Ministerpräsidenten, Nr.82
- 30 Ebenda
- 31 BLHA, Rep.202A Büro des Ministerpräsidenten, Nr.65
- 32 BLHA, Rep.250 Landratsamt Lebus/Seelow, Nr.358
- 33 Vgl. Jan Foitzik, Inventar der Befehle des Obersten Chefs der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) 1945-1949. München u. a., 1994, S.144
- 34 Vgl. Ebenda, S.163
- 35 Die Befehle sind in der Kartei des Bundesarchivs nachgewiesen, aber nicht vorhanden.
- 36 Vgl. Martin Broszat Hrg., SBZ-Handbuch: staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945-1949. Oldenburg, 1993, S.239
- 37 BArch, DO 2, Nr.11
- 38 Vgl. Manfred Wille, Sie hatten alles verloren: Flüchtlinge und Vertriebene in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. Wiesbaden, 1993, S.31
- 39 BArch, DX1, Nr. 304/46
- 40 Vgl. Manfred Wille, Sie hatten alles verloren: Flüchtlinge und Vertriebene in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. Wiesbaden, 1993, S.30f.
- 41 Rückführung von Personen, die aufgrund des Bombenkrieges aus deutschen Ballungsräumen in ländliche Gebiete evakuiert wurden, in ihre Herkunftsorte.
- 42 Vgl. Manfred Wille, Sie hatten alles verloren: Flüchtlinge und Vertriebene in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. Wiesbaden, 1993, S.30ff.
- 43 BArch, DO 2, Nr.11
- 44 Ebenda
- 45 Ebenda
- 46 BLHA, Rep.203 Ministerium des Innern, Nr.1172
- 47 Vgl. Torsten Mehlhase, Flüchtlinge und Vertriebene nach dem Zweiten Weltkrieg in Sachsen-Anhalt: Ihre Aufnahme und Bestrebungen zur Eingliederung in die Gesellschaft. Münster, 1999, S.73
- 48 Vgl. Stefan Donth, Vertriebene und Flüchtlinge in Sachsen 1945 bis 1952: die Politik der sowjetischen Militäradministration und der SED. Köln u. a, 2000, S.106
- 49 Vgl. Torsten Mehlhase, Flüchtlinge und Vertriebene nach dem Zweiten Weltkrieg in Sachsen-Anhalt: Ihre Aufnahme und Bestrebungen zur Eingliederung in die Gesellschaft. Münster, 1999, S.46
- 50 BArch, DO 2, Nr.11
- 51 BLHA, Rep.250 Landratsamt Lebus/Seelow, Nr.357
- 52 BArch, DO 2, Nr.45
- 53 Vgl. Torsten Mehlhase, Flüchtlinge und Vertriebene nach dem Zweiten Weltkrieg in Sachsen-Anhalt: Ihre Aufnahme und Bestrebungen zur Eingliederung in die Gesellschaft. Münster, 1999, S.87
- 54 Ebenda, S.81
- 55 BLHA, Rep.250 Landratsamt Lebus/Seelow, Nr.357
- 56 Insektenvernichtungsmittel
- 57 BLHA, Rep.250 Landratsamt Lebus/Seelow, Nr.357
- 58 SED-Zentralsekretariat, aus dem Parteivorstand gebildetes Gremium zur Leitung der Parteiarbeit.
- 59 Vgl. Stefan Donth, Vertriebene und Flüchtlinge in Sachsen 1945 bis 1952: die Politik der sowjetischen Militäradministration und der SED. Köln u. a, 2000, S.246ff.
- 60 Vgl. Christoph Kleßmann Hrg., Vertreibung, Neuanfang, Integration: Erfahrungen in Brandenburg. Potsdam, 2001, S. 102ff.

- 61 Vgl. Martin Broszat Hrsg., SBZ-Handbuch: staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945-1949. Oldenburg, 1993, S.242
- 62 Vgl. Werner Stang Hrsg., Brandenburg im Jahr 1945: Studien. Berlin, 1995, S.266ff.
- 63 Vgl. Ingo Materna u.a., Geschichte in Daten-Brandenburg. München u.a., 1995, S.226ff.
- 64 Im Potsdamer Abkommen beschlossene Reparationsforderungen der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges zur Wiedergutmachung für erlittene Schäden
- 65 Vgl. Ingo Materna u.a., Geschichte in Daten-Brandenburg. München u.a., 1995, S.226ff.
- 66 Vgl. Werner Stang Hrsg., Brandenburg im Jahr 1945: Studien. Berlin, 1995, S.230f.
- 67 BLHA, Rep. 211 Ministerium für Gesundheitswesen, Nr.1066
- 68 Ebenda
- 69 Ebenda
- 70 BLHA, Rep.203 Ministerium des Innern, Nr.1115
- 71 BLHA, Rep.203 Nr.1074
- 72 Vgl. Ingo Materna u.a., Geschichte in Daten-Brandenburg. München u.a., 1995, S.226
- 73 BArch, DO 2, Nr.11
- 74 Ebenda
- 75 BLHA, Rep.250 Landratsamt Guben Nr.271
- 76 Ebenda
- 77 BLHA, Rep. 203 Ministerium des Innern, Nr.1115
- 78 BLHA, Rep 203 Mdl Nr.1074
- 79 BLHA, Rep.250 Landratsamt Guben Nr.271
- 80 BLHA, Rep.203 Ministerium des Innern, Nr.1172
- 81 BLHA, Rep.203 Mdl Nr.1115
- 82 BLHA, Rep.211 Ministerium für Gesundheitswesen, Nr.1066
- 83 BLHA, Rep.203 Nr.1074
- 84 Ebenda
- 85 BLHA, Rep.211 Ministerium für Gesundheitswesen, Nr.1079
- 86 Ebenda
- 87 BLHA, Rep.203 Nr.1190
- 88 Ebenda
- 89 BLHA, Rep.203 Mdl Nr.1166
- 90 Ebenda
- 91 Ebenda
- 92 BLHA, Rep.211 Ministerium für Gesundheitswesen, Nr.1079
- 93 Igelit, Kunststoff, Vorgänger von PVC
- 94 BLHA, Rep.203 Mdl Nr.1166
- 95 Ebenda
- 96 ausführlich in Wolfgang Buwert Hrsg., Gefangene und Heimkehrer in Frankfurt (Oder) 1945-1950/56 : Studien. Potsdam, 1998
- 97 BLHA, Rep.203 Mdl Nr.1074
- 98 Ebenda
- 99 Organisation Todt (benannt nach Dr. Fritz Todt u. a. Reichsminister für Bewaffnung und Munition), errichtete unter Beteiligung ausländischer Arbeiter und Unternehmer kriegswichtige Bauten im Deutschen Reich und in den von Deutschen besetzten Ländern.
- 100 Vgl. Martin Kornrumpf, „Mehr Licht...“, Julius Pintsch (1815-1884) und seine Söhne. Pioniere der Beleuchtungstechnik. München, 1985, S.20ff.
- 101 BLHA, Rep.250 Landratsamt Lebus/Seelow, Nr.357
- 102 Ebenda
- 103 Ebenda
- 104 BArch, DO 2, Nr.39
- 105 BLHA, Rep.250 Landratsamt Lebus/Seelow, Nr.357

- 106 Ebenda
- 107 Aktenzeichen VII/2/Ges. We./schu.
- 108 BLHA, Rep.250 Landratsamt Lebus/Seelow, Nr.357
- 109 Ebenda
- 110 BArch, DO 2, Nr.45
- 111 BLHA, Rep.250 Landratsamt Lebus/Seelow, Nr.357
- 112 BLHA, Rep.250 Landratsamt Lebus/Seelow, Nr.357
- 113 eine mit Unterkunfts- und Verpflegungsgeschäften betraute Person
- 114 BLHA, Rep.250 Landratsamt Lebus/Seelow, Nr.357
- 115 BArch, DO 2, Nr.39
- 116 Ebenda
- 117 BLHA, Rep.250 Landratsamt Lebus/Seelow, Nr.357
- 118 BLHA, Rep.256 HKL Gronenfelde, Nr.39
- 119 BLHA, Rep.250 Landratsamt Lebus/Seelow, Nr.357
- 120 Ebenda
- 121 Schwefeldioxid
- 122 Salzsäure
- 123 BLHA, Rep.250 Landratsamt Lebus/Seelow, Nr.357
- 124 Ebenda
- 125 Ebenda
- 126 Ebenda
- 127 Ebenda
- 128 Vgl. Wolfgang Buwert Hrsg., Gefangene und Heimkehrer in Frankfurt (Oder) 1945 - 1950/56 : Studien. Potsdam, 1998, S.69
- 129 BArch, DO 2, Nr.39
- 130 Ebenda
- 131 BLHA, Rep.250 Landratsamt Lebus/Seelow, Nr.357
- 132 BArch, DO 2, Nr.39
- 133 Ebenda
- 134 Ebenda
- 135 Dichlordiphenyltrichlorethan, Insektenvernichtungsmittel
- 136 BLHA, Rep.211 Ministerium für Gesundheitswesen, Nr.1072
- 137 BArch, DO 2, Nr.39
- 138 BLHA, Rep.211 Ministerium für Gesundheitswesen, Nr.1072
- 139 BLHA, Rep.250 Landratsamt Lebus/Seelow, Nr.358
- 140 BLHA, Rep.211 Ministerium für Gesundheitswesen, Nr.1072
- 141 Ebenda
- 142 BLHA Rep.203 Mdl Nr.1105
- 143 SED, am 21.04.1946 in der SBZ auf Druck der SMAD durch Zusammenschluss der KPD und SPD gebildete Staatspartei.
- 144 FDGB, 1945 in der SBZ gegründete Einheitsorganisation der Gewerkschaften der SBZ/DDR.
- 145 BLHA, Rep.250 Landratsamt Lebus/Seelow, Nr.357
- 146 BLHA, Rep.256 Umsiedlerlager Kuchensee Nr.166
- 147 FDJ, am 07.03.1946 in der SBZ gegründete, der SED gleichgeschaltete staatliche Einheitsorganisation der Jugendlichen ab dem 14. Lebensjahr.
- 148 BArch, DO 2, Nr.39
- 149 BLHA, Rep.250 Landratsamt Lebus/Seelow, Nr.357
- 150 BArch, DO 2, Nr.39
- 151 BLHA, Rep.211 Ministerium für Gesundheitswesen, Nr.1070
- 152 BArch, DO 2, Nr.39
- 153 BLHA, Rep.211 Ministerium für Gesundheitswesen, Nr.1070

154 BLHA, Rep.250 Landratsamt Lebus/Seelow, Nr.357
155 BLHA, Rep.211 Ministerium für Gesundheitswesen, Nr.1070
156 BLHA, Rep.211 Ministerium für Gesundheitswesen, Nr.1072
157 BLHA, Rep.211 Ministerium für Gesundheitswesen, Nr.1070
158 BLHA, Rep.250 Landratsamt Lebus/Seelow, Nr.357
159 Ebenda
160 Ebenda
161 Ebenda
162 BLHA, Rep.250 Landratsamt Lebus/Seelow, Nr.358
163 BArch, DO 2, Nr.39
164 Ebenda
165 BLHA, Rep.250 Landratsamt Lebus/Seelow, Nr.358
166 BArch, DO 2, Nr.39
167 BLHA, Rep.211 Ministerium für Gesundheitswesen, Nr.1072
168 BLHA, Rep.211 Ministerium für Gesundheitswesen, Nr.1070
169 BLHA, Rep.211 Ministerium für Gesundheitswesen, Nr.1072
170 BLHA, Rep.250 Landratsamt Lebus/Seelow, Nr.358
171 Ebenda
172 BLHA, Rep. 203 Ministerium des Innern, Nr.1115
173 BLHA, Rep. 211 Ministerium für Gesundheitswesen, Nr.1072
174 BLHA, Rep.203 Mdl Nr.1153
175 BLHA, Rep.203 Mdl Nr.1155
176 BLHA, Rep.203 Mdl Nr.1179
177 BArch, DO. 1.7.0. (DVdl), Band 227
178 NKWD, 1934 entstandenes sowjetisches Volkskommissariat (Ministerium) des Inneren. Terrorinstrument der sowjetischen Staatsführung.
179 BArch, DO. 1.7.0. (DVdl), Band 227
180 BArch, DO. 1.7.0. (DVdl), Band 243
181 BArch, DO. 1.7.0. (DVdl), Band 227
182 BArch, DO. 1.7.0. (DVdl), Band 231
183 Ebenda
184 Ebenda
185 Ebenda
186 BArch, DO. 1.7.0. (DVdl), Band 227
187 BArch, DO. 1.7.0. (DVdl), Band 243
188 Ebenda
189 Ebenda
190 BArch, DO. 1.7.0. (Dvdl), Band 225
191 Ebenda
192 BArch, DO. 1.7.0. (DVdl), Band 226
193 BArch, DO. 1.7.0. (DVdl), Band 225
194 Ebenda
195 BArch, DO. 1.7.0. (DVdl), Band 225
196 BArch, DO. 1.7.0. (DVdl), Band 243
197 BArch, DO. 1.7.0. (DVdl), Band 227
198 BArch, DO. 1.7.0. (DVdl), Band 225
199 Antifa-Schule, in sowjetischen Kriegsgefangenenlagern eingerichtete Schulen zur Propagandierung kommunistischer Ideologien.
200 BArch, DO. 1.7.0. (DVdl), Band 227
201 Ebenda
202 Ebenda
203 BArch, DO. 1.7.0. (DVdl), Band 226

- 204 Ebenda
- 205 BArch, DO. 1.7.0. (DVdI), Band 227
- 206 Ebenda
- 207 Ebenda
- 208 Ebenda
- 209 Ebenda
- 210 Ebenda
- 211 Ebenda
- 212 Ebenda
- 213 Ebenda
- 214 BLHA, Ministerium des Innern, Nr.1192
- 215 BLHA, Rep.256 HKL Gronenfelde, Nr.39
- 216 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr. 1074
- 217 Kreisumsiedlerausschuss, bestand aus Vertretern der Verwaltung (Landrat, Arbeitsamt, Gesundheitswesen, Wohnungs- und Sozialamt) sowie Vertretern der antifaschistischen Parteien und Gewerkschaften
- 218 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1074
- 219 BLHA, Rep.256 HKL Gronenfelde, Nr.12
- 220 BLHA, Rep.250 Landratsamt Calau/Senfthenberg, Nr.410
- 221 BLHA, Rep.250 Landratsamt Calau, Nr.408
- 222 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1074
- 223 Ebenda
- 224 Ebenda
- 225 BLHA, Rep.202A Büro des Ministerpräsidenten, Nr.420
- 226 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1076
- 227 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1074
- 228 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1090
- 229 BLHA, Rep.256 HKL Gronenfelde, Nr.12
- 230 BLHA, Rep 203 Mdl, Nr.1105
- 231 Ebenda
- 232 BLHA, Rep.250 Landratsamt Beeskow-Storkow, Nr.885
- 233 BLHA, Rep 203 Mdl, Nr.1076
- 234 BLHA, Rep 203 Mdl, Nr.1172
- 235 BLHA, Rep 203 Mdl, Nr.1077
- 236 Ebenda
- 237 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1080
- 238 Ebenda
- 239 BLHA, Rep.250 Landratsamt Guben, Nr.276
- 240 Ebenda
- 241 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1090
- 242 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1091
- 243 BLHA, Rep 203 Mdl, Nr.1074
- 244 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1093
- 245 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1090
- 246 BLHA, Rep.256 HKL Gronenfelde, Nr.95
- 247 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1185
- 248 Ebenda
- 249 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1156
- 250 BLHA, Rep 203 Mdl, Nr. 1185
- 251 Ebenda
- 252 Vgl. Philipp Ther, Deutsche und polnische Vertriebene: Gesellschaft und Vertriebenenpolitik in der SBZ/DDR und in Polen 1945-1956. Göttingen, 1998, S.164f.

253 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1090
254 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1172
255 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1115
256 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1172
257 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1090
258 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1074
259 Ebenda
260 Ebenda
261 Ebenda
262 Ebenda
263 Ebenda
264 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1090
265 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1091
266 Ebenda
267 Vgl. Dierk Hoffman Hrsg., Vertriebene in Deutschland. interdisziplinäre Ergebnisse und Forschungsperspektiven. München, 2000, S.229
268 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1074
269 BLHA, Rep.250 Landratsamt Lübben, Nr.601
270 BLHA, Rep.250 Landratsamt Beeskow-Storkow, Nr.885
271 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1074
272 Ebenda
273 BLHA, Rep.256 HKL Gronenfelde Nr.12
274 BLHA, Rep.256 HKL Gronenfelde Nr.30
275 BLHA, Rep.203 Nr.1156
276 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1115
277 BLHA, Rep.250 Landratsamt Calau/Senftenberg, Nr.406
278 BLHA, Rep.250 Landratsamt Calau, Nr.408
279 BLHA, Rep.256 Umsiedlerlager KÜchensee, Nr.55
280 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1090
281 Vgl. Manfred Wille Hrsg., Die Vertriebenen in der SBZ/DDR Dokumente. Massentransfer, Wohnen, Arbeit. Wiesbaden, 1999, S.423ff.
282 Vgl. Ebenda, S.424
283 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1105
284 Ebenda
285 Ebenda
286 Ebenda
287 Ebenda
288 Ebenda
289 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1074
290 Ebenda
291 Ebenda
292 Ebenda
293 Vgl. Arnd Bauerkämper Hrsg., „Junkerland in Bauernhand“? : Durchführung, Auswirkungen und Stellenwert der Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone. Stuttgart, 1996, S.100
294 Vgl. Ebenda, S.77
295 BLHA, Rep.256 Umsiedlerlager KÜchensee, Nr.166
296 Vgl. Manfred Wille Hrsg., Die Vertriebenen in der SBZ/DDR Dokumente. Ankunft und Aufnahme. Wiesbaden, 1996, S.331ff..
297 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1074
298 Ebenda
299 Ebenda

- 300 BLHA, Rep.208 Ministerium Land und Forstwirtschaft, Nr.219
301 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1115
302 BLHA, Rep.208 Ministerium Land und Forstwirtschaft, Nr.219
303 Vgl. Dierk Hoffman. Geglückte Integration?: Spezifika und Vergleichbarkeiten der Vertriebenen-Eingliederung in der SBZ/DDR. München, 1999, S.229
304 Vgl. Arnd Bauerkämper Hrsg., „Junkerland in Bauernhand“?: Durchführung, Auswirkungen und Stellenwert der Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone. Stuttgart, 1996, S.145
305 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1172
306 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1090
307 Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft, „freiwilliger“ Zusammenschluss der Bauern zur kollektiven Bewirtschaftung von Grund und Boden.
308 BLHA, Rep.203 Mdl Nr. 164
309 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1074
310 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1115
311 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1154
312 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1114
313 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1156
314 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1076
315 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1077
316 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1078
317 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1079
318 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1080
319 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1081
320 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1087
321 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1080
322 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1089
323 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1090
324 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1091
325 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1092
326 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1093
327 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1094
328 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1095
329 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1096
330 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1097
331 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1098
332 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1099
333 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1100
334 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1101
335 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1102
336 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1077
337 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1081
338 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1076
339 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1078
340 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1079
341 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1080
342 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1087
343 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1088
344 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1089
345 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1090
346 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1091
347 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1092

348 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1093
349 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1094
350 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1095
351 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1096
352 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1097
353 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1098
354 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1099
355 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1100
356 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1101
357 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1102
358 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1076
359 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1077
360 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1078
361 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1079
362 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1080
363 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1081
364 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1087
365 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1088
366 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1089
367 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1090
368 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1091
369 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1092
370 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1093
371 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1094
372 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1095
373 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1096
374 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1097
375 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1098
376 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1099
377 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1100
378 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1101
379 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1102
380 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1076
381 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1077
382 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1078
383 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1079
384 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1080
385 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1081
386 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1087
387 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1088
388 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1089
389 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1090
390 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1091
391 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1092
392 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1093
393 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1094
394 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1095
395 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1096
396 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1097
397 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1098
398 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1099
399 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1100

400 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1101
401 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1102
402 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1077
403 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1078
404 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1079
405 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1080
406 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1081
407 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1090
408 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1087
409 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1088
410 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1089
411 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1091
412 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1092
413 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1093
414 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1094
415 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1095
416 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1096
417 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1097
418 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1098
419 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1099
420 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1100
421 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1101
422 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1102
423 BLHA, Rep.203 Mdl, Nr.1172

12. Abkürzungsverzeichnis

BLHA	Brandenburgisches Landeshauptarchiv
BArch	Bundesarchiv
BRD	Bundesrepublik Deutschland
ČSR	Tschechoslowakische Republik
CDU	Christlich Demokratische Union
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DFD	Demokratischer Frauenbund Deutschlands
DO	Bestandsbezeichnung im Bundesarchiv
DVdI	Deutsche Verwaltung des Innern
DWK	Deutsche Wirtschaftskommission
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
FDJ	Freie Deutsche Jugend
HJ	Hitlerjugend
HKL	Heimkehrerlager
IRK	Internationales Rotes Kreuz
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
LEW	Lokomotivbau Elektrotechnische Werke
LPG	Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft
NKWD	Narodnyi Komissariat Vnutrennich Del, Volkskommissariat für Inneres
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
RM	Reichsmark
SMA	Sowjetische Militäradministration (der einzelnen Länder u. Provinzen der SBZ)
SMAD	Sowjetische Militäradministration in Deutschland
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
VdgB	Vereinigung gegenseitiger Bauernhilfe
VP	Volkspolizei
ZVU	Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler

13. Abbildungsnachweis

Titelbild:	Archiv des Diakonischen Werkes der EKD, Berlin
Abb.1:	Bildarchiv Preußischer Kulturbesitz, Berlin
Abb.2:	BArch, DO 2 Nr.45 (Befehl 304) BArch, DO 2, Nr. 81 (Befehl 178)
Abb.3:	BLHA, Rep.256 Küchensee Nr.276
Abb.4:	BLHA, Rep.256 HKL Küchensee, Nr.165
Abb.5:	Archiv des Diakonischen Werkes der EKD, Berlin
Abb.6:	Archiv des Diakonischen Werkes der EKD, Berlin
Abb.7:	Bildarchiv Preußischer Kulturbesitz, Berlin
Abb.8:	BArch, Bild 183-S78952
Abb.9:	BLHA, Rep.250 Landratsamt Lebus/Seelow Nr.357
Abb.10:	BLHA, Rep.250 Lübben Nr.599
Abb.11:	Bildarchiv Preußischer Kulturbesitz, Berlin
Abb.12:	BArch, Bild 183-S80427
Abb.13:	BArch, Bild 183-V05922
Abb.14:	BArch, DO. 1. 7.0 (DVdl), Band 228
Abb.15:	BLHA, Rep.101 Nr. B34
Abb.16:	BLHA, Rep.101 Nr. D444
Abb.17:	BArch, Bild183-S98800
Abb.18:	BLHA, Rep.256 Küchensee Nr.44
Abb.19:	BArch, Bild183-S84061b
Abb.20:	BLHA, Rep.256 Küchensee Nr.55
Abb.21:	BArch, Bild183-T00602
Abb.22:	BLHA, Rep.101 Nr. D444
Abb.23:	BLHA, Rep.101 Nr. D9
Abb.24:	BLHA, Rep.256 Küchensee Nr.95
Abb.25:	BLHA, Rep.101 Nr. D3
Abb.26:	Archiv des Diakonischen Werkes der EKD, Berlin
Abb.27:	BLHA, Rep.203 Mdl Nr.1174
Abb.28:	privat

14. Quellen- und Literaturverzeichnis

Quellen

Brandenburgisches Landeshauptarchiv (BLHA), Potsdam
Bundesarchiv (BArch), Berlin-Lichterfelde

Literatur

Adamy, Kurt; Hübener, Kristina Hrsg.: Kleine Geschichte des Brandenburger Landtages. Potsdam, 1999

Bauerkämper, Arnd Hrsg.: „Junkerland in Bauernhand“?: Durchführung, Auswirkungen und Stellenwert der Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone. Stuttgart, 1996

Benz, Wolfgang Hrsg.: Deutschland unter alliierter Besatzung 1945 – 1949/55. Berlin, 1999

Borodziej, Włodzimierz; Lemberg, Hans Hrsg.: Die Deutschen östlich von Oder und Neiße 1945 – 1950 : Dokumente aus polnischen Archiven. Marburg, 2000

Broszat, Martin Hrsg.: SBZ-Handbuch: staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945 – 1949. Oldenburg, 1993

Buwert, Wolfgang Hrsg.: Gefangene und Heimkehrer in Frankfurt (Oder) 1945 – 1950/56 : Studien. Potsdam, 1998

Foitzik, Jan: Inventar der Befehle des Obersten Chefs der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) 1945 – 1949. München u. a., 1994

DeZayas, Alfred: Anmerkungen zur Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Stuttgart u.a., 1986

Donth, Stefan: Vertriebene und Flüchtlinge in Sachsen 1945 bis 1952: die Politik der sowjetischen Militäradministration und der SED. Köln u. a., 2000

ehemaliges Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte Hrsg.: Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neisse. eine Dokumentation. Augsburg, 1992

Hoffmann, Dierk Hrsg.: Geglückte Integration? : Spezifika und Vergleichbarkeiten der Vertriebenen-Eingliederung in der SBZ/DDR. München, 1999

Hoffmann, Dierk Hrsg.: Vertriebene in Deutschland. interdisziplinäre Ergebnisse und Forschungsperspektiven. München, 2000

Kleßmann, Christoph Hrsg.: Vertreibung, Neuanfang, Integration: Erfahrungen in Brandenburg. Potsdam, 2001

Kornumpf, Martin: „Mehr Licht...“, Julius Pintsch (1815-1884) und seine Söhne. Pioniere der Beleuchtungstechnik. München, 1985

Luschnat, Gerhild: Die Lage der Deutschen im Königsberger Gebiet 1945-1948. Frankfurt am Main u.a., 1996

Materna, Ingo u.a.: Geschichte in Daten-Brandenburg. München u.a., 1995

Mehlhase, Torsten: Flüchtlinge und Vertriebene nach dem Zweiten Weltkrieg in Sachsen-Anhalt: Ihre Aufnahme und Bestrebungen zur Eingliederung in die Gesellschaft. Münster, 1999

Stang, Werner Hrsg. u.a.: Brandenburg im Jahr 1945: Studien. Berlin, 1995

Ther, Philipp: Deutsche und polnische Vertriebene: Gesellschaft und Vertriebenenpolitik in der SBZ/DDR und in Polen 1945-1956. Göttingen, 1998

Wille, Manfred Hrsg.: Sie hatten alles verloren: Flüchtlinge und Vertriebene in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. Wiesbaden, 1993

Wille, Manfred Hrsg.: Die Sudetendeutschen in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands: Ankunft, Aufnahme und erste Integrationsversuche. Magdeburg, 1993

Wille, Manfred Hrsg.: Die Vertriebenen in der SBZ/DDR Dokumente. Ankunft und Aufnahme. Wiesbaden, 1996

Wille, Manfred Hrsg.: Die Vertriebenen in der SBZ/DDR Dokumente. Massentransfer, Wohnen, Arbeit. Wiesbaden, 1999

